DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

283 25. JAHRGANG April 2008 4,50 €

AUS DEM INHALT:

STRIKE BIKE

Über die Betriebsbesetzung der ehemaligen Fahrradfabrik »Bike Systems GmbH« in Nordhausen, die Produktion des »Strike Bike« und der endgültigen Schließung Anfang November hatte CONTRASTE in den vergangenen Ausgaben berichtet. Einige der ehemaligen Beschäftigten möchten nach dem Erfolg des »Strike Bike« auch weiterhin Fahrräder in Eigenregie produzieren. Ab Mitte des Jahres soll es mit einer neu gegründeten Fahrrad-Manufaktur wieder losgehen. Seite 3

LOS APISQUILLOS

Die Kommune »Los Apisquillos« wurde im Herbst 2000 in dem in den Bergen von Madrid liegenden Dorf »Puebla de la Sierra« gegründet. Heute besteht sie aus zehn jungen Erwachsenen und einem Kind. Seite 3

FREIRÄUME

»Bei dem, was wir »Freiräume« nennen, handelt es sich um Orte, die provozierend sind und die den sie umgebenden gesellschaftlichen Raum zur Weiterentwicklung zwingen. Aber wovon sind diese Freiräume frei? Die Idee kann der Realität näher kommen, wenn die Freiräume sich auch selbst herausfordern und über die Machtpositionen und sozialen Normen reflektieren, die in ihrem Inneren eine Rolle spielen«, so die Gruppe KRAN aus Kopenhagen in ihrem Beitrag über die inneren Widersprüche der Solidaritätsbewegung zum im März 2007 abgerissenen Zentrum »Ungdomshuset«. Seite 4

VON DER FABRIK, IN DIE STADT

Mitten im Wahlkampf 1969, zwischen den Schildern, die dafür einnehmen sollten, den Kommunismus zu fürchten oder die Demokratie zu wagen, entschlossen sich die Arbeitenden der Hoesch-Stahlwerke in Dortmund zu Streik. Schon in den beiden Jahrzehnten zuvor hatten die Beschäftigten der drei fusionierten Werke, vor allem die der »Westfalenhütte«, immer wieder die Arbeit niedergelegt. Meistens jedoch gelangten diese »wilden« Proteste gegen Ungerechtigkeiten bei den Löhnen und Unerträglichkeiten der Arbeitsbedingungen nicht an die Öffentlichkeit, sondern wurden »diskret« vor Ort erledigt, und es hatte dabei Zugeständnisse an die Streikenden gegeben. Seite 5

GREENWASHING

Ölkonzerne lassen Blumen wachsen, Autofahren ist gut für das Klima und Fliegen verursacht weniger Emissionen als ein Familienauto. Grüne Imagewerbung ist groß im Kommen. Kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Unternehmen auf schön gestalteten Anzeigen und Werbeplakaten erklärt, wie es sich für den Umweltschutz einsetzt, oder ein grünes Vorzeigeprojekt anpreist. Seite 6

www.contraste.org

20 JAHRE BUNDESVERBAND FREIE ALTERNATIVSCHULEN

Lernen geht (auch) anders

Derzeit gibt es in Deutschland 85 Alternativschulen und 15 Initiativen mit über 4.000 Schülerinnen und Schülern. Tendenz steigend. Das Gleiche gilt für Waldorf- und Montessorischulen. Sieben Jahre nach den erschütternden PISA-Ergebnissen sind viele Eltern in Sorge um die Bildung im Land der Dichter und Denker. Sie engagieren sich deshalb für eine Schule, die ihre Kinder die größtmögliche Individualität zugestehen kann, gleichzeitig ihnen aber auch alles Notwenige vermitteln kann, was sie später brauchen werden.

Freie Aktive Schule Stuttgart — Foto: Johannes Weber

Von Christiane Texdorf ● Eine Alternativschule hat im Gegensatz zur staatlichen Regelschule ein auf individuelles, selbstständiges Lernen bezogenes pädagogisches Konzept. Lernen soll anders organisiert werden, als es gemeinhin üblich ist: Pädagogische Prinzipien leiten sich aus der Vielfalt reformpädagogischer Ansätze aus dem In- und Ausland ab und prägen nachhaltig die Lernatmosphäre der jeweiligen Schule.

Freie Schulen arbeiten in freier – also nicht staatlicher – Trägerschaft. Waldorf- und Montessori-Schulen haben eine eigene Erziehungsphilosophie inklusive methodisch-didaktisch verbindlicher Leitlinien und sind oftmals in eigenen Verbänden organisiert. Alternativschulen finanzieren und verwalten sich selbst. Sie sind insofern nicht an pädagogische Methoden-Standards gebunden und können dadurch andere Bildungsschwerpunkte setzen. Sie müssen sich an die Vorgaben des staatlichen Lehrplans halten – die Vermittlung der Lerninhalte können diese Schulen allerdings autonom gestalten. Im Konzept von Alternativschulen wird Kindheit als eigenständige Lebensphase mit dem Recht auf Selbstbestimmung, Glück und Zufriedenheit verstanden und dementsprechend als pädagogische Grundlage für das Lernen gefordert: Schule als Raum für freie Entfaltung kindlicher Bedürfnisse nach lebensnahem Lernen im Sinne von Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Mitbestimmung. Regeln werden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gleichberechtigt ausgehandelt.

Es wird auf Leistungsdruck und Konkurrenzdenken zugunsten von Kreativität und Selbstorganisation verzichtet: Es gibt keine Zensuren, keine Prüfungen und kein Abfragen von abstraktem, standardisiertem Wissen. Die Lerninhalte werden von Kindern und Lehrern gemeinsam festgelegt. Projekte entstehen aus aktuellen Fragen und auf Wunsch der Kinder. Alternativschulen bemühen sich um vielfältige und flexible Erfahrungsräume und Lernformen.

Das soziale Lernen hat einen besonderen Stellenwert: Schule wird als enge Gemeinschaft verstanden und durch vielfältige gemeinsame Entscheidungs- und Teamprozesse für alle eine Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung auch im Umgang mit Konflikten. Initiative ergreifen in allen Lebensbereichen ist eines der tragenden Lernziele an Freien Alternativschulen. »Lernen lernen«, »Leben lernen« und »Ganzheitliches Lernen in Sinnzusammenhängen« – sind Slogans auf Homepages und Flyern von Freien Alternativschulen.

Die Teilnahme am Unterricht – da, wo es ihn gibt – ist weitestgehend freiwillig, »Sitzenbleiben« gibt es nicht. Die Lerngruppen sind altersgemischt und werden von mehreren pädagogischen Fachkräften betreut. Individuelles Lernen und die innere Motivation der Kinder stehen im Zentrum so genannter »offener Unterrichtsformen«. Die Zusammenarbeit zwischen Schülern, Eltern und Pädagogen ist eng und demokratisch. Eltern müssen zusätzlich zum Schulgeld im Alltag der Schule mitwirken, z.B. für die Reinigung und Renovierung der Räume sorgen, Lernmaterialien herstellen oder kochen.

Der BFAS wurde 1988 zur finanziellen und juristischen Unterstützung von Initiativen zur Gründung einer Freien Alternativschule gegründet. Der Verband organisiert Lehrerfortbildungen und bietet eine Plattform zum pädagogischen Austausch von Erfahrungen an Freien Alternativschulen. Außerdem bemüht sich der BFAS um die Einflussnahme auf Gesetzgebungsverfahren zugunsten reformpädagogischer Standards in bildungspolitischen Fragen und verfolgt von daher eine rege Öffentlichkeitsarbeit gegen eine meist misstrauische Presse.

Kritiker äußern, dass an Alternativschulen am modernen Leben vorbei unterrichtet bzw. gar nicht unterrichtet werde. Diese Schulen bereiten ihrer Meinung nach nicht auf das Leben vor, sondern gaukeln Schülern und Schülerinnen eine heile Welt ohne Druck und Verteilungskampf vor. Wenn sie die Schule verlassen, seien diese jungen Menschen nicht wettbewerbsfähig und hätten es schwer, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden. Demgegenüber steht die Auffassung vom ganzheitlichen Lernen als optimale Vorbereitung auf das, was es im Leben wirklich braucht, gerade auch in der sich verändernden Lebens- und Arbeitswelt.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

AUTORIN

Christiane Texdorf ist Kunstpädagogin in der freien Schule Lindau, Grundschule seit 2005.
www.freieschulelindau.de

D 8008

KÖLNER PROZESS UM »HAUSFRIEDENSBRUCH« BEIM MILITARISIERTEN ARBEITSAMT

Rebel Clowns vor Gericht

Drei des »Hausfriedensbruchs« in der Kölner Arbeitsagentur Angeklagte betraten am 5. März den Amtsgerichtssaal in Mafia-outfit: schwarze Anzüge und schwarze Sonnenbrillen. Rund fünfzig ZuhörerInnen mussten sich durch Sicherheitsschleusen, Durchsuchungen und Barrieren quälen, bevor sie hinter Trennscheiben wie bei einem Terroristenprozess Platz nehmen durften.

von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Und dann verwandelten sich zehn von ihnen in pappnasige »rebel clowns«, die eifrig die Scheiben wienerten, Angeklagten, Richter und Staatsanwalt zuwinkten und angesichts der Abtrennung riefen: »Nicht füttern!« Es wurde ein sehr kurzweiliges Verfahren.

Vorausgegangen war eine antimilitaristische Aktion am Kölner Arbeitsamt, zu der im Juni 2007 auch die »clandestine insurgent rebel clowns army« aufmarschiert war. Diese satirische linkspolitische »Armee« ist hierzulande durch ihre Auftritte in Rostock und Heiligendamm bekannt geworden. Und die Angeklagten, drei Männer Anfang zwanzig, bekannten sich zu ihr.

Ihr Einsatzort Arbeitsamt war ausgewählt worden, weil hier Rekrutierungsoffiziere der Bundeswehr in eigens dafür zur Verfügung gestellten Räumen arbeitslose Jugendliche mit Ausbildungsangeboten und stattlicher Bezahlung locken dürfen, sich für Auslandseinsätze des deutschen Militärs zu verpflichten. Angeblich hatten die Clownsarmisten sich widerrechtlich Zutritt verschafft und wollten auch auf Geheiß der Polizei nicht fix wieder verschwinden.

»Das Verhältnis zwischen Clownsarmee und Polizei«, bekannten die Angeklagten in ihrer Einlassung vor Gericht, »ist seit jeher angespannt. Ursache hierfür dürfte der latente Neid der Polizisten auf die gut ausgebildeten, gut genährten und vor allem gut aussehenden Einheiten der Clownsarmee sein. Auch bei der Polizei selbst wird dieses Problem gesehen. Kriminaloberkommissarin Schulze-Hobeling, eine ausgewiesene Expertin im Bereich clownesker Aufruhrbekämpfung, gesteht in der Prozessakte auf Blatt 34 ein: 'Die Aktivisten sind stets sehr gut vorbereitet, aufeinander abgestimmt (Strategie!) und im Handeln als Gruppe sehr »effektiv«. Die einzelnen Aktionsformen sind wandelbar, die Möglichkeiten unbegrenzt.' Deutlich ist aus diesen Zeilen heraus zu lesen, dass die Polizei in der Clownsarmee einen übermächtigen Konkurrenten in Sachen Repression sieht. Wir können deshalb nachvollziehen, dass die schlecht ausgebildeten Einheiten der Kölner Polizei mitunter unangemessen auf Clownseinsätze reagieren. Aber auch wenn wir ein solches Verhalten nicht gutheißen können, wollen wir Nachsicht zeigen und von rechtlichen Schritten gegen die Kölner Polizei absehen. Im Übrigen ist der Vorwurf des Hausfriedensbruchs absurd. Immerhin werden hier einige Soldaten der Clownsarmee angeklagt und es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, dass eine Armee im Einsatz den Frieden bricht. Denn dazu ist sie schließlich da.«

Es folgte die Zeugenbefragung des Verwaltungschefs der Kölner Arbeitsagentur Bicker. Dieser schilderte das Eindringen der Soldaten der Clownsarmee als Delikt: Sein Hausrecht wurde gestört. Die Frage des Richters, ob die Angeklagten noch Fragen an den Zeugen hätten, wurde von diesen bejaht. »Wie geht es Ihnen heute?« wollten sie wissen, erhielten aber keine Antwort.

Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts (er verlangte je 60 Tagessätze) verteidigten sich die Delinquenten wie folgt: »Die von der Staatsanwaltschaft angeführten Beweise sind so überzeugend, dass auch wir selbst nun an unsere Schuld glauben. Denn die Geschichte hat gezeigt, dass staatliche Behörden immer recht haben.... In unserem gescheiterten Versuch die herrschende Ordnung gegen Kritik und Veränderung zu verteidigen haben wir uns selbst gegen diese Ordnung gestellt und so die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres geliebten Vaterlandes in ihren Grundfesten erschüttert. ... Insofern gilt unsere tiefe Dankbarkeit den Männern und Frauen, die sich in einem solchen Moment größter Gefahr aufgeopfert haben um der Bedrohung Einhalt zu gebieten. Es ist an der Zeit, danke zu sagen: Danke, liebe Polizei! Danke, dass Du die westliche Welt vor dem sicheren Untergang bewahrt hast!«

Trotz ihrer reumütigen Einsicht verurteilte Richter Wiegelmann die angeklagten rebel clowns zu jeweils 15 Tagessätzen.●

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Wilde Attacke – nichts dahinter

Der Einsatz war spektakulär, und die Vorwürfe wogen schwer. Am 26. Juli 2007 stürmten und durchsuchten Beamte eines Sondereinsatzkommandos (SEK) wegen des Verdachts auf eine »Verabredung zum Mord« in Gießen und Marburg Wohnungen kurdischer Familien und ein Vereinsheim. Sie gingen dabei äußerst rabiat vor. Sechs Monate später ist der Verdacht vom Tisch. In der Zwischenzeit war es zu Solidaritätsaktionen gekommen. Was die Polizei im Juli ritt und warum sie nun alles fallen ließ, blieb bis heute unklar. Akteneinsicht wurde bislang verweigert. Ein Rechtsanwalt forderte jetzt Schadenersatz.

Polizei gesteht Rechtswidrigkeit ein

Das Polizeipräsidium Frankfurt/Oder musste eingestehen, rechtswidrig gehandelt zu haben, als sie gegen Teilnehmende einer Demonstration einen Platzverweis aussprach und anschließend einen der Demonstranten in Gewahrsam nahm. Der Kläger hatte sich zusammen mit mehreren hundert anderen Menschen am 22. Juli 2007 in Altreetz im brandenburgischen Oderbruch versammelt. Kurz nachdem der Demonstrationszug die Ortschaft hinter sich gelassen und einige Teilnehmer die Demoroute in Richtung Maisfeld verlassen hatten, begann die Polizei, die Demonstrierenden voranzudrängen und sprach dabei Platzverweise für den Ort aus, auf dem sich die Demonstration befand. Ein Gentechnikgegner wurde festgenommen. Das sei rechtswidrig gewesen, räumte die Polizei nun ein, nachdem sie zunächst behauptete, Platzverweise könnten auch gegenüber DemonstrantInnen ausgesprochen werden. Mehr unter
www.gendreck-weg.de.

Online-Durchsuchungen möglich, aber eingeschränkt

Am 27.02.2008 hat das Bundesverfassungsgericht für die heimlichen Onlinedurchsuchungen hohe Hürden gestellt. So bedarf es einer Gefährdung eines übergeordneten Rechtsgutes wie etwa Menschenleben oder der Existenz des Staates, um eine solche Maßnahme zu rechtfertigen. Ob es tatsächlich hinreichende Belege für eine solche Gefährdung gibt, wird durch Richtervorbehalt entschieden. Genau darin aber könnte bei den nun zu erwartenden neuen Gesetzesregelungen der Schwachpunkt liegen. Denn die Unabhängigkeit von Gerichten ist ein Mythos. Gerade ErmittlungsrichterInnen entscheiden dank ihrer intensiven Kontakte zu Staatsanwaltschaften und Polizei immer wieder in deren Interessen. Aktuelle Berichte in vielen Medien, Hintergrundseite unter
http://de.indymedia.org/2007/11/200830.shtml.

Mehr Kontrolle gefordert!

Wie so oft: Kaum werden die absurdesten Blüten eines durch und durch menschenverachtenden Wirtschaftssystems names Kapitalismus offenbar, fordern politische AkteurInnen mehr Kontrolle und Personalaufstockung bei Repressionsinstanzen (hier: Finanzamt). Während der finanzpolitische Sprecher von Attac das in etlichen Interviews bekundete, ließen sich AktivistInnen derselben Organisation mit einem Transparent »Sanktionen gegen Liechtenstein« auf der Straße sehen. Als wäre ein starker Staat ein Gegengewicht zum Kapital ...

Nazis als Vorwand für Demonstrationsrechtseinschränkungen

Bei den Anwohnern Gräfenbergs war zuerst deutliches Durchatmen zu vernehmen, als bekannt wurde, dass die bayerische Landesregierung eine Reform des Versammlungsrechts anstrebt, die es ermöglichen soll rechtsextreme Aufmärsche einzuschränken, falls diese zu bestimmten, historisch brisanten Tagen gemeldet werden, oder dazu geeignet sind, das 'öffentliche Leben' massiv einzuschränken. Nach eingehendem Studium des Gesetzentwurfs war innerhalb des Bürgerforums klar, dass die Neustrukturierung des Gesetzes dazu geeignet ist, sämtliche Demonstrationen auf Verdacht einschränken zu können. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/02/209002.shtml.

Geldstrafe für Demoanmelder?

Am 19. Mai 2007 demonstrierten rund 800 Menschen in Karlsruhe gegen die mittlerweile vom Bundesgerichtshof als rechtswidrig eingestuften Ermittlungen und den daraus folgenden Razzien der Bundesanwaltschaft im Vorfeld des G8-Gipfels. Die Demonstration, welche zur Bundesanwaltschaft führte, wurde von einem unverhältnismäßigen Polizeiaufgebot begleitet, bereits im Vorfeld wurden zahlreiche Auflagen erlassen. Mittlerweile hat der Anmelder der Demonstration einen Strafbefehl von 160 Tagessätzen zu je 30 Euro zugestellt bekommen. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe wirft ihm vor, gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben, weil einzelne TeilnehmerInnen die Auflagen nicht ausreichend beachtet hätten. Kampagne gegen diese Anklage unter
http://kampagne19mai.de.

Laden für Produkte »made im Knast«

Am 22. Februar eröffnete in Berlins Mitte in der Rosa-Luxemburg-Strasse 25 ein Laden des Modelabels »Haeftling«. In diesem können unter Zwangsarbeit in Knästen hergestellte Produkte erworben werden. Die Produktauswahl reicht von Bekleidung jeglicher Art, zu blau-weiß karierter Bettwäsche, Metalltellern und Wolldecken bis Bio-Kaffee aus dem Knast in Hünfeld und Schnäpsen aus der JVA Heilbronn. Momentan werden die Produkte in fünf deutschen Knästen und einem in Großbritannien hergestellt. Mehr:
http://de.indymedia.org/2008/02/208901.shtml.

Thema »Aussageerpressung«

Immer wieder kommt es in Gerichtsprozessen zu Nebenabsprachen, die in der Substanz der Erpressung gleichkommen. Widersprüche (z.B. gegen Strafbefehle oder Bußgelder) sollten zurückgezogen werden, sonst könnten höhere Verurteilungen erfolgen und zudem Gerichtskosten entstehen. Geständnisse führen zu Bewährung oder milderen Strafen. Bei näherer Betrachtung erfüllen solche Handlungen von RichterInnen und StaatsanwältInnen den Straftatsbestand der Aussageerpressung. Dort heißt es im Paragraphen 343 StGB: »Wer als Amtsträger, der zur Mitwirkung an einem Strafverfahren ..., einem Bußgeldverfahren ... berufen ist, einen anderen körperlich misshandelt, ... ihm Gewalt androht ..., um ihn zu nötigen, in dem Verfahren etwas auszusagen oder zu erklären oder dies zu unterlassen, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft«. In mehreren Strafprozessen nach den G8-Protesten wurden bereits auf diese Art Geständnisse zu erpressen versucht, siehe u.a. den Fall unter
http://de.indymedia.org/2007/12/202970.shtml.

Bestraft wurde er nicht – er gehört ja auch zu den gesellschaftlichen Eliten. Die K.O.B.R.A.-Antirepressionsplattform sucht Fälle, die es zu dokumentieren lohnt – und Personen, die Lust haben, in ihrem Fall Anzeige wegen Aussageerpressung zu erheben, um diese Praxis genauer dokumentieren zu können. Ein Wiki zum Selbst-Eintragen von Fällen entsteht unter
http://deu.anarchopedia.org/aussageerpressung.
Kontakt: kobra@projektwerkstatt.de

Jörg Bergstedt

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2008

Redaktion Heidelberg ● Im Monat März gingen weitere 75 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Seit Beginn unserer Spendenaktion im November 2008 sind somit 6.072 EUR eingegangen. Benötigt werden nun noch 1.271 EUR für das laufende Jahr. Herzlichen Dank!

Es gab vier Neuabos und leider auch im Monat März vier Kündigungen, ein weiteres Abo musste eingestellt werden, weil der Abonnent unbekannt verzogen ist (siehe auch den Abschnitt Adressenänderungen) und die Kündigung einer Fördermitgliedschaft über 62 EUR. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 144+ Neuabos, die wir noch benötigen, um auch ohne Spenden schwarze Zahlen schreiben zu können.

Spendeneingänge:
- ● Lothar Brilling, Hamburg (20 EUR)
- ● Uta Knischewski, Dresden (50 EUR)
- ● Christoph Krähenmann, Zürich (5 EUR)

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2008

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2008: 1.271 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 144+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

V.A.: More Dirty Laundry (Trikont US-0367)

Country-Music ruft meistens negative Assoziationen an weiße Musiker und eine reaktionäre Musiktradition hervor, wenn man nicht gerade an den Working Class-Star Johnny Cash denkt, der sich auch in linken Kreisen eine große Hörerschar ersungen hat. Country-Music wird häufig fälschlicherweise mit Westernmusic in einen Topf geworfen und wird auf die von anglo-keltischen Einwanderern nach Amerika gebrachten Folktraditionen und Volkslieder zurückgeführt.

Mit dem Sampler »More Dirty Laundry. The Soul of Black Country« – der Fortsetzung von »Dirty Laundry« (US-0333) hat das Trikont-Label eine zweite thematische Kollektion über die häufig vergessene Tradition und Einfluß afro-amerikanischer MusikerInnen in diesem Genre – zusammengestellt von dem DJ und Musikjournalist Jonathan Fischer – herausgegeben. Er zeigt die afro-amerikanische Traditionslinie des Genres auf und berichtigt damit das weitverbreitete Klischeebild von einer (rein) weißen Tradition. Jonathan Fischer erklärt zum Ziel dieser Compilation: »Als Sammlung schwarzer Zugänge zur Countrymusik will diese Anthologie nicht nur musikhistorisch Verschüttetes bergen, die oft übersehenen Countrywurzeln von Soulstars offen legen und afroamerikanische Country-Musiker in einen Genre-übergreifenden Kontext stellen. Es geht hier vor allem darum, Fragen zu stellen, vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu erschüttern: Gibt es wirklich weiße und schwarze Musik? Stehen sich Country und Soul nicht viel näher als deren säuberliche Aufspaltung in den Medien, Radios, Videosendern und Plattenläden vermuten läßt? Und wer könnte den hier versammelten Songs ihren Soul absprechen?«

In der vorliegenden Auswahl finden sich da auch InterpretInnen wie Tina Turner, die zusammen mit ihrem damaligen Partner Ike (»don't believe nothing«) vertreten ist und dem Song einen Rhythm'n'Blues-Einschlag versieht, oder auch James Brown (»Three Hearts in a tangle«), von denen man einen solchen Musikstil nicht vermutet hätte und denen man sicherlich den Soul in keinem Fall absprechen kann. Viele der auf der Kollektion vertretenen InterpretInnen haben es aufgrund ihrer Hautfarbe nie zu einem eigenen Majorlabelvertrag gebracht und sind daher weitgehendst in der Vergessenheit versunken. Dazwischen finden sich aber auch passionierte Songwriter wie Andre Williams, der u.a. als Produzent und Songwriter für Stevie Wonder tätig war und mit »Pardon me (I've got someone to kill)« mit einem klasse Track vertreten ist, oder Junior Parker (»Walking the floor«), von dem der Text des Elvis Hitsongs »Mystery Train« stammt. Ein weiterer Höhepunkt ist der Beitrag »He'll have to go« von dem »King of Rock & Soul« Solomon Burke und den »You must think my heart has swinging doors« von Vicky Vans 2005er Album »Dream Catcher«.

Viele der 24 Songs haben nicht nur den Soul, sondern auch eine mit Jazz, Rhythm & Blues oder anderen Stilen verbundene Spielvariation, die den von Jonathan Fischer proklamierten Anspruch noch einmal verdeutlicht.●

DJ Chaoz

Weitere Informationen: www.trikont.de

NACH DER BETRIEBSBESETZUNG IN NORDHAUSEN – KLEINER RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Was bleibt, was kommt?

Nach über 20 Jahren Produktion ist Ruhe eingekehrt in die Hallen der ehemaligen Fahrradfabrik in Nordhausen. Auch die monatelange Besetzung der Fabrik der Bike Systems und die einwöchige Produktion in Eigenregie konnten daran nichts ändern. Am ersten November wurden die Schlüssel fristgerecht übergeben, denn der Mietvertrag mit dem alten Eigentümer war zu diesem Termin ausgelaufen.

Robert Ortmann (FAU Berlin) ● Die Gesetzeslücke, welche die Besetzung juristisch als Betriebsversammlung etikettierte und somit legal machte, griff nicht mehr. Es wäre wohl auch nur ein kleiner Teil der Belegschaft bereit gewesen, den legalen Rahmen dauerhaft zu verlassen. Ebenfalls Anfang November begann eine Qualifizierungsmaßnahme, die den FahrradwerkerInnen weitere acht Monate ein Einkommen sichert. Danach werden wohl viele Arbeitslosengeld beantragen müssen. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Nordhausen beträgt 15,3%. Nun könnte man sich fragen, was der ganze Aufstand denn eigentlich gebracht hat. Das Werk ist geschlossen und die Arbeiterinnen und Arbeiter sehen größtenteils einer ungewissen Zukunft entgegen.

Blick zurück

Als die Geschäftsleitung im Juni die Abwicklung des Werkes verkündete, war nicht einmal eine Abfindung für die ArbeiterInnen vorgesehen. Sie würden, so spekulierten die Verantwortlichen, einfach das Werk nach dem letzten Produktionstag verlassen und zukünftig, im Konkurrenzkampf auf dem Fahrradmarkt, keine Rolle mehr spielen. Dies war der Punkt, an dem der Bogen, nach jahrelangen Zugeständnissen seitens der Belegschaft, überspannt war: Sie eignete sich spontan die Fabrik an und machte öffentlich auf ihre Lage aufmerksam. Das erste, was sich die KollegInnen schon im Zuge der Besetzung zurückholten, war ihre Würde. Sie nahmen der Geschäftsleitung die Initiative, indem sie ihre Geschicke ein Stück weit in die eigenen Hände nahmen.

Sicherlich, es gab keine Vollversammlungen, auf denen die Belegschaft diskutierte und gemeinsam Entscheidungen fällte, wie es z.B. dem anarchosyndikalistischem Ideal entspräche. Die Entscheidungsstruktur innerhalb der Belegschaft blieb zunächst die gleiche wie zuvor, der Betriebsrat der Wortführer. Zeitgleich aber war ein Freiraum entstanden, in dem die ArbeiterInnen die Möglichkeit hatten, sich ihrer Lage bewusst zu werden und Eigeninitiative zu ergreifen. So wurde zum Beispiel die mit Unterstützung der *Freien ArbeiterInnen Union* (FAU) aufgezogene Produktion des Strike-Bikes unabhängig vom Betriebsrat realisiert. Wie oft in solchen Situationen wuchsen Menschen über sich hinaus und vollbrachten Leistungen, die sie sich zuvor selber vermutlich am wenigsten zugetraut hätten. Diese Erkenntnis um die eigenen Fähigkeiten kann ihnen niemand mehr nehmen.

Foto: FAU

Bundesweit wurde mit der Besetzung der Fabrik und vor allem der Produktion des Strike-Bikes ein einmaliges Beispiel gesetzt, auf das sich Menschen in folgenden Kämpfen beziehen können, um dann vielleicht noch einige Schritte weiter zu gehen. Nicht vergessen werden darf außerdem, dass das gesamte Budget für die Qualifizierungsmaßnahme, ein sicheres Einkommen für acht Monate, durch das selbstbewusste Auftreten der Belegschaft erkämpft wurde.

Für Irritationen sorgt nun allerdings, dass die Maßnahme von der »Eranus Consulting + Service GmbH« aus Erfurt organisiert wird. Die Geschäftsführerin des Unternehmens ist die Lebensgefährtin des IG Metallnahen Rechtsanwaltes Jürgen Metz. Dieser hatte die Belegschaft während des Konfliktes vertreten. Der Jurist habe damit sein Vertrauen bei den ArbeiterInnen verspielt, schrieb die *Neue Nordhäuser Zeitung* (NZZ) am 5. März. Metz verwies in dem Artikel darauf, dass der Insolvenzverwalter und nicht er das Unternehmen ausgewählt habe.

Blick nach vorn

Einige der ehemaligen Beschäftigten der Bike Systems möchten weiterhin Fahrräder in Eigenregie produzieren und haben mittlerweile Fakten geschaffen: Ab Mitte des Jahres soll es in Nordhausen wieder losgehen. Ein Teil der Belegschaft der ehemaligen Bike-Systems GmbH hat in den letzten Monaten die Gründung einer Fahrrad-Manufaktur in einem Gebäude der alten Fabrik vorbereitet. Dabei handelt es sich um den gleichen Personenkreis, welcher die Produktion des Strike-Bikes ermöglichte. Zunächst war auch die Gründung einer Genossenschaft im Gespräch; diese Idee wurde allerdings verworfen, weil die Geschäftspartner einen Kapitalrückhalt als Voraussetzung für eine Kooperation verlangen. Das Kapital wird nun von vier Gesellschaftern gestellt, welche im Fahrradwerk beschäftigt waren. Es wird eine Jahresproduktion von 20.000-25.000 Fahrrädern angestrebt. Das ist vergleichsweise wenig.

Der neue Betrieb soll formal zwei Geschäftsführer haben. Weder diese noch die Gesellschafter werden jedoch, nach den bisherigen Überlegungen, besondere Weisungsbefugnisse haben. Stattdessen sind gleiches Mitspracherecht für alle Beschäftigten und Einheitslohn vorgesehen. »Wenn sich der Betrieb hält und nach einem Jahr Gewinne macht, soll die Belegschaft entscheiden, was damit passiert, ob sie investiert oder verteilt werden oder was auch immer«, ließ Andre Kegel in der *Jungen Welt* verlautbaren. Es bleibt abzuwarten, ob es den KollegInnen gelingen wird, sich einem schleichend etablierenden Pragmatismus zu widersetzen, der sich so häufig im Tagesgeschäft Bahn bricht und der dafür sorgen könnte, dass – wie bei so vielen selbstverwalteten Betrieben im Kapitalismus – von den Idealen der Gründerzeit in einigen Jahren nicht mehr viel übrig ist.

Bereits Ende Februar hat der Verein »Bikes in Nordhausen«, in dem die an der Strike-Bike-Produktion beteiligten ArbeiterInnen organisiert sind, den Plänen zur Gründung der Fahrrad-Manufaktur zugestimmt. Die Gründung der »Strike-Bike GmbH« kann somit angegangen werden. Die erste Konsequenz dessen ist aber leider auch, dass die alte Belegschaft weiter auseinandergerissen wird, denn es werden vorläufig nur 17 Mitglieder des Vereins ihre Brötchen in dem neuen Betrieb verdienen können.

Das Projekt wird mit Sicherheit kein Selbstläufer sein: Als Voraussetzung für eine Produktion, von der diese Menschen leben können, gilt, dass es gelingt, Marktnischen auf dem völlig übersättigten Fahrradmarkt zu besetzen. Produziert werden sollen hochwertige Fahrräder für Liebhaber; so ist z.B. ein Elektro-Bike angedacht. Der Unterstützerkreis der FAU ist an der Entwicklung seit dem Ende der Strike-Bike-Produktion nicht mehr direkt beteiligt. Vorläufig sollen auch keine weiteren Strike-Bikes produziert werden. Auch wenn noch nicht klar ist, wie »anders« die GmbH letztendlich produzieren wird, produzieren kann, bleibt festzuhalten: Die Strike-Biker entscheiden weiterhin selbst, in welche Richtung die Reise gehen soll.●

Die Gewährleistung für das Strike-Bike gilt natürlich nach wie vor. Wer Probleme mit seinem Fahrrad hat kann sich unter fahrradwerk@gmx.de melden.

Dieser Artikel ist eine aktualisierte Zusammenfassung zweier Artikel aus der »Direkten Aktion« Nr. 185&186. Die »Direkte Aktion« ist die Zweimonatszeitung der Gewerkschaftsföderation FAU-IAA.

SPANIEN: DAS KOLLEKTIV »LOS APISQUILLOS«

In den Bergen bei Madrid

Unser Kollektiv »Los Apisquillos« entstand im Herbst 2000. Wir waren sieben Personen aus Madrid, die gemeinsam in das kleine Dorf »Puebla de la Sierra« zogen. Heute sind wir zehn junge Erwachsene und ein Kind.

Wir versuchen von dem zu leben, was hier vorhanden ist und was wir daraus produzieren können. Als Kollektiv vom Land zu leben, ohne andere Versorgungsquellen, ist heutzutage ein Abenteuer. Obwohl jede und jeder von uns verschiedene Motivationen hat, sind wir uns in folgenden Punkten einig: Ablehnung von Lohnarbeit, die große Sorge um die dramatischen Konsequenzen der Zerschlagung einer bäuerlichen Kultur und die Lust, unabhängige Lebensräume zu schaffen.

Uns gefällt, unsere Ideen auch praktisch umzusetzen; wirklich zu leben, was wir leben wollen, in direktem Kontakt mit der Natur, dem Lebendigen, jenseits der Überflutung durch die künstliche Welt der Medien. Wir versuchen, uns das Leben auf dem Lande wieder anzueignen. Unser Organisationsprinzip lautet dabei: *»Jedem das, was er braucht«*, und wir versuchen, diese Bedürfnisse kollektiv zu definieren. Bei uns gibt es weder Lohn und fixe Arbeitszeiten noch Ferien. Unsere Kooperative ist offen für Leute, die uns kennen lernen, etwas beibringen oder von uns etwas lernen wollen, die mitarbeiten möchten oder einfach nur Abwechslung suchen.

Wir haben gleich zu Beginn eine der letzten Schafherden der Rasse »rubia del molar« gekauft und im Jahr darauf eine Ziegenherde von einem Züchter im Dorf. Im selben Jahr erwarben wir ein altes Haus und begannen, es mit den lokal vorhandenen Materialien wieder aufzubauen. Von Anfang an bewirtschafteten wir einen Gemüsegarten für den Eigenbedarf und arbeiteten im Wald. Wir lernten Schafe zu scheren und scheren seither die Herden rund um Madrid. Hühner, Bienenstöcke und der Ertrag aus dem Wald tragen zur Selbstversorgung bei, was jedoch nicht ausreichend ist. Wir versuchen stets, unsere Produktpalette zu erweitern. Im letzten Herbst haben wir angefangen, die Milch unserer Tiere zu verarbeiten. Ein Teil dieser Produkte ist für uns vorgesehen, der Rest geht an lokale Verteilergruppen.

Kartoffelernte in Puebla de la Sierra

Wir definieren unsere Ziele ständig neu. Dabei müssen wir lernen, mit den Grenzen, auf die wir innerhalb und außerhalb der Gruppe stoßen, umzugehen, damit unsere Kräfte nicht verpuffen. Das Fehlen finanzieller Mittel und eigenen Landes hindert uns bisher daran, verschiedene Aktivitäten unter günstigeren Bedingungen zu entwickeln. Schwer wiegt auch die konstante Gegnerschaft des Bürgermeisters, die vor allem auf unseren unterschiedlichen Visionen einer touristischen Erschließung des Dorfes beruht.

Die Puebla de la Sierra liegt eine Stunde von Madrid entfernt und ist somit der ungebremsten Modernisierung (Verstädterung, Bodenspekulation) ausgesetzt, die das sozial-ökologische Kulturerbe bedroht wie zum Beispiel die alten Schafswanderungsrouten, welche zum Gemeindegut, zur Allmend, gehören.

Direkte Demokratie?

Wir mischen uns tatkräftig in die lokale Politik ein und erstreben, dass unser Dorf von einem »offenen Gemeinderat« der wirklichen Bewohner verwaltet wird. Die Gemeinden, die, wie die Puebla de la Sierra, zum Kreis Madrid gehören und weniger als hundert Einwohner zählen, organisierten sich ursprünglich in dieser Form. Die Praxis sieht leider anders aus: Leute, die illegal eingeschrieben und gar nicht hier wohnen, besetzen die obersten Plätze in der Verwaltung.

Wir wollen das Gemeinschaftliche wieder aufwerten und bestehen auf einer kollektiven Verwaltung der Gemeinde, welche auch die positiven Elemente der traditionellen Bräuche berücksichtigt und in diesem Zusammenhang die Ansiedlung neuer Bewohner fördert.

In diesem Frühjahr werden wir eine Finanzierungskampagne starten, um Land zur besseren Versorgung unserer Tiere kaufen zu können und um eine Käserei in einem alten Gebäude, das wir erwerben konnten, einzurichten. Wir beabsichtigen, uns eine Verwaltungsstruktur zu schaffen (Stiftung oder Verein), welche Eigentümerin des zu erwerbenden Landes wird und somit den kollektiven Verwendungszweck auch in Zukunft garantiert.

Die Ziegenherde der »Apisquillos« unter Eichen

Wenn man uns fragt: Was habt ihr für Vorschläge? Dann antworten wir gerne mit einer Reihe von Fragen, die wir uns auch selbst stellen: Inwieweit wird unsere Aktivität vom Kapitalismus, dem wir ständig ausgesetzt sind, bestimmt? Wie sehr beeinflusst die Umgebung unser Denken? Was kann man noch in der Stadt erreichen? Gibt es ein gemeinsames Denken ohne gemeinsame Lebensgrundlage? Hat es Sinn, politisch und sozial aktiv zu sein, ohne gleichzeitig seine Vorstellungen einer menschlicheren Gesellschaft im täglichen Leben zu verwirklichen? Ist eine Utopie ohne die Rettung von gewachsenen Formen des Zusammenlebens, von Konvivialität, von Biodiversität überhaupt möglich? Wie weit gilt es, alte Traditionen zu erhalten? Was ist neu zu erfinden?●

Los Apisquillos

Adresse: Los Apisquillos, c/Mayor, no 50, Puebla de la Sierra, E-28190 Madrid
Tel.: +34 91869 6004

Aus: Nachrichten aus Longo maï, Nr. 97/März 2008

MACHTPOSITIONEN AUSSERHALB UND INNERHALB VON »FREIRÄUMEN«

Die beschwerlichen Freiheiten

Von der Gruppe KRAN/Kopenhagen ● Bei dem, was wir »Freiräume« nennen, handelt es sich um Orte, die provozierend sind und die den sie umgebenden gesellschaftlichen Raum zur Weiterentwicklung zwingen. Aber wovon sind diese Freiräume frei? Die Idee kann der Realität näher kommen, wenn die Freiräume sich auch selbst herausfordern und über die Machtpositionen und sozialen Normen reflektieren, die in ihrem Inneren eine Rolle spielen.

Im Augenblick ist der Slogan »Für mehr Freiräume« mit Fahnen und Transparenten und in Verbindung mit dem Kampf um *Ungdomshuset* und *Christiania* allgegenwärtig. Die Vorstellung, dass ein solcher Freiraum mit den Regeln und Normen der ihn umgebenden Gesellschaft nichts zu tun hat, ist problematisch. Eine Sache ist es, einen konkreten Ort zu erobern, etwas anderes, sich selbst zu befreien, zu emanzipieren. Dieser Kampf endet nicht mit der Besetzung eines bestimmten, physischen Ortes. Freiräume entstehen meist aus dem Bedürfnis heraus, gesellschaftskritische Gedanken in der Praxis zum Leben zu bringen und Formen des Zusammenlebens zu finden, die auf alternativen Werten und Normen basieren, die sich von den gängigen gesellschaftlichen Konventionen unterscheiden. Auf der Grundlage kritischer Reflexion bietet dieser Ansatz eine besondere Chance der Veränderung. Beispiele sind die bestehenden Freiräume in Dänemark, wie *Christiania* und früher das *Ungdomshuset*.

Das Ungdomshuset (Foto Juli 2006) war ein Gebäude im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro. 1982 stellte die Stadt Kopenhagen das Haus nach einer Besetzung als Jugendzentrum zur Verfügung. Das Ungdomshuset war seit 1999 Gegenstand einer Kontroverse zwischen der Stadt, den Nutzern des Hauses und der evangelischen Glaubensgemeinschaft »Faderhuset« (Vaterhaus), an die es verkauft wurde. Nach dem Verkauf blieben die bisherigen Nutzer im Haus und besetzten es. Neben politischen Initiativen für den Erhalt des Hauses kam es zu z. T. gewalttätigen Protesten. Im März 2007 wurde das Gebäude geräumt und abgerissen.

Solche Räume zu etablieren ist nur der erste Schritt. Denn wenn man sich von der Vorstellung blenden lässt, dass ein solcher Raum allein deshalb »frei« ist, weil er eine Gemeinschaft schafft, die sich in Opposition zur Rest-Gesellschaft befindet, dann bedeutet dies, dass der konkrete Ort, um den es geht, Freiheit vor allem für diejenigen zulässt, die sich am besten durchsetzen können. Wenn man vorgibt, einen Raum zu schaffen, der allein deshalb frei von Machtverhältnissen ist, weil die Macht dort nicht in den Händen der üblichen Autoritäten wie Polizei, LehrerInnen, ArbeitgeberInnen und SozialarbeiterInnen ist, dann bedeutet dies, dass dieser informell und unsichtbar von denjenigen kontrolliert wird, die privilegierte Positionen innehaben, weil sie durch ihre gesellschaftliche Rolle Vorteile besitzen.

Insofern ist der Gedanke eines Freiraumes, verstanden als »machtfreier Raum«, eine Illusion. In einer sozialen Gruppe existieren immer Machtverhältnisse, und ein Freiraum muss auf dieser Grundlage geschaffen und genutzt werden. Machtverhältnisse können, als Verhältnisse zwischen Menschen, umdefiniert und verändert werden, aber sie werden niemals einfach verschwinden. Wenn man sich über Machtstrukturen, Hierarchien und soziale Normen nicht bewusst ist, reproduziert man diese kritiklos. Man ist verurteilt, sie zu reproduzieren, auch wenn man »alternative« Regeln und Normen aufstellt. Die Machtverteilung kann unter anderem durch Denkweisen, soziale Zuweisungen und Hierarchien geregelt werden, was man daran sehen kann, dass in politischen Organisationen bestimmte Menschen mit größerer Wahrscheinlichkeit wichtige Positionen einnehmen als andere. Oder wenn durch die Geschlechterverhältnisse definiert wird, dass Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit Verantwortung für die Wohnung und die Familie übernehmen werden. Solche Machtpositionen können durch eine Reihe verschiedener Techniken aufrechterhalten werden, manche davon bewusst, andere unbewusst. Beispiele dafür sind, dass Beschlüsse »informell« und außerhalb der existierenden kollektiven Meetings gefasst werden. Hier kann die alternative Art der Organisierung mit ihren konsensbestimmten Gremien und der freiwilligen Teilnahme das Risiko erhöhen, dass die Macht, die ausgeübt wird, unsichtbar bleibt. Aber Freiräume bieten, mit dem Willen, soziale Laboratorien zu sein und neue Formen des Zusammenlebens zu erproben, auch die Möglichkeit, Machtformen und Statushierarchien zu hinterfragen.

Es gibt einige Werkzeuge, um die »natürliche« Machtverteilung zu verändern. Eine Möglichkeit ist, diese Verteilung durch das Einrichten »separater« Räume, die zum Beispiel nach Geschlecht aufgeteilt sind, sichtbar zu machen. So können eigene Räume für Frauen und Lesben entstehen. Hier werden spezifische Machtverhältnisse ausgeschlossen. Ein Bespiel sind die Damesex-Festivals, die in den letzten Jahren im *Ungdomshuset* abgehalten wurden, auf denen verschiedene Frauen mit Geschlecht und Sexualität außerhalb der existierenden Geschlechter-Macht-Relationen experimentieren konnten. In solchen Räumen wird Macht unter anderen Prämissen verteilt, sodass die Einzelne die Möglichkeit hat, mit anderen Positionen und Identitätsformen zu experimentieren.

Ein Freiraum entsteht, wenn kontinuierlich daran gearbeitet wird, die Machtverhältnisse, die geltenden Normen und die Art, zusammen zu leben, zu verändern. Unsere Organisationsweisen und unsere innere Kultur muss in dieser Richtung politisiert werden – indem sie stets Ausdruck von Entscheidungen und nicht von Selbstverständlichkeiten ist. Welche Werte unsere Räume prägen und wie wir diese Werte in die Realität übersetzen können, muss ständig gefragt werden.

Wir meinen, dass ein Freiraum als ein Ort gestaltet werden muss, der seinen NutzerInnen die besten Möglichkeiten gibt, antiautoritäre und wirklich demokratische Verhältnisse untereinander einzugehen. Es sollte Platz sein für die Kritik der Machthierarchien und für das Ausleben alternativer Ideen und Identitäten, für die sonst kein Ort existiert – wie Gaukler, Transgender, Homosexuelle, Punker, Flipper, Anti-Konsum-Leute und Basisdemokratie. Wofür wir nach außen kämpfen, sollte sich auch in unseren Innenräumen widerspiegeln, nicht nur in der Organisationsform und in den Beschlüssen, sondern auch in den konkreten Beziehungen, die wir zueinander eingehen, und schließlich in unserer sozialen Kultur, die in den Prioritäten sichtbar wird, für die wir eintreten. Das bedeutet auch, dass Freiräume offen für Kritik an den sozialen Codes sein sollten, nach denen sie agieren, und dass Machtverhältnisse immer verhandelt werden. Veränderungen geschehen dabei durch Konflikte und Praxis.

Eine solche Politisierung kann neue Regeln und Codes schaffen, die durch ihre Ausübung zu neuen Normen werden, die keine Reproduktion der alten Machtverhältnisse, sondern kollektive Schöpfungen darstellen. Ein Beispiel für solche Regeln, die sich woanders nicht finden, war der Haschmarkt auf *Christiania*, ein weniger bekanntes Beispiel war der Konsens im *Ungdomshuset*, dass man Frauen nicht an den Hintern fassen darf. Diese Regel war eine der Ursachen dafür, dass Frauen dort zu einem Fest gehen konnten und Unterstützung erwarten konnten, wenn sie angegriffen wurden.

Freiräume entstehen mit der Idee, einen »anderen« Raum zu schaffen, einen Raum, der kulturelle Selbstverständlichkeiten herausfordert oder sogar mit ihnen bricht. Aber damit beginnt eine harte Arbeit, in der die Möglichkeiten des Experimentierens, Herausforderns und Reflektierens unauflöslich mit Kritik, Problematisierung und Konflikten verbunden sind. Was von den PolitikerInnen und den Medien als Ort denunziert wird, wo sich »verwöhnte Kinder« aufhalten, wird in Wirklichkeit durch persönlichen Einsatz und den Willen, etwas zu geben, aufgebaut. Was sie wichtig macht, ist nicht, dass sie hochfliegende Utopien sind, sondern dass sie ein Versuch sind, der zeigen kann, dass eine andere Wahl als das Ertrinken in Konsum, Kernfamilie und Karriere möglich ist.

Christiania und das *Ungdomshuset* sind in unseren Augen notwenige Hegemonie-Brecher, die auf Visionen, Engagement und dem Mut basieren, die eigenen Ideen in die Praxis umzusetzen. Ein Versuch gelingt nicht immer, aber es ist wichtig, ihn zu unternehmen. Wenn wir als Menschen eine andere Gesellschaft erstreben, brauchen wir einen Ort, wo wir das erproben können. Es kann auch gesagt werden, dass es unmöglich ist, sich vollständig von der Gesellschaft zu isolieren und dies wiederum führt zu der Notwendigkeit, auch einen Kampf nach außen zu führen. Der Widerstand, aus denen heraus die Freiräume entstanden sind, darf nicht auf eine abgegrenzte Enklave beschränkt bleiben. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Freiräume in sich zusammenfallen, ist größer, wenn man sich von der Umwelt isoliert und die Alltagskämpfe außerhalb der Freiräume stattfinden. Ein Freiraum ist ein Ausgangspunkt, von dem aus die Gesellschaft verändert werden kann.●

Leicht gekürzter Nachdruck aus Peter Birke/Chris H. Larsen: (Hg.): Besetze deine Stadt! – BZ din by! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen; Hamburg 2007, 224 Seiten, 14.80 EUR
www.assoziation-a.de

KRAN ist eine radikale queere und feministische Gruppe aus Kopenhagen, die sowohl aktivistisch als auch theoretisch arbeitet. Sie macht Aktionen, Seminare, Volksküchen und schreibt Artikel.
www.kranerne.dk.
Übersetzung des Textes durch Peter Birke.

Eine andere Logik?

Von Peter Birke ● Die sozialen Bewegungen sind gegenüber den »Fortschritten« der Stadtentwicklung nicht nur defensiv und machtlos. Sie haben Stadt-Räume gestaltet und Ansprüche auf alternative Formen der Nutzung formuliert. Diese Ansprüche wurden und werden von StadtplanerInnen und PolitikerInnen aufgegriffen und umgeformt. Umso wichtiger ist es, zu beobachten, wie sie sich verändern, wie sie definiert werden, was ihr emanzipatorisches Potenzial ausmacht.

In Dänemark spielen dabei die Veränderung und Erneuerung des Autonomie-Begriffes und der entsprechenden Praxis eine Rolle. Es handelt sich um eine Gesellschaft, die sich in den 1960er Jahren schnell in eine industriell geprägte »Fabrikgesellschaft« verwandelte, und zu Beginn der 1970er Jahre heftige soziale Unruhen und Proteste erlebte, von der neuen Frauenbewegung über die »andere« ArbeiterInnenbewegung bis zu den ersten Hausbesetzungen. Anschließend kam es zu einer durch die »weichen« Industrien des öffentlichen Dienstes und die Dienstleistungen geprägten Gesellschaft. In den 1990er Jahren setzte sich, früher als in der Bundesrepublik, das Konzept des »aktivierenden Sozialstaates« durch, das Ökonomisierung, Individualisierung und Selbstverantwortung miteinander verbindet.

Begriff und Praxis der »Autonomie« wurden von diesen in historischer Rekordzeit umgesetzten Veränderungen beeinflusst. Allerdings ist es nicht so, dass der Rückgriff auf die Moral des Wohlfahrtsstaates (wie bei den Sozialprotesten, die in Dänemark seit 2006 Hunderttausende mobilisierten) »regressiv« ist und die (von der Bewegung für »Freiräume« akzentuierte) Forderung nach Autonomie per se »fortschrittlich«. Vielmehr enthalten beide Ansätze sowohl regressive als auch emanzipatorische Elemente, wie der Erfolg der sozialchauvinistischen Propaganda der RechtspopulistInnen in Dänemark ebenso zeigt wie die von der Gruppe »KRAN« in ihrem Beitrag geschilderten inneren Widersprüche der Solidaritätsbewegung zum im März 2007 abgerissenen Zentrum Ungdomshuset. In der Gegenüberstellung von »alter« ArbeiterInnenbewegung und »neuer« sozialer Bewegung, sind diese Widersprüche kaum zu fassen.

Inmitten des Prozesses der Veränderung der sozialen Topografie der Stadt und der urbanen Bewegungen, kommt es darauf an, zu versuchen, Kräfteverhältnisse und Wünsche zu bestimmen. Vor allem sollten die überraschenden Elemente zur Kenntnis genommen werden, die die »neuesten« sozialen Bewegungen von ihren VorgängerInnen unterscheiden, auch wenn sie sich dabei immer wieder die Masken aufsetzen, die diese VorgängerInnen getragen haben. Ob dabei etwas wirklich Neues geschieht, weiß niemand. Aber jeder Versuch ist es wert.●

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Erneute Auflage der Fördertopfbroschüre erschienen

Nachdem die 9. Auflage bereits Ende des Jahres 2007 vergriffen war, ist die Fördertopfbroschüre erneut aufgelegt worden. Netzwerk Selbsthilfe gibt nun bereits seit 1991 die »Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen« heraus. Anfangs nur als geheftete Kopiensammlung verfügbar, wurde im Jahr 2007 die Broschüre erweitert und vollständig überarbeitet. Mittlerweile umfasst sie stattliche 160 Seiten.

Unter KennerInnen der Materie und FundraiserInnen ist das Werk sehr angesehen, weil es in kompakter Form einen Überblick über den Förderdschungel und angrenzende Themen gibt. Die Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen sind ein praxisorientiertes Nachschlagewerk für alle Gruppen und Initiativen, die nach Finanzierungswegen zur Verwirklichung ihrer Projektideen suchen. Die Broschüre beschreibt mehr als 150 Stiftungen und andere Förderquellen und bietet umfangreiche Tipps zu Fördermöglichkeiten in den Bereichen Bildung, Jugend, Arbeit, Soziales, Migration, Entwicklungspolitik, Antifaschismus, Integration, Wohnen, Kultur, Frauen, Globalisierungskritik und Umwelt.

Darüber hinaus werden Beratungseinrichtungen und Informationen zur Existenzgründungs- und Betriebsberatung für Vereine und kleine Betriebe vorgestellt. Die Tipps und Hinweise machen die Broschüre zu einem kompetenten Wegweiser durch das Förderdickicht. Unsere Publikation bietet einen ersten und kompakten Einblick in die Möglichkeiten der Projektförderung für fast alle Bereiche. Da der Förderdschungel fast undurchschaubar ist, es gibt zum Beispiel über 1.000 Stiftungen in Deutschland, ist die Beschränkung auf wesentliche Fördermöglichkeiten sinnvoll.

Der politische Förderfonds
NETZWERK
www.netzwerk-selbsthilfe.de

Wer sich damit intensiver beschäftigen will oder muss, der hat die Möglichkeit zum Beispiel über die vielen in unserer Broschüre genannten Webadressen. Wer sich darüber hinaus für konkrete Unterstützung und Hilfestellung interessiert, dem sei das Seminar »Fundraising – Wege zur Projektförderung« empfohlen, das Netzwerk Selbsthilfe zusammen mit der Stiftung Mitarbeit durchführt. Nähere Informationen dazu unter www.mitarbeit.de.●

Klaus Eckert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

DAS JAHR 1968 FAND NICHT NUR IN DEN HÖRSÄLEN STATT

Von der Fabrik, in die Stadt

Mitten im Wahlkampf 1969, zwischen den Schildern, die dafür einnehmen sollten, den Kommunismus zu fürchten oder die Demokratie zu wagen, entschlossen sich die Arbeitenden der Hoesch-Stahlwerke in Dortmund zu Streik. Schon in den beiden Jahrzehnten zuvor hatten die Beschäftigten der drei fusionierten Werke, vor allem die der »Westfalenhütte«, immer wieder die Arbeit niedergelegt. Meistens jedoch gelangten diese »wilden« Proteste gegen Ungerechtigkeiten bei den Löhnen und Unerträglichkeiten der Arbeitsbedingungen nicht an die Öffentlichkeit, sondern wurden »diskret« vor Ort erledigt, und es hatte dabei Zugeständnisse an die Streikenden gegeben.

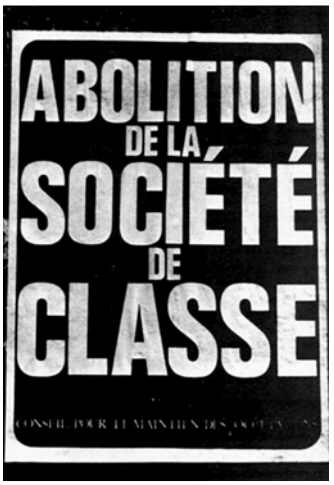
Von Peter Birke

Septemberstreiks

Erst in der Rezession von 1966/67 war damit vorläufig ein Ende; denn die Krise, die besonders die Montanindustrie betraf, erlaubte den Unternehmern, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb, »in den Betrieben aufzuräumen«, »Störenfriede« und »Grauköpfe« zu beseitigen und allgemein »die Ordnung wieder herzustellen«. Die im Vergleich zu heute kleine Rezession löste aus, dass sich die Flucht vom schrumpfenden Bergbau, der harte Arbeit und im Vergleich immer schlechtere Löhne bot, in die Metallindustrie fortsetzte.

Gleichzeitig kehrte die jüngere ArbeiterInnen-Generation Regionen wie dem von der Montanindustrie geprägten Saarland den Rücken. Doch schon im Frühjahr 1968 zog die Exportkonjunktur wieder an. Plötzlich waren die Auftragsbücher voll, und gerade in Kohle und Stahl wurden mehr und mehr Überstunden gefordert, immer höhere Profite gemacht, mit immer weniger Leuten. Im September 1969 hatten die Leute genug von »sozialer Symmetrie« und »konzertierter Aktion« gehört, wollten, dass den Versprechungen Taten folgen. Kein Zufall war deshalb, dass der Streik bei Hoesch begann – ein Betrieb mit paritätischer Mitbestimmung, von der IG Metall bestellten Aufsichtsräten; ein Werk, das als »besonders liberal« galt und viel auf seine sozialen Einrichtungen hielt. Die Demonstration durch die »Westfalenhütte« eskalierte in der Besetzung des Verwaltungsgebäudes, woraufhin die Unternehmer die von den Streikenden erst vor dem Tor endgültig abgestimmte Forderung einer Lohnerhöhung von 30 Pfennig akzeptierten.

Es folgte eine Welle wilder Streiks in den Stahlwerken und im Bergbau an der Ruhr und im Saarland, aber auch unter mehrheitlich weiblichen Belegschaften in der ostwestfälischen Textilindustrie, im öffentlichen Dienst sowie in einzelnen Metallbetrieben, in denen nur die Vorarbeiter einen deutschen Pass hatten. Das gemeinsame Element dieser Kämpfe symbolisierte



Plakat der Situationistischen Internationale Paris 1968. Der Text lautet: Abschaffung der Klassengesellschaft

die Forderung nach einer »linearen« Lohnerhöhung; eine Forderung, die ausdrücklich im Gegensatz zu den prozentualen Erhöhungen stand, die die betrieblichen Hierarchien nach Tarifrunden stärkten. Schon seit Mitte der 1950er Jahre hatten die »Festsätze« und »qualitative« Forderungen nach der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum »guten Ton« bei lokalen wilden Streiks gehört. Am Ende hatten die meisten der 200.000 Streikenden des Septembers 1969 ihre Forderungen durchgesetzt – nur den migrantischen Beschäftigten einzelner Metallbetriebe kam man nach wie vor mit Drohungen und Denunziationen bei. Bis Ende des Jahres erhielten zudem etwa acht Millionen Beschäftigte »freiwillige« Lohnerhöhungen, um weiteren »Unruhen« zuvor zu kommen.

Arbeitskämpfe in den 1968er Jahren

Die Septemberstreiks waren nicht die ersten und auch nicht die letzten Arbeitskämpfe in den 1968er Jahren. Während der Rezession von 1966/67 hatten Hunderttausende, vor allem in der Metallindustrie protestiert. An den Protesten gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, die sich zwischen 1967 und 1969 in vielen Städten zu Boykotten, Demonstrationen

Paris 1968, Manifestation der Arbeiter

und sogar selbstorganisierten Fahrgemeinschaften entwickelten, beteiligten sich Belegschaften und GewerkschafterInnen, vor allem aber viele junge ArbeiterInnen. Kurz darauf begann sich auch in der Bundesrepublik eine autonome »Lehrlingsbewegung« zu artikulieren, die ein Ende der Schikanen durch die Meister, der Entlohnung im Taschengeldformat, der körperlichen Züchtigungen und der sinnlosen »Strafarbeiten« forderte. Im Mai 1968 spielten LohnarbeiterInnen und Streiks eine bedeutende Rolle in der Bewegung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, besonders in Frankfurt, wo die soziale Bewegung ihr Zentrum hatte. Angesichts der Zuspitzung der Proteste zog die IG Metall die Notbremse, und noch während die Gesetze im Bundestag zur Abstimmung kamen, zog die Gewerkschaft ihre Unterstützung für das von ihr mitbegründete »Kuratorium Notstand der Demokratie« zurück. Gleichzeitig gingen jene »diskreten« Arbeitskämpfe weiter, die seit Mitte der 1950er Jahre auf der Grundlage der Hochkonjunktur im lokalen Maßstab stattfanden. All diese Aktionen und Formen waren die Voraussetzung dafür, dass die offenen Arbeitskämpfe nach 1969 bis zur Welle der wilden Streiks von 1973 weitergingen.

Nicht nur in der Bundesrepublik – überall in Europa traten die Arbeitskämpfe in den »1968er Jahren« aus dem Schatten des Kalten Krieges. Im Mai und im Juni 1968 fand in Frankreich der größte wilde Streik in der Geschichte statt, mit zehn Millionen Beteiligten. Dort entfaltete die Situation eine Dynamik, die weit über Lohnforderungen hinaus zu einem gesellschaftlichen Konflikt um die Aneignung der Produktion beitrug, und Träume von einer Flucht aus dem Elend des Taylorismus und von einer möglichen Selbstverwaltung provozierte. Das Thema traf auf eine Resonanz in den italienischen Arbeitskämpfen, die im »heißen Herbst« 1969 »von der Fabrik in die Stadt getragen« wurden, sich mit den Jugendbewegungen und urbanen Kämpfen um Mieten und öffentliche Räume verbanden. Von den Stahlwerken im Norden Schwedens, über das staatssozialistische Polen, die USA und Südamerika – überall kam es zu wilden, nicht von den offiziellen Gewerkschaften organisierten betrieblichen Kämpfen. In der CSSR hielten sich die selbstverwalteten Betriebe noch eine Weile, nachdem die Panzer der Warschauer Pakt-Staaten dem »Frühling« in Prag ein frühes Ende gemacht hatten.

Während die Hoffnung auf einen anderen Weg zum Sozialismus schließlich im transnationalen Maßstab enttäuscht wurden, waren hierzulande zumindest die materiellen Resultate der Streikwelle beachtlich: Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hatte eine solche Umverteilung zugunsten der Lohnarbeitenden stattgefunden, nie zuvor waren Streiks derart politisiert und öffentlich debattiert worden, einschließlich der Arbeitsbedingungen, nie zuvor waren die »Flucht aus der Fabrik«, die Debatte um die gesundheitlichen Konsequenzen, schließlich auch die Auseinandersetzung um die Geschlechter- und Migrationsverhältnisse der Arbeit so publik wie in jener Zeit. Die Gewerkschaften müssten eigentlich dankbar an diese Jahre zurückdenken, denn sie waren die einzigen in der Geschichte der BRD, in der ihr Organisationsgrad stieg. Selbst die Weltwirtschaftskrise von 1973 beendete die Konjunktur der Arbeitskämpfe nicht sofort. Doch der Druck einer wachsenden, neuen Segregation des Arbeitsmarktes, symbolisiert durch die Niederlage des spektakulären migrantisch geprägten Streiks bei Ford in Köln 1973, sowie die Einverleibung der Revolte in betriebliche »Human Relations«-Programme und staatliche »Humanisierung der Arbeit« dünnten die Proteste bis zum Ende des Jahrzehnts nach und nach aus und ersetzten sie durch die Tagesordnung der »Verteidigungskämpfe« und der »Standortlogik«.

Erzählungen von einem Aufstand

Die Kritik an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, an der kostenlosen Arbeit der Frauen in der Normalität des Patriarchats, der Ruf nach Befreiung von der Lohnarbeit, nach Selbstverwaltung, die Flucht aus der Fabrik – dies alles war ein wesentliches, wenn nicht gar für Millionen Menschen das wichtigste Erlebnis der »1968er Jahre«. Dennoch nahmen bereits manche Zeitgenossen die Arbeitskämpfe nur als Geräusch war. Das gilt nicht nur für den Sekretär der IG Bergbau, der 1969 ratlos vor dem Tor der bestreikten Zeche »Minister Stein« in Dortmund stand und sich fragte, welche Forderungen er seiner Gewerkschaftszentrale übermitteln sollte. Es gilt ebenso für die zeitgenössische Presse, die sich sehr schwer tat, zu erklären, warum die »englische Krankheit« der wilden Streiks nun auch in der Bundesrepublik »ausbrach« – in einem Land, das man stets als Muster der »Sozialfriedlichkeit« gesehen hatte. Und es galt nicht zuletzt für die Unternehmer, die der Streikwelle mit einer Mischung aus Furcht (vor einer Ausbreitung der Revolte, vor allem aber vor den Kosten ...) und Hoffnung (auf eine »Erledigung« der Gewerkschaften) gegenüber traten, um vom ersten Tag der Septemberstreiks an mit militärisch-politischen Vorbereitungen auf eine weitere Eskalation zu beginnen.

Die »Gefahr«, die die Herrschenden erkannten, war, dass die Proteste von 1968 und 1969 nur den Anfang einer »Fusion« der sozialen Bewegungen darstellen würden, den Auftakt einer umfassenden Revolte gegen die Fabrikgesellschaft. Dazu kam es nicht. Am Ende überwog das Trennende, und es war in der Bundesrepublik wohl ausgeprägter als anderswo. Auch viele Linksradikale verleitete die Zeitverschiebung zwischen den außerparlamentarischen Protesten des Mai 1968 und den Arbeitskämpfen des September 1969 dazu, die letzteren Konflikte für etwas *ganz Anderes* und *ganz Neues* zu halten. Diese Haltung brachte das Interesse an der »Betriebsarbeit« hervor, markierte aber zugleich die Grenzen einer möglichen produktiven Wendung der »Flucht aus der Fabrik«. Bis heute leidet die radikale Linke unter einer merkwürdigen Ich-Spaltung: Man interessiert sich für Arbeitskämpfe und andere soziale Konflikte vor allem als für dieses »Andere«, was eine Trennung zwischen »den Arbeitern« und »uns« einschließt, man »geht in die Fabrik« und »spricht mit den Arbeitern«, man befasst sich mit Fragen der Produktion, als hätten sie gar nichts mit dem eigenen, produktiven wie unproduktiven, Alltag zu tun. Seit den 1968er Jahren geht es in den meisten linken Publikationen um Arbeit in drei Formen: in der Schilderung spektakulärer Arbeitskämpfe, in der Auseinandersetzung mit den linken »Betriebsgruppen«, die jedoch immer nur eine kleine Minderheit der Schreibenden und Lesenden umfassten, und schließlich in den Kleinanzeigen, in denen die eigene, oft prekäre und proletarische, materielle Existenz verhandelt wird.

Bis heute hat sich dieses Motiv in der Linken erhalten, trotz aller Debatten um »Prekarität«: Es ist sehr schwer geblieben, die soziale Identifizierung und Verortung zu überwinden, die sich im Grunde nach einer Existenz in der Sphäre des abgesicherten Bürgerlichen sehnt und die »die Opfer« der kapitalistischen Verwertung immer dort sieht, wo man selbst nicht ist. Das Subjekt der Revolte wird – trotz der fundamentalen Erkenntnis der neuen Frauenbewegung, dass »das Private politisch ist« – in der Konsequenz extern verortet, und in Gedanken wie in der sozialen Realität werden die Mauern immer wieder errichtet, die die Fabrik und andere Anstalten als »gefährliche Orte« hermetisch von der Gesellschaft abriegeln. Die Haltung, dass *wir es schon wissen*, während *die Anderen noch überzeugt werden müssen*, ist ein Ausdruck dieser Trennung, während es darum ginge, die neuen sozialen Kämpfe, in denen die Linke, wenn überhaupt, nur am Rande und nur als Partei eine Rolle spielt, erst einmal zu verstehen.

Geräusche und Themen

All dies ist eine von vielen Ursachen dafür, dass die radikale Linke den Geräuschen, die die bürgerliche Öffentlichkeit zurzeit in Bezug auf die Erinnerungsmode »1968« produziert, so wenig entgegen zu setzten hat. *STERN, Spiegel* oder *tageszeitung* interessiert vor allem der spektakuläre Charakter der Aktionen. Dabei wird die Bewegung auf einen romantischen Aufstand jugendlicher Helden zusammengeschrumpft oder als Brutstätte gewaltförmiger Politik dämonisiert. Alles, was über diese Zuordnungen hinausgeht, wird als zu sperrig gesehen, kann nicht publizistisch verwertet werden. Dagegen könnte es interessant sein, die ganze Bewegung in ihrer ganzen inneren Widersprüchlichkeit zu verstehen. Die »Flucht aus der Fabrik« ist ein Beispiel, denn sie markierte Konflikte, in denen es zumindest an den Rändern um eine Dekonstruktion der Fabrik-Identität ging, um die Aufhebung der eigenen Existenz als LohnarbeitendeR, im Angriff auf die Trennung von Fabrik und Gesellschaft, auf die permanente Enteignung und Entfremdung im Alltag, die patriarchalen und ethnisierenden Hierarchien der Arbeit.●

Nachdruck aus: transmitter, FSK-Programmheft, Nr. 3/2008, Hamburg

Literatur

Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt 2007; Gerd Rainer Horn/Bernd Gehrke (Hg.): 1968 und die Arbeiter, Hamburg 2007

FACHTAGUNG

Alte Linke – neue Linke?

Die Protestbewegungen der 1968er Jahre in Westdeutschland und Europa.
Fachtagung des Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Fachschaftsrates Psychologie der Universität Hamburg 25./26. April 2008, Hamburg

Programm ist online unter
www.rosalux.de/cms/index.php?id=15252&type=0
Programm als PDF unter:
www.rosalux.de/cms/uploads/media/Alte-Neue_Linke_0408.pdf

LICHT AM ENDE BLEIERNER JAHRE?

Befreiung im 21. Jahrhundert

Das Jahr 1968 war unter anderem geprägt durch weltweite Studentenproteste, Notstandsgesetze, Anti-Vietnamkriegs-Bewegung, Prager Frühling und das Massaker von My Lai. Rückblickend gesehen steht die 68er-Bewegung für einen notwendigen gesellschaftlichen Aufbruch, der zur Demokratisierung der Gesellschaft beitrug. Durch die damalige Aufbruchstimmung wurde auch das angestoßen, was sich in den siebziger und achtziger Jahren als Neue Soziale Bewegungen entwickelte: Frauen-, Bürgerinitiativen-, Alternativ-, Dritte-Welt-, Ökologie- und Friedensbewegung.

von Michael Schmid ● Was ist aus dem großen Aufbruch geworden? Der Friedensforscher und Friedensaktivist Wolfgang Sternstein beispielsweise antwortet auf diese Frage: »Eine wehmütige Erinnerung an einen großen Aufbruch, an eine Zeit, wo eine Wende zum Besseren möglich, ja geradezu unausweichlich schien. ... Bis auf den wackligen Atomausstieg und den Aufschwung der regenerativen Energietechniken hat die Flutwelle der Globalisierung alles hinweggespült. Auf den großen Aufbruch folgte das große Scheitern.«

Vielleicht ist ein Blick »von außen« förderlich, um Licht am Ende der bleiernen Zeit erblicken zu können. Jedenfalls beobachtet und analysiert ein deutscher Professor von Brasilien aus, was weltweit mehr noch als in Deutschland im Gange ist. 1994 ging Helmut Thielen, der Sozialwissenschaften und Philosophie studiert hat sowie Landschaftsplanung und Internationale Agrarentwicklung, als Professor nach Campo Grande und São Leopoldo, Brasilien. Jetzt hat Thielen seinen zahlreichen Buchveröffentlichungen eine weitere hinzugefügt, die den Titel »Befreiung im 21. Jahrhundert« trägt.

Steht am Beginn des Textes noch die Frage »Licht am Ende der bleiernen Zeit?«, so wird beim Lesen rasch klar, dass sich das Fragezeichen aus Sicht von Helmut Thielen erübrigt. Denn er macht zwar allerlei Zusammenbrüche, Enttäuschungen, Rückzüge, Ratlosigkeit, Resignation und Zynismus aus. Gleichzeitig sieht er aber als gegebene Tatsache, »dass inzwischen praktisch schon viel Richtiges, Neues geschieht«. Dass Ideen von einer anderen, besseren Welt und die Arbeit an deren praktischen Umsetzung an der Tagesordnung sind, werde nur selten bemerkt, auch, weil in der veröffentlichten Meinung allerhand dafür getan werde, dass sie verzerrt, verleumdet, verschwiegen werden. Aber es gäbe sie, weltweit und mächtig und unaufhaltsam wachsend.

Thielen betont die Notwendigkeit, heute zu wissen und auszuhalten, »dass wir in einer Welt leben, die in der Spannung zwischen zwei Extremen existiert: unvorstellbares Leiden von Menschen und Natur, unvorstellbare Zerstörungen, die absolut werden können, und gleichzeitig unvorstellbar reiches, vielfältiges, weltumgreifendes Leben in Widerstand, Überwindung und Schaffung einer anderen Welt.« Insbesondere der Prozess der Weltsozialforen spiegele, bündele und stärke diese Aktivitäten, die in beständigem Wachstum begriffen seien. »Angesichts dieser Spannung zwischen diesen Extremen«, ermutigt Thielen, »darf heute niemand sein ganz unverwechselbares persönliches 'Licht unter den Scheffel stellen' oder gar blind dafür bleiben. Jede und jeder kann und muss es kennen, hüten und entfachen, um es hineinzutun in das Flammenmeer, das schon da ist und die Kraft gewinnt, das Falsche in dieser Welt zu vernichten.«

Thielens Buch ist in fünf Teile gegliedert. Der erste ist mit »Theorie als Praxis« überschrieben. Dabei ist nicht irgendeine Theorie gemeint, »sondern eine, die uns von sich aus schon ein Stück weit befreit, voranbringt und die darum sich mit Praxis der Befreiung gut verbinden lässt.«

In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt Thielen *Autonomie und Würde des Menschen und der Natur*, die – als real-utopische Potenzen und Potentiale – seine im Buch vorgestellten Überlegungen, Analysen und Perspektiven inspirieren. Er konfrontiert Autonomie und Würde mit deren Verletzungen in der modernen Gesellschaft und deren aktueller Existenzkrise. Als Hauptverursacher sieht er die beiden mächtigsten Institutionen der modernen Welt, Kapital und Staat, um deren Überwindung es ihm zentral geht. Er macht deutlich, dass sich die Praxen, die hierfür im Gange seien, jenseits von verkehrt Trennendem, dogmatisch Festschreibendem, ängstlich Verzagtem bewegten. »Trennungen und Festschreibungen übers Kleine und Große, über Reform und Revolution, über die Massen, die Avantgarden, das Bewusstsein, die Klassen und ihre Kämpfe (und Krämpfe), den Staat und ganz vielleicht auch eine nette kleine Diktatur, ... undsoweiter – die innerhalb dieser neuen Praxen und ihres Selbstbewusstseins schlichtweg nicht mehr interessieren, die daran abprallen und abblitzen.« In Chiapas/Mexiko und in Porto Alegre/Brasilien, in Mumbai/Indien und auf der ganzen Welt würde ausgerufen: *»já basta!* So nicht mehr, so ging es nie, so kann es nicht gehen, es geht nur anders: Nämlich: *Die Welt verändern ohne die Macht zu erobern!«*

Weltsozialforum 2004 in Mumbai, Indien

Den Ansatz von John Holloways Unterscheidung von der *Macht-zu-tun* und der *Macht-über* aufgreifend, stellt Thielen fest: »Jeder Mensch hat eine gleichsam natürliche Macht, zu tun, das heißt: schaffen zu können – jede/r nach seinen / ihren Fähigkeiten – und das in gemeinschaftlichem und in gesellschaftlichem Miteinander.« Daran anknüpfend unterbreitet er eine real-utopische Perspektive, die mit libertärem Kommunismus und ziviler Revolution Kapital und repressive Politik überwinden will.

Den zweiten Teil seiner Überlegungen nennt Thielen »Praxis als Theorie: Wege der Veränderung«. Auch hier gilt nicht irgendein Handeln, sondern solches, das wichtige Qualitäten aufweist, in diesem Sinne theoretisch ist, bewusst und durchdacht, daher gut verbunden mit Theorie. Thielen stellt hier Beispiele solcher bewusster Praxis vor, wie die Landlosenbewegung in Brasilien, die partizipatorisch-demokratische Haushaltspolitik in Porto Alegre und in Rio Grande do sul sowie eine Strategie autonomer, direkt-demokratischer Entwicklung bei nachteiligter Regionen.

Der dritte Teil widmet sich eingehend den Weltsozialforen (WSF). In ihnen vor allem sieht Thielen Praxis als Theorie. Befruchtet werden seine Überlegungen durch eigene Erfahrungen als Delegierter bei den Weltsozialforen von Porto Alegre in den Jahren 2001, 2002, 2003 und 2005. Gleichzeitig ist er als wissenschaftlicher Begleiter des WSF-Prozesses aktiv. Thielen stellt ausführlich den permanenten, weltweiten soziopolitischen Prozess der pluralen und kreativen Weltsozialforen dar, der im Süden begonnen hat. Schließlich unterbreitet er einen Vorschlag zur Zukunft der Weltsozialforen.

Die im zweiten und dritten Teil des Buches dargestellten Beispiele stellen sich für Thielen als der fruchtbare Boden dar, »aus dem sich ein neues Subjekt der Arbeit an einer nach-kapitalistischen und nach-staatlichen freien und gerechten Gesellschaft entwickeln kann – ein Subjekt, vollkommen anders als alle bisherigen Subjekte, nämlich als weltweites horizontales Netz von horizontalen Netzen 'unzähliger' autonomer Subjekte.«

Im vierten Teil des Buches werden knapp, aktuell und konkret auf Lateinamerika bezogen, neue gute Wege aufgezeigt, wie es sie aus Sicht des Autors noch nie so gründlich und breit auf dem Subkontinent gegeben habe. Genau deshalb seien sie gefährdet und hätten alle Solidarität nötig.

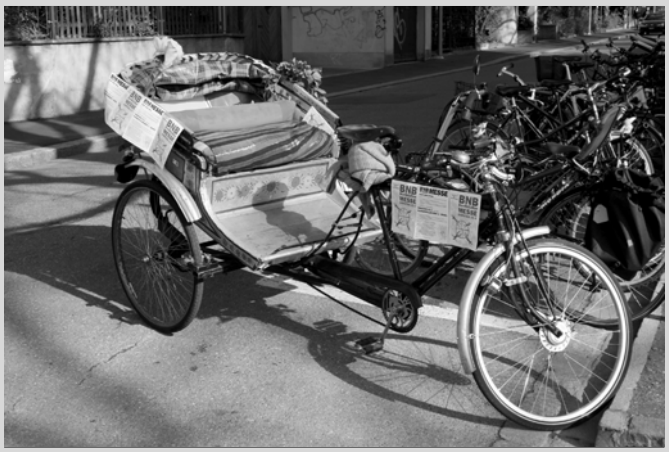
Der abschließende fünfte Teil, mit »Ermutigung« überschrieben, enthält zum einen eine Montage von inspirierenden Texten sowie eine Meditation. Wie das? Schon im ersten Teil hat Thielen die Notwendigkeit der »Revolutionierung der Subjekte zu wirklich neuen, das heißt liebesfähigen Menschen« betont, weil es sonst keine wirkliche zivile Revolution geben könne. Hier wird diese allzu oft vernachlässigte »Seelen-Seite« von Befreiung nochmals aufgenommen. Denn »es kommt eben nicht nur darauf an, zu kritisieren und zu kämpfen, sondern auch darauf, glücklich zu sein – so weit das in dieser miesen Welt, wie sie besteht, möglich ist.«

Insgesamt legt Helmut Thielen mit seinem neuesten Buch wiederum ein leidenschaftliches Plädoyer für eine Gesellschaft jenseits von Kapital und Staat vor. Der Rezensent kann die Auseinandersetzung mit dem Inhalt nur empfehlen. Mit seinen produktiven Ideen und seiner manches Mal polemisch zugespitzten Kritik, mit seinen Gedanken zu Widerstand und zu konstruktiven Alternativen zeigt der Autor Wege für die dringend notwendigen Veränderungen auf. Und er ermutigt dazu, praktisch die Aufgaben anzupacken, die »in einem langdauernden Kampf um Reform(en) und Revolution(en)« liegen, »um Kleines, ohne das es nichts Großes gibt, und um Großes, ohne das Kleines belanglos oder nichtig ist.« Eine reichhaltige Fundgrube mit zahlreichen Anregungen für alle, die schon heute etwas Neues und Richtiges beginnen wollen oder schon begonnen haben.●

Helmut Thielen: Befreiung im 21. Jahrhundert. Horlemann Verlag, Bad Honnef 2007. 334 S. 19,90 EUR. ISBN: 978-3-89502-229-6.

BASELS ANDERE MESSE

Erste »BonNetzBon«-Messe



Mit der Fahrrad-Rikscha zur die Messe — Foto: Verein Soziale Ökonomie, Basel

Claudia Studer, Basel ● Am 23. Februar 2008 hat die erste Messe der Genossenschaft Netz Soziale Ökonomie Basel stattgefunden. Die Genossenschaft Netz Soziale Ökonomie besteht aus zivilgesellschaftlichen und kommerziellen Organisationen, die nach dem Prinzip »eine Person, eine Stimme« selbstverwaltet werden. Sie gibt auch den »BonNetzBon« (BNB) heraus. Er dient der Genossenschaft Netz und anderen Betrieben und Organisationen als demokratisch breit abgestützte und demokratisch verwaltete Währung.

Der BNB ist Basels konvertible Alternativwährung. Er kann nicht in die gegenüber Mensch und Natur oft rücksichtslosen, globalisierten und spekulativen Märkte abfliessen. Der BNB bleibt hier, wo er sozial und ökologisch wirtschaftende Menschen, Vereinigungen, Geschäfte und Betriebe verbindet und lokal fördert. Dies sogar über die Grenzen hinweg, im Austausch mit den Alternativwährungen SOL (Elsass) und Dreyecker (Baden). Regionale Produkte und Dienstleistungen mit regionaler Währung an die regionale Bevölkerung liefern – um sozial und ökologisch vernünftiger und darum auch nachhaltiger zu werden – ist das Ziel der Sozialen Ökonomie Basel.

An der 1. BNB-Messe stellten sich Betriebe und Vereinigungen, die den BNB als Zahlungsmittel akzeptieren, mit ihren Dienstleistungen und Produkten vor.

Vorgestellt wurde auch, wie die Alternativwährung funktioniert, wie sie leicht wieder in CHF zurückgewechselt werden kann, und wie mit den Reserven die Soziale Ökonomie Schritt für Schritt weiter entwickelt wird (Gründung genossenschaftlicher Kleinunternehmen, Mikrokreditprogramm, Darlehen, energiesparende Investitionen, Projekte zur sozial-ökonomischen Integration, etc.). Vorgestellt wurden auch der SOL und Dreyecker und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Vom Basler Marktplatz aus wurden Besucher mit zwei Rikschas der Sozialen Ökonomie gratis zur Messe gefahren.

Über die Messe berichtete das Schweizer Radio (sdrs1 und sdrs2) noch am selben Tag in den Abendnachrichten unter »Echo der Zeit«.●

Links:
www.viavia.ch/netzbon
www.viavia.ch/soziale_oekonomie

Anzeige
LOTTA #30 *** LOTTA #30 *** LOTTA #30 *** LOTTA #30 *** LOTTA #
Lotta
antifaschistische zeitung aus nrw
Schwerpunkt
Rechtspopulismus
Spiel mit der Angst
www.free.de/lotta

INTERVIEW

Freie Alternativ Schulen

Schulbildung ist Menschenbildung

Im 1988 gegründeten Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS) sind derzeit über 87 Schulen und ca. 14 Initiativen organisiert. Zur Geschichte, Funktion und den Zukunftsmöglichkeiten des Verbandes befragten wir Jutta Kraus, Schulleiterin der Freien Schule SPATZ für Erziehungshilfe in Offenburg. Sie war Gründungsmitglied des BFAS und langjähriges Mitglied in dessen Vorstand.

CONTRASTE: *Jutta, du warst Gründungsmitglied des BFAS. Was war eure Motivation, einen »Dachverband« für freie Alternativschulen ins Leben zu rufen?*

Jutta Kraus: Wir reden jetzt von den Jahren 1987/1988. Es war die Zeit, in der die Freie Schule Kreuzberg in Berlin massiv Probleme hatte und vor der Schließung stand. D.h. die Polizei kam in den Mehringhof und hat die Kinder dort abgeholt, um sie der Regelschule zuzuführen. Der Mehringhof war Zentrum von Häuserkampfbewegung und sonstigen politischen Aktivitäten und dazu gehörte natürlich auch die Freie Schule. In diesem ganzen Tohuwabohu wurde die Freie Schule Kreuzberg unter fadenscheinigen Begründungen letztendlich, was das pädagogische Konzept betraf, geschlossen.

SCHULE IN ECUADOR

Mauricio Wild (* 1937) wurde geboren als Sohn Schweizer Eltern in Ecuador, Ehepartner von Rebeca Wild (* 1939 in Berlin), beide sind Mitbegründer der Lernumgebung »Pesta« in Quito und Initiatoren des Netzwerkes »Ecosimia« in Ecuador.

Als Eltern hatten sich die Wilds sehr früh an den Ideen und Erfahrungen Maria Montessoris orientiert. Ihrem zweiten Sohn wollten die Wilds eine herkömmliche Schulerfahrung nicht zumuten. Sie mieteten 1977 bei Quito ein Haus, das gleichzeitig Wohnhaus und Kindergartengebäude war. 1980 eröffneten die Wilds eine Grundschule, 1986 eine Sekundarschule. 1989 wurde das Pesta als Experimental-Schule für Ecuador anerkannt. Schon 1981 hatten die Wilds zusammen mit Eltern die Schule in eine Stiftung, die Fundacion Educativa Pestalozzi, umgewandelt, die allerdings keine staatlichen Zuschüsse erhielt.

Seit Anfang 2000 hat sich die wirtschaftliche Lage der meisten Menschen in Ecuador durch die Einführung des US-Dollars als Landeswährung drastisch verschärft. Während dieser Krise fasste Mauricio Wild den Entschluss, im ganzen Land Gruppen zu gründen, die untereinander in einem dezentralen Netz Handel treiben können. Diese Gruppen verbreiteten sich vor allem in den ländlichen Gebieten Ecuadors. Heute existieren landesweit bereits etwa 140 »Ecosimia«-Gruppen.

Aus Wikipedia

Die Kreuzberger, sprich Adelheid Sieglin und Walter Goll, haben einen Bundesverfassungsgerichtsprozess angestrengt, weil es darum ging, das besondere pädagogische Interesse wahrgenommen zu bekommen. In der damaligen Zeit gab es ja lauter illegale Freie Schulen in Frankfurt/Main, Bochum, die Kreuzberger, uns in Offenburg auch schon und diverse andere kleinere Schulen. Wir waren alle nicht genehmigt und wir alle hatten Professoren und Professorinnen im Hintergrund, die für uns pädagogische Gutachten geschrieben haben, inhaltlich sehr fundiert.

Diese wurden von den Gerichten nicht anerkannt und es galt letztendlich den Artikel 7 Grundgesetz, nämlich das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule für ihre Kinder, durchzusetzen. Und wir mussten einen Bundesverband haben, um als juristische Person an diesem Prozess teilnehmen zu können. Das war der letztendliche Grund, diesen Verband schnell zu gründen. Er wurde im September 1988 hier in Offenburg ins Leben gerufen.

Gleichzeitig wollten wir uns natürlich solidarisieren und unsere Solidarität auch nach außen tragen sowie unsere Forderung nach Freiheit im Bildungswesen gemeinsam vertreten und das mit möglichst viel Power.

In diesen 20 Jahren hat sich in der Freien Alternativschul-Bewegung so einiges getan. Was sind für dich in dieser Zeit die wichtigsten Ereignisse gewesen?

Für mich war es unglaublich wichtig, jährlich die Treffen der Freien Schulen und dort den Austausch mit den anderen Kollegen zu haben, denn wir sind ja sehr stolz darauf, dass der BFAS ein Strauß bunter Blumen ist. Die Ausprägungen der FAS sind sehr unterschiedlich, je nachdem, ob es eine Stadtschule ist oder eine Schule auf dem Dorf und je nach dem, wann die Schulen gegründet wurden, waren da sehr unterschiedliche Strömungen im Gange. Später kamen die »Wilds« aus Ecuador dazu, die ja fast schon eine eigene Bewegung ins Leben gerufen haben (siehe Kasten).

Mir war es sehr wichtig, die Schulen vor Ort, die Menschen in ihrer Arbeit vor Ort kennenzulernen und es war megawichtig, dass nach der Wende viele Schulen im Osten aufgemacht hatten, die noch mal eine ganz eigene Prägung mitgebracht haben.

Ich bin nun schon über 30 Jahre dabei und empfinde es als ganz großen Schatz, dass ich zu vielen Leuten aus der Freien-Schule-Bewegung über eine lange Zeit Beziehungen habe und damit auch Entwicklungsprozesse in einzelnen Schulen mitbekommen hatte. Ich habe viele Versuche erlebt, z.B. an der Glocksee-Schule in Hannover, die als Modellversuch von Anfang an einigermaßen in Ruhe arbeiten konnte, während es bei den anderen Schulen leider nicht so war, weil diese immer von Prozessen und Schließung bedroht waren. Die Glocksee-Leute hatten lange Zeit, wirklich pädagogische Geschichten auszuprobieren, wie z.B. Jungen und Mädchen getrennt und klassenübergreifend zu unterrichten, oder projektorientiert zu arbeiten, zu einer Zeit, als in Deutschland noch niemand davon gesprochen hatte. Projektmäßig, in dem Sinne wie John Dewey (s. http://de.wikipedia.org/wiki/John_Dewey) es aufgezeigt hat, mit Vorbereitungen, Durchführungen und Nachbesinnungen, was oft heute auf der Strecke bleibt. Man konnte über Jahre mit Kindern, Klassen und Gruppen Dinge ausprobieren, konnte die guten Sachen weiter beibehalten, konnte Dinge, die nicht so gut gelaufen sind, revidieren.

Was ich an den FAS sehr schätze, ist, dass sie verantwortungsvoll immer wieder auf die Kinder und Jugendlichen und die Situationen flexibel reagieren können. Das finde ich richtig klasse. Es ist inzwischen ein riesiger Schatz von Erfahrungen vorhanden, der zum Teil im Archiv bei Uta Kursawe an der Freien Schule Leipzig geborgen ist. Dort sind viele Sachen festgehalten, z.B. Schülerzeitungen und Bücher, die entstanden sind. Auch Doktorarbeiten von verschiedenen Leuten über Freie Schulen und Filme.

Worin siehst du heute die Aufgaben des BFAS?

Es geht zum einen ganz sicherlich um eine engere Vernetzung der einzelnen Schulen und das Wissen über die Buntheit und Vielfalt der Strömungen bei den Mitgliedseinrichtungen des BFAS. Henrik Ebenbeck bereitet den EUDEC-Kongress in Leipzig in diesem Jahr vor, der mit Sicherheit eine ganz große Sache wird (siehe Kasten). Und ich wünsche mir, dass die unterschiedlichen Strömungen wirklich gut inhaltlich voneinander wissen, und wissen, an was die einzelnen Leute arbeiten. Ich wünsche mir zum Anderen, dass wir uns nicht verzetteln und dass wir als Bundesverband nach außen hin weiterhin an Gewicht gewinnen in der politischen Auseinandersetzung über die Bildungsvielfalt, weil ich da immer noch sehe, dass unsere Bildungspolitiker nach Finnland oder sonst wo reisen, um Schulen der guten Art zu sehen. Ich finde, sie könnten sich das Benzingeld sparen und hier in Deutschland schauen.

Im Moment läuft die erste eigene LehrerInnenfortbildung des BFAS an. Was sind deren Ziele?

Unsere Bildungsreihe, die endlich in Gang gekommen ist, heißt »Keine Beziehung ohne Lernen – kein Lernen ohne Beziehung«. Ich finde diese Überschrift sehr aussagekräftig. Es geht darum, dass wir alle weiter hinzulernen und wissen, dass wir Erwachsene uns flexibel halten sollen und wohl wissen, dass auch wir ständig dazulernen, unsere eigenen Stärken kennenlernen aber auch uns unsere Schwächen zugestehen dürfen. Auch, um im Hintergrund zu haben, dass Lernen immer mit Beziehung zu tun hat. Wir werden den heutigen Kindern und Jugendlichen keine Bildung im ernsthaften Sinne vermitteln können, wenn wir nicht klar haben, dass es auf einer Beziehungsebene stattfinden muss, und zwar auf einer ehrlichen, wenn möglich dauerhaften und verantwortungsbewussten Ebene. Davon kann ich besonders aus dem SPATZ ein Lied singen, wo wir alle ganz besonders gefordert sind, die Beziehungen Tag für Tag neu aufzubauen, auch wenn wir Rückschläge erleben. Wir müssen diese Beziehungen immer wieder neu aufbauen, weil sie die Grundlagen sind für jegliches Lernen.

Freie Aktive Schule Stuttgart — Foto: Johannes Weber

Des Weiteren ist es ganz wichtig, dass wir beobachten lernen, vor allem die Verhältnisse beobachten lernen, denn wir alle erleben, dass sich Armut oder drohende Armut in die Gesellschaft einfrisst und wir sind dazu aufgefordert, Stellung zu beziehen, auch in einem politischen Sinne, bei dem es darum geht, Kindern heute überhaupt die Chance zu ermöglichen, eine effiziente, in diesem Fall sage ich explizit effiziente, Schulbildung zu bekommen, die letztendlich eine Menschenbildung sein muss und nichts anderes sein kann.

Ich darf an dieser Stelle einfügen: Vor zwei Tagen habe ich einen Text von Frigga Haug bekommen zum Thema »Entstehungsgeschichte der Kinderläden in Deutschland«. Ich wurde mit großer Freude noch mal daran erinnert, was die Grundlagen waren. Wie Menschen damals und zwar Eltern, vor allen Dingen Frauen, sich auf den Weg begeben haben, für ihre Kinder Alternativen zu suchen zum regulären Kindergartenaufbewahrungssystem, Möglichkeiten zu finden, wo ihre Kinder sowohl im Kindergarten als auch später in der Schule nicht einfach nur aufgehoben werden, sondern wo sie die Möglichkeit haben in einem sozialen Gefüge mit großen und kleinen Menschen die Welt zu entdecken, Erklärungen zu finden für Verhältnisse und auf jeden Fall, auch die Chance zu bekommen, zu erleben, wie man an Verhältnissen rütteln kann, indem man klar vor Augen hat: Sie sind veränderbar!

Was wünscht du dir für die Zukunft des BFAS und die der Freien Alternativschulen?

Ich wünsche mir für den BFAS, dass der neue Vorstand sich gut einarbeitet. Ich wünsche mir, dass die Arbeitsgruppen, die ja schon seit längerer Zeit angebahnt wurden, tatsächlich arbeiten, vor allen Dingen die Öffentlichkeitsarbeitsgruppe.

Ich wünsche mir, dass weiterhin politisch gearbeitet wird und dass wir uns in der Bildungsdiskussion einbringen an ganz vielen Stellen, in der Presse, in Behörden und wo immer dies möglich ist.

Und ich wünsche mir für die FAS insgesamt, dass sie weiterhin wach bleiben dafür, dass es vielschichtige Möglichkeiten gibt, ernsthafte Bildungseinrichtungen zu betreiben und ganz klar haben, dass das niemals beliebig sein kann, sondern getragen sein muss von einer respektvollen Haltung Menschen gegenüber und von einer Haltung, die einen historischen Hintergrund kennt, weil ohne diesen keine Zukunftsplanung möglich sein wird.●

Das Interview mit Jutta Kraus führte Thomas Becker

EUDEC: AUSTAUSCH DEMOKRATISCHER SCHULEN IN EUROPA

EUDEC steht für European Democratic Education Conference und ist ein Treffen von Schülern, Lehrern, Eltern und Mitarbeitern an demokratischen Schulen und Bildungsprojekten und Menschen, die sich dafür interessieren. Das Treffen wird regelmäßig stattfinden und soll einerseits dem Austausch der demokratischen Schulen in Europa untereinander dienen, andererseits der interessierten Öffentlichkeit, Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, sich mit diesen Projekten auseinanderzusetzen.

Der Impuls für ein solches Treffen geht aus von der IDEC, der International Democratic Education Conference, die seit 1993 jedes Jahr in einem anderen Teil der Welt stattfindet und immer von einer demokratischen Schule ausgerichtet wird. Zahlreiche Teilnehmer aus europäischen Ländern beklagen seit Jahren, dass die Teilnahme an den IDECs nur unter großem finanziellem und zeitlichem Aufwand und besonders für Schüler oft gar nicht möglich ist. Deshalb wird seit längerem die Möglichkeit regionaler Treffen diskutiert. Im August 2006 trafen sich Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern in der Sands School in Großbritannien und beschlossen, das Projekt europäischer Treffen ernsthaft anzugehen – die Idee der EUDEC war geboren.

Die erste EUDEC findet vom 25. Juli bis 3. August 2008 in Leipzig in Deutschland statt. Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig stellt ihre Räume und ihr Gelände für diese Konferenz zur Verfügung.

Die EUDEC 2008 wird veranstaltet von der Freien Schule Leipzig in Kooperation mit der Universität Leipzig, dem Bundesverband Freier Alternativschulen (BFAS), der Sudbury Initiative Leipzig und dem European Forum for Freedom in Education, EFFE.

Wir rechnen mit etwa 250 Teilnehmern. Die EUDEC wird in hohem Maße von der Selbstorganisation ihrer Teilnehmer leben. Unterbringung und Verpflegung werden einfach sein. Wir versuchen, die Teilnehmerkosten pro Person so niedrig wie möglich zu halten und darüber hinaus Schülern einen deutlichen Rabatt anzubieten. Die inhaltlichen Angebote, wie Referate, Workshops, Performances usw. werden sich nach und nach zu einem Plan entwickeln, dessen Entstehung jeder auf der Website www.EUDEC2008.org verfolgen kann. Es wird einen internen Teil geben, der Teilnehmern aus demokratischen Schulen vorbehalten bleibt und einen öffentlichen, in dem interessierte Menschen mit den Akteueren demokratischer Schulen ins Gespräch kommen können. Neben den fest geplanten Veranstaltungen werden ausreichend Zeit und Räume für spontane Angebote und Begegnungen der Teilnehmer zur Verfügung stehen.

Information & Anmeldung:
Telefon (03 41) 926 18 77, per Fax 926 18 78, per E-Mail an info@eudec2008.org, per Post an EUDEC2008, Paul-Gruner-Strasse 33, 04107 Leipzig. Ansprechpartnerin ist Leslie Ocker.

ORGANISATION

Freie Alternativ Schulen

Schulen in Selbstverwaltung

»Alternativschulen sind selbstverwaltete Schulen. Die Gestaltung der Selbstverwaltung ist für Eltern, Lehrer und Schüler prägende Erfahrung im demokratischen Umgang miteinander.« Dies ist die siebte der acht Thesen, die 1986 beim Bundestreffen der Freien Alternativschulen in Wuppertal beschlossen wurden. Es gehört also zum Selbstverständnis der Freien Alternativschulen (FAS), dass sie ihren (Schul-) Alltag selbst verwalten. Auch in den restlichen Thesen tauchen zentrale Begriffe aus dem Themenfeld »Selbstverwaltung« auf: Eigenverantwortung, Selbstregulierung, Selbstbestimmung, gemeinsam, emanzipatorisch.

Von Thomas Becker und Uta Hohenberger ● Hinter dem Wunsch nach Selbstverwaltung steht das Wissen, dass Menschen (Kinder und Erwachsene), die ihr Leben selbst in die Hände nehmen, verantwortungsvoll mit sich, ihren Mitmenschen und ihrer Umwelt umgehen.

In einer Freien Alternativen Schule (FAS) heißt Selbstverwaltung, dass die Schule unabhängig von Staat und Kirche ist, dass SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und andere MitarbeiterInnen nicht in einer Hierarchie zueinander stehen, dass Entscheidungen gemeinsam getroffen werden und dass eben auch die banale Verwaltung der Schule (Geld, Material, Öffentlichkeitsarbeit,...) in den Händen der dort arbeitenden Menschen liegt.

Natürlich unterscheiden sich die einzelnen FAS in ihrer Selbstverwaltung voneinander. So wie es keine zwei gleichen pädagogischen Konzepte bei ihnen gibt, haben sie auch in ihrer Selbstverwaltung verschiedene Schwerpunkte. Bei manchen ist sie stark ausgeprägt, bei anderen weniger.

Klare Strukturen – für die Freiheit in der Schule

am Beispiel der Freien Aktiven Schule Stuttgart

Die Freie Aktive Schule ist eine Eltern-Initiative. Das bedeutet, dass wir Eltern die Organisation unseres (noch) kleinen Unternehmens selbst in die Hand nehmen müssen.

Nach einem ersten Stadium, in der alle Mitglieder der Gründungsgruppe die anfallenden Arbeiten unter sich aufteilten und alle Besprechungen/Entscheidungen gemeinsam gefällt wurden, trat die Schule nach Schulbeginn in ein anderes Stadium ein. Jetzt wurde es notwendig sich mehr Gedanken darüber zu machen, wie zum einen der Schulbetrieb organisiert werden sollte, und wie wir andererseits die Rahmenbedingungen schaffen können, die vielen anfallenden Aufgaben in eine Ordnung zu bringen.

Strukturierung ist eines der Stichworte. Warum diese ganze Arbeit, die von uns Eltern doch einen (teilweise auch hohen) zeitlichen Einsatz erfordert?

Strukturierung fördert die Transparenz. Es ist uns ein großes Anliegen, dass auch neue Eltern sich

Freie Aktive Schule Stuttgart Foto: Johannes Weber

an unserer Schule zurechtfinden und nicht erst ein halbes Jahr brauchen, bevor sie wissen, wer in welchem Arbeitsbereich arbeitet, und was der Bereich beinhaltet. Jeder, der mindestens 25 Arbeitsbereiche, hat einen oder mehrere Verantwortliche, die im Falle von Fragen zur Verfügung stehen.

Um die Struktur der ganzen Schule zu verdeutlichen wurde ein Organigramm entwickelt, welches auf einen Blick sämtliche Arbeitsbereiche und die verantwortlichen Personen aufzeigt – so dass sich jeder leicht zurechtfinden kann.

Standardisierung – ein anderes Stichwort.

Ein zu Beginn hoher Arbeitsaufwand mit dem Ziel, sich das Arbeiten langfristig zu erleichtern. Wir sind dabei, Standards für jeden Arbeitsbereich zu entwickeln, festzuhalten und in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Standardisierte Arbeitsvorgänge sind Zeitersparnis, da nicht jedes Mal »das Rad neu erfunden werden muss«. Sie bieten Orientierung, sind überprüfbar und korrigierbar und erleichtern sowohl neuen Eltern das Einsteigen, als auch die Nachfolge in einem Arbeitsbereich.

Die Reflexion des eigenen Arbeitens wird gefördert und eingefordert. Sie professionalisieren unser Unternehmen und unterstützen die Darstellung unserer Schule nach außen. Die entwickelten Standards sind ein Qualitätsmerkmal unserer Schule im Bereich Organisation. In mehreren »Organisations- und Strukturtreffen« entwickelten wir gemeinsam unsere Vorstellungen, überprüften unsere Entscheidungsstrukturen und schufen ein Verständnis für die Bedeutung klarer Rahmenbedingungen. Klarheit in unseren organisatorischen Belangen gibt den Eltern Sicherheit und lässt uns mehr Spielraum, sich mit den inhaltlichen Fragen auseinander zusetzen – um die es ja letztendlich geht.●

VERSAMMLUNGSKULTUR

Die Bedeutung der Schulversammlung

Freie Alternativschulen haben oftmals eine langjährige Versammlungskultur, die eine wichtige Funktion im Schulgeschehen einnimmt. Die Freie Schule ist ein Ort, an dem an vielen Plätzen unterschiedliches gearbeitet wird und verschiedene Prozesse im Gang sind. Um ein gemeinsames Bindeglied für alle Schüler und Schülerinnen im Laufe der Woche zu haben, gibt es eine ganze Reihe von Versammlungsmöglichkeiten, um ein gutes Miteinander zu gewährleisten.

Von Uta Hohenberger ● Manche Schulen haben Morgenkreise, in denen die Kinder sich mitteilen und ihre Vorhaben des Tages kundtun können. Ebenso die Erwachsenen nutzen diese Runden, um wichtige Dinge anzukündigen. Dann gibt es Regelrunden, in denen Kinder sich gemeinsam Gedanken zu Regeln machen, die ihr Zusammenleben in der Schule angehen. Und dann gibt es die Wochenversammlung, in der die Kinder und Erwachsenen alle zusammensitzen, eine Gesprächsleitung und Protokollanten aus ihrer Runde stellen, um ihre Anliegen zu besprechen. Hierbei üben sie konstruktives und demokratisches Handeln ein, von dem sich manch eine Erwachsenenversammlung eine Scheibe abschneiden könnte. So verwundert es nicht, wenn Jugendliche Freier Schulen, die seit Jahren Erfahrungen in ihrer eigenen Versammlung gesammelt haben, ihre Bestürzung kundtun, über den

Freie Aktive Schule Stuttgart Foto: Johannes Weber

Umgang der Erwachsenen in Gemeinderatssitzungen, die sie besucht haben.

Es ist nicht zu unterschätzen, was Kinder Woche für Woche lernen in Bezug auf Reden und Zuhören, das Wahrnehmen von Bedürfnissen und Anliegen Anderer, dem Prozess, eine Einigung zu finden bei sich widersprechender Positionen, dem Erarbeiten von Spielregeln und Grundstrukturen eines gleichberichtigten Miteinanders.

Während die meisten freien alternativen Schulen in Deutschland innerhalb ihrer demokratischen Grundstruktur einen klaren Rahmen setzen, den die Erwachsenen bestimmen und vorgeben, gibt es in Europa (und weltweit) auch andere Schulen, die sich in ihrem Demokratieverständnis noch weitaus radikaler verstehen. Zu nennen ist einmal »Summerhill« in England, eine Schule und Internat, das Schüler aus allen Erdteilen aufnimmt (gegründet 1921 von A.S.Neill). Und dann die »Sudburyschoolbewegung«, die seit 40 Jahren Schulen auf der ganzen Welt ins Leben gerufen hat. In Deutschland gab es gerade in den letzten Jahren einige Gründungsversuche, die bislang nicht zur Genehmigung führten.

In den Sudbury Schulen wird die Schule von der Schulversammlung demokratisch von Schülern und Mitarbeitern geleitet. Das schließt finanzielle Entscheidungen genauso mit ein, wie die Einstellung oder Kündigung von Lehrern. In Summerhill ist das »meeting« das Herz der Schule. Hier versammeln sich alle Menschen auf freiwilliger Basis, um wichtige Anliegen, die das Zusammenleben betreffen, zu besprechen. Auch Konflikte, die unter Einzelnen nicht geklärt werden können, werden im »meeting« besprochen und entsprechende Konsequenzen festgelegt, die bindende Gültigkeit haben. Die älteren Jugendlichen haben dabei eine wichtige regulierende Rolle, da sie einerseits die Erfahrung der jüngeren Kinder selbst durchlebt haben, andererseits sie in den Jahren gelernt haben, was wirklich Bedeutung hat im Zusammenleben.●

Eine Landschaft aus Kaplasteinen

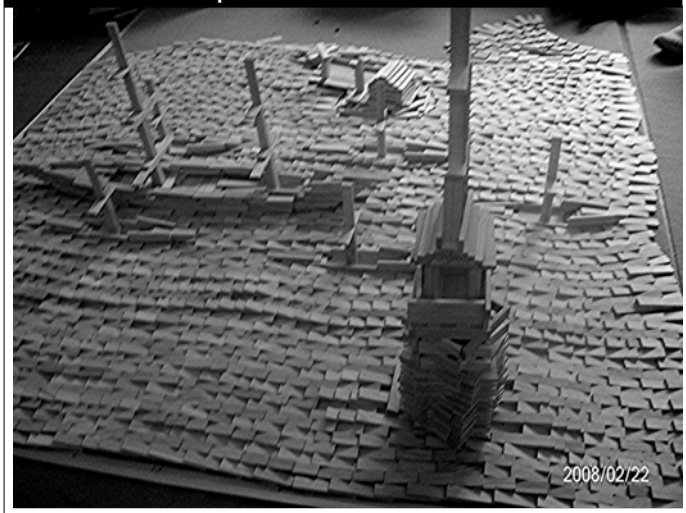


Foto: L.H.

Es gibt einzelne Tage, manchmal Wochen, da tauchen unsere Kinder in die Welt der Konstrukteure ein, und bauen mit Kaplasteinen (das sind identische Holzleisten von 10 cm Länge) einzelne Bauwerke oder ganze Landschaften auf. Ein solcher Tag war der 22.2.08 in der FAS Stuttgart, da brach dieses »Fieber« in einer fünfköpfigen Jungsgruppe wieder aus. Es fing an mit einem Schiff, dazu kam eine Insel und schließlich ein ganzes Meer aus Holzleisten, am Ende waren 3.000 von ihnen verbaut. Der Prozess beim Bauen ist ein hochkonzentrierter, wo Hand in Hand zusammen gehen muss, damit bestimmte Konstruktionen auch halten. Wie aus einer anderen Welt tauchten die Jungs nach 4 Stunden Bautätigkeit wieder auf, als um 13h die Schule zu Ende war.

Uta Hohenberger

AUTORIN

Uta Hohenberger ist Vorstand in der Freien Aktiven Schule Stuttgart, die sich nach M. Montessori und Rebecca Wild ausrichtet. Gründung der Schule im Jahr 2002, Grundschule mit Werkrealschule bis Klasse 10
www.fas-stuttgart.de

GESCHICHTE

Freie Alternativ Schulen

Reformpädagogik

Die heutigen Freien Alternativschulen in Deutschland sind eng verbunden mit der Geschichte der Reformpädagogik. Viele von ihnen berufen sich in ihren Konzeptionen auf die ersten ReformpädagogInnen, wie Petersen, Montessori, Neill und Tolstoi.

Von Thomas Becker ● Schon um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. gab es Menschen, die die Erziehung und Bildung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen nicht den Händen des Staates oder der Kirche überlassen wollten. Die ReformpädagogInnen griffen die Bildungsideale der Aufklärung auf. Erstmals stand das Kind als Individuum im Mittelpunkt. Kindheit und Jugend wurden als eigenständige, wichtige Lebensabschnitte gesehen. Im Alltag war es Gang und Gebe, dass Kinder arbeiteten und, wenn überhaupt, nur kurz in den Genuss von Bildung kamen.

Die schwedische Lehrerin und Frauenrechtlerin Ellen Key veröffentlichte im Jahr 1900 ihr Buch »Das Jahrhundert des Kindes«. Das stark von Rousseaus Ideen vom natürlichen Wachsenlassen des jungen Menschen und der Erziehung vom Kinde aus geprägte Werk erschien zwei Jahre später im Deutschen Kaiserreich und wurde zu einem der meistgelesenen pädagogischen Bücher dieser Zeit. Ihre Vorschläge zu einem reformpädagogischen Unterricht, wie der Verzicht auf die Führerrolle des Lehrenden und auf die zuvor festgelegten Unterrichtsergebnisse, fanden in der noch jungen Bewegung offene Ohren und Hände, die sie umsetzten.

In Russland errichtete schon 1861 der Anarchist und Landadlige Leo Tolstoi seine reformpädagogische Schule in Jasnaja Poljana nach dem Vorbild Rousseaus. Wenig überzeugt, vielmehr abgestoßen von den Schulen Europas und Russlands, die er auf einer ausgedehnten Reise besuchte, entwickelte er fächerübergreifende Lernmethoden und orientierte sich am einzelnen Kind, nicht an einem allgemeingültigen Lehrplan. Zu den Fächern gehörten nicht nur Mathematik, Schreiben und Grammatik, sondern auch Schreinern, Turnen und Zeichnen. Die Klassenzimmer waren freundlich gestrichen und mit den unterschiedlichsten Materialien bestückt.

Mitteilungsblatt der modernen Schule Barcelona 1905

Im katholischen Spanien gründeten in den 1880er Jahren verschiedene Freidenkervereine nichtkirchliche Schulen für Jungen und Mädchen. 1901 gründete der Anarchist Francisco Ferrer die »Escuela Moderna« in Barcelona: eine reformpädagogische Schule, die schnell unter Beschuss der Kirche und der Rechten geriet, da Ferrer und seine Pädagogik sich klar und deutlich gegen den Einfluss und die Vormachtstellung der Kirche und des Staates wandten und Alternativen zu Kapitalismus und Patriotismus vermitteln wollten.

In Italien gründete 1907 die Kinderärztin Maria Montessori das »Casa dei Bambini« (Kinderhaus). Montessori dürfte noch heute die einflussreichste Reformpädagogin sein, deren Erkenntnisse, Lernmaterialien und Methoden weltweit anerkannt sind und zum Einsatz kommen, nicht nur in Montessori-Einrichtungen, sondern auch in staatlichen und kirchlichen Kindergärten und Schulen.

In England fand Alexander S. Neill 1927 nach jahrelanger Suche und Versuchen endlich einen Platz für seine Schule. In Leiston, Suffolk gründete er Summerhill und arbeitete nach reformpädagogischen, antiautoritären Prinzipien. Und der Erfolg gibt ihm und seinen MitstreiterInnen Recht: Die Schule existiert noch heute und ist lebendiger denn je.

Lernen durch Erleben: Ein selbstgebautes Iglu – Reformpädagogik in der Friesischen Wehde 20er Jahre Quelle: Nordwestd. Schulmuseum Zetel-Bohlenbergerfeld

Auch in Deutschland fanden in dieser Zeit die Ideen der Reformpädagogik schnell Anklang. In einem Klima tiefgreifender Veränderungen, besonders nach 1918, was Technik, Gesellschaft, Kultur und Politik betraf, waren natürlich auch die Pädagogik und Bildung betroffen.

Nach dem Ersten Weltkrieg in der Weimarer Republik unternahm die Reformpädagogik ungeahnte Höhenflüge.

Der »Bund Entschiedener Schulreformer« gründete sich im Jahr 1919 und forderte radikale Veränderungen der Schulen und Bildungseinrichtungen. Ihm gehörten Fritz Karsen, die Sozialistin Anna Siemsen, Paul Oestreich und andere einflussreiche PädagogInnen ihrer Zeit an.

Hamburg galt in den 1920er Jahren als »Die Stadt der Schulreformen«. Einen großen Anteil daran hatte die 1920/21 gegründete Lichtwarkschule, deren erster Rektor Peter Petersen war. Sie war die einzige höhere Reformschule in Hamburg: Hier fand fächerübergreifender Unterricht statt, Musik, Kunst, tägliche Turnstunden und selbständig zu erarbeitende Jahresarbeiten waren ein wichtiger Bestandteil des Schulalltags und die SchülerInnen konnten sich ihre KlassenlehrerInnen aussuchen. Die Prügelstrafe war hier verboten, ganz im Gegensatz zu den staatlichen und kirchlichen Schulen.

In Berlin trieben Fritz Karsen und andere die Idee der Gesamtschule und einer demokratischen und sozialistischen Schulreform voran. Er und sein Kollegium wandelten nach und nach das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neukölln um: Aufbauschule, ArbeiterInnen-AbiturientInnenkurse als Einrichtung des zweiten Bildungsweges, eine konsequente SchülerInnenmitverwaltung, bei der der Unterricht von den SchülerInnen mit geplant, durchgeführt und kontrolliert wurde: Eine weitgehend selbständige SchülerInnen-Republik entstand.

Es entstanden in dieser kurzen Zeit, neben unzähligen einzelnen Versuchen und Projekten der unterschiedlichsten politischen, kulturellen und sozialen Ausrichtungen, im groben vier Schulformen, die es (unter anderen) noch heute gibt: die Waldorfschulen nach Steiner, die Landerziehungsheime nach Hermann Lietz, die Montessorischulen und die Jenaplan-Schulen nach Peter Petersen.

Der Begründer der Anthroposophie Rudolf Steiner gründete 1919 in Stuttgart die erste Waldorfschule im Auftrag des Fabrikdirektors der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik für die Kinder der ArbeiterInnen. An dieser ersten Gesamtschule Deutschlands wurden Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet.

Die Ende des 19. Jahrhunderts in England entstandenen Internatsschulen auf dem Land, fernab vom »schädlichen Einfluss der Großstädte« waren die Vorbilder der Landerziehungsheime, die Hermann Lietz nach einem längeren Aufenthalt bei Cecil Reddie in dessen Landerziehungsheim Abbotsholme gründete. Das erste entstand 1898 in Ilsenburg im Harz. Viele weitere sollten folgen. Das Schulgeld war so hoch, dass nur reiche Familien ihre Kinder dort beschulen lassen konnten. Die Heime waren patriarchal, völkisch-nationalistisch geprägt. Lietz war schon Jahre vor der Machtübernahme der Nazis ein ausgeprägter Antisemit und Deutsch-Nationaler, was natürlich auch Einfluss auf seine Landerziehungsheime hatte. Aufgrund der völkisch-elitären Natur der Heime fand Lietz' pädagogischer Ansatz zwischen 1933 und 1945 auch die Aufmerksamkeit der Nazis.

Ein langjähriger Begleiter Lietz' war Gustav Wyneken, der nach einem Streit mit Lietz gemeinsam mit Paul Geheeb 1906 die Freie Schulgemeinde Wickersdorf in Thüringen gründete. Hier wurde Koedukation praktiziert und Sexualerziehung unterrichtet. Der Atheist Wyneken legte großen Wert auf musische Fächer und regte eine SchülerInnenmitbestimmung an. Aufgrund seiner revolutionären Ansichten wurde er 1910 aus dem Schuldienst entlassen. Später stand er in regem Kontakt zu Walter Benjamin, Martin Buber und anderen Intellektuellen dieser Zeit.

Die heute fast unbekannte deutsch-jüdische Reformpädagogin, Lehrerin, Atheistin, Pazifistin und Sozialistin Clara Grunwald brachte die Ideen Maria Montessoris 1913 nach Deutschland, gründete Kinderhäuser (das erste entstand 1919 in Lankwitz), Montessori-Vereine und organisierte Vortragsreisen mit Maria Montessori. Sie setzte sich auch nach ihrem Zerwürfnis mit Montessori unermüdlich für die Verbreitung deren pädagogischer Erkenntnisse ein, indem sie z.B. Montessori-Kurse anbot. Viel beachtet war die in Gemeinschaftsarbeit mit Elsa Ochs entstandene Broschüre »Montessori-Erziehung in Familie, Kinderhaus und Schule«, in der sie das Recht eines jeden Kindes auf die »bestmögliche Erziehung und Pflege« einfordern. Mit der Machtübernahme der Nazis wurde Grunwald 1933 aufgrund ihrer jüdischen Wurzeln aus dem Schuldienst entlassen. Bis 1942 konnte sie mit viel Fantasie und Mut bedingt weiterarbeiten (sie weigerte sich, Deutschland zu verlassen), bis sie dann nach Auschwitz deportiert und dort vermutlich 1943 umgebracht wurde.

Der Jenaplan erhielt seinen Namen 1927 auf der Tagung der »New Education Fellowship« in Locarno. Entwickelt an der Universtät Jena von Peter Petersen, stellt der Jenaplan ein Schulkonzept dar, das die Mitverantwortung der SchülerInnen und ihrer Eltern fördern sollte. Gearbeitet und gelebt wurde in altersgemischten Stammgruppen. Das selbständige Arbeiten nach Wochenplänen, die freie Fächerwahl und das fächerübergreifende Projektarbeiten sind nur einige der grundlegenden Unterschiede zu den Regelschulen der damaligen Zeit. Seine Schrift »Der kleine Jenaplan« wurde in zehn Sprachen übersetzt und war eines der meistbekannten reformpädagogischen Werke der 1920er Jahre. Ab 1933 wurden alle sozialdemokratischen Jenaplan-Schulen geschlossen, die Jenaer Universitätsschule kann ihren Betrieb aufrechterhalten. Ob Petersen im Nationalsozialismus Einschränkungen seiner Lehrtätigkeit hinnehmen musste, ist nicht bekannt.

Betrachtet mensch diese kurzen drei Jahrzehnte der reformpädagogischen Bewegung von heute aus, ist eins nicht zu übersehen: Die damaligen gesellschaftlichen Zustände und Normalitäten, wie der Rassegedanke, Chauvinismus, Antisemitismus, Esoterik, machten auch nicht vor der noch jungen Bewegung halt. Steiner, Petersen, Lietz und viele andere dieser Zeit waren von ihnen geprägt und transportierten sie in ihren reformpädagogischen Ansätzen weiter. Dennoch war die Reformpädagogik in all ihren Widersprüchen ein Versuch, die eingestaubten, brutalen und kontraproduktiven Erziehungs- und Bildungsmethoden samt ihren Institutionen umzukrempeln und die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen. Gelungen ist dies nicht immer.

Das Jahr 1933 mit der Machtübernahme der NSDAP unter Adolf Hitler machte alle diese Bemühungen zunichte. Die Gleichschaltung der Gesellschaft duldete keine Ideen, in denen das Individuum seinen eigenen Weg gehen durfte und darin unterstützt wurde. Nach und nach fanden alle Schulen, Projekte und Einrichtungen (bis auf die Landerziehungsheime und die nicht sozialdemokratisch geführten Jenaplan-Schulen) ihr Ende. Manche früher, manche später.

Erst Mitte der 60er Jahre wurden viele dieser pädagogischen Gedanken innerhalb der Kinderladen- und Alternativschulbewegung wieder aufgegriffen und finden heute in den unterschiedlichen Ausprägungen ihre Entfaltung.●

Quellen:

- »Freie Alternativschulen – Die Zukunft der Schule hat schon begonnen«, Manfred Borchert/Michael Maas
- »Leo Tolstoi – Eine Biographie«, Pietro Citati
- »Francisco Ferrer: Die Moderne Schule«, Pierre Rasmus
- »Flensburger Hefte Nr. 29«
- »Reformpädgogik in der Weimarer Republik«, Judith Herrmann
- Wikipedia
- www.br-online.de/wissen-bildung/thema/reformpaedagogik/bio-petersen.xml
- www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,317040,00.html
- http://home.nikocity.de/gaier/texte/301299fr.htm
- www.arbeiterjugend.de/news/anna_siemsen.html
- www.opentheory.org/as-und-bildung/text.phtml

Modellbau am Sandkasten, Bohlenberge 1931
Quelle: Nordwestdeutsches Schulmuseum Zetel-Bohlenbergerfeld

AUTOR

Thomas Becker ist seit acht Jahren Erzieher an der Freien Schule SPATZ Offenburg. Reformpädagogische Schule für Erziehungshilfe, Grund- und Hauptschule.
www.freieschulespatz.de

Stichwörter/Webseiten

http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Wyneken
http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_P%C3%A4dagogik
http://de.wikipedia.org/wiki/Alternativschule
www.tu-darmstadt.de/schulen/hems/Hems2002/Schule/Geschichte/kap12.html
www.bpb.de/publikationen/KIVFT8,1,0,Die_Halbtagsschule_in_Deutschland:_Ein_Sonderfall_in_Europa.html
www.ganztagsschulen.org/6089.php

Hausarbeit

http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Karsen
www.verlagdrkovac.de/3-8300-1018-4.htm
www.freitag.de/2003/44/03441801.php
www.infopartisan.net/archive/kamue/kamue19.html
www.opentheory.org/as-und-bildung/text.phtml
www.arbeiterjugend.de/news/anna_siemsen.html
http://wiki.bildungsserver.de/index.php/Freinet-P%C3%A4dagogik
http://swiki.hfbk-hamburg.de:8888/Lebensreform/92

EHEMALIGE KOMMEN ZU WORT

Freie Alternativ Schulen

»Vorbereitung auf das, was wirklich wichtig ist«

Was erleben die Kinder und Jugendlichen, wenn sie nach Jahren aus der Welt der Alternativschulen herausgehen auf weiterführende Schulen? Wie schätzen sie ein, was die bisherige Schule ihnen mit auf den Weg gegeben hat? Wo sehen sie den Gewinn, wo auch Versäumnisse?

Von Uta Hohenberger ● Die Freie Schule Potsdam, deren Schüler und Schülerinnen nach 6 Jahren ihren Schulweg auf verschiedenen weiterführenden Schulen fortsetzen, hat mir ihre Auswertungsbögen zur Verfügung gestellt, die sie nach einigen Monaten von ihren ehemaligen Schülern zurückerhalten. Dieser Artikel versucht, ihre Stimmen einzufangen:

»Toll fand ich, dass wir auch das lernen durften, was uns interessierte und nicht nur das, was die Lehrer/in wollte.« »Als große Bereicherung empfinde ich es, dass man sich richtig in ein Thema vertieft hat.« »Projekt/Methodentraining, Gruppenarbeit und selbständig Themen bearbeiten – dafür fühle ich mich sehr gut vorbereitet.«

Hier beschreiben Ehemalige, was in den Konzepten der Freien Schulen groß geschrieben wird: Eigenständigkeit, eigene Themenwahl, Vertiefung in die Bereiche, die einen interessieren. Dass dabei nicht alles so »abgegrast« und trainiert wird, wie in vorgegebenen Lernstrukturen, ist klar, das scheint wie der Preis zu sein für o.g. Gewinn: das Pauken hat gefehlt, entsprechend aufholen müssen sie gewisse Felder der Kulturtechniken, z.B. Grammatik, Rechtschreibung, Vokabeln lernen u.a.

Nun ein Blick zu den sozialen Kompetenzen, auch ein Feld, das in Freien Schulen von großer Bedeutung ist: *»Gut gewachsen fühl ich mich darin, Verantwortung zu übernehmen, offen neuen und fremden Menschen gegenüber zu sein, Kompromisse einzugehen, Regeln einzuhalten, mich einzubringen in Runden und Diskussionen.« »Bereichernd erlebte ich die Art, Konflikte zu lösen, überhaupt mit Problemen klarzukommen, zuhören zu lernen, ruhig und selbständig zu arbeiten, meine Meinung sagen und vertreten zu können.« »Als große Bereicherung empfinde ich im Rückblick, dass wir unterstützt wurden wie wir sind.«*

In diesem Bereich scheint die Struktur der Freien Schulen ihre Kinder sehr zu stärken. Der Grund liegt in der vielen Zeit, die Kindern dort gegeben wird, zum leben und klären ihrer Konflikte, in der Begleitung der

Freie Aktive Schule Stuttgart Foto: Johannes Weber

Erwachsenen in allen ihren Gefühlslagen, der Erfahrung, ernst genommen zu werden in den eigenen Anliegen. So fassen entsprechend einzelne Stimmen ihr persönliches Resümee mit folgenden Worten zusammen:

»Bestens vorbereitet hat mich die Freie Schule auf das, was wirklich wichtig ist.« »Ich habe sehr viel Selbstvertrauen und traue mich alles zu sagen. Aber was die Freie Schule mir vor allem gegeben hat, was ich damals brauchte: FREIHEIT! Ich habe vielleicht nicht so viel Stoff gemacht, aber ich habe viele andere neue, tolle Sachen gelernt.«

Als nächstes die Frage nach dem Übergang, fühlten sich die Potsdamer Schüler und Schülerinnen gut vorbereitet auf den Übergang in die neue Schule?

»Gut vorbereitet auf den Wechsel haben mich u.a. auch die ganzen Sachen, die eigentlich doch gar nicht in eine Schule gehören.« »Bestens vorbereitet bin ich darauf, dass ich mit Lehrern klarkomme, die mir nicht so liegen. Ich verliere den Mut nicht, auch wenn ich mal schlechte Zensuren bekomme.« »Was mich sehr stark fordert am Gymnasium, ist das ständig und andauernd immer volle Energie haben zu müssen.« »In der Art zu lernen musste ich mich total umstellen: In der Freien Schule konnte man mitten im Unterricht ein Buch holen, das geht so nicht mehr.«

Es gibt einzelne Schüler, denen die Umstellung deutlich schwer fällt. Der Großteil der Abgänger beschreibt den Übergang als eine Herausforderung, die für sie zu meistern war. Die Jugendlichen spüren, dass sie Kräfte tanken und entwickeln konnten, die ihnen jetzt zu Gute kommen: *»Man merkt richtig, dass wir Freie Schule Kinder sind an der neuen Schule (die Lehrer melden uns das auch oft zurück). Und ich muss sagen, ich bin sehr stolz darauf!«*●

UNTERSUCHUNG IN ÖSTERREICH

Untersuchungen zum Thema Schulwechsel und weiterer Lebensweg von Abgängern aus Freien Alternativschulen finden sich auch aufgelistet auf der homepage des Bundesverband der Freien Alternativschulen (www.freie-alternativschulen.de, Stichwort »medienkiste«). Ich möchte an dieser Stelle eine Untersuchung von Thomas Paster herausgreifen. Er hat in Österreich den weiteren Lebensweg von 260 ehemaligen Wiener AlternativschülerInnen untersucht. Als Ergebnis fasst er zusammen:

»AlternativschülerInnen verfügen sowohl über die Bereitschaft und auch die Fähigkeit, die weitere Ausbildung, das eigene Leben selbstbestimmt zu organisieren, als auch über eine höhere gesellschaftliche Risikobereitschaft. Die ehemaligen AlternativschülerInnen ziehen anscheinend häufig unkonventionelle Lebenskonzepte einer 'abgesicherten' Zukunft vor«. Befragungen von LehrerInnen an weiterführenden Regelschulen ergaben u.a. folgende Ergebnisse:

»Es ist so, dass man sagen kann, dass, eher zu unserem Überraschen, alle diese Schüler und Schülerinnen keine sogenannten schwierigen Kinder sind.« »dass sie einen Umgang haben, der andere stützt und unterstützt.«

Die Alternativschulkinder integrieren sich gut in die Klassengemeinschaft. Sie sind keine Außenseiter und bleiben in der Regelschulklasse nicht als Gruppe zusammen. Betont wurde das hohe soziale Engagement dieser Kinder, besonders bei Ungerechtigkeiten, wie z.B. bei der Notengebung. Sie ergreifen oft Partei für andere Schüler, nicht nur für ihre Freunde, sondern auch für Außenseiter. Sie sind bemüht ihre eigenen Interessen durchzusetzen, sind jedoch auch überdurchschnittlich oft bereit sich für kollektive Interessen der Klassengemeinschaft einzusetzen. Als Stärken der Alternativschulkinder wurden v.a. Kreativität, Phantasie, Einfallsreichtum, künstlerische und sprachliche Fähigkeiten genannt. Schwächen zeigen Alternativschulkinder allerdings im Bereich der Kulturtechniken... sie holen jedoch ihre Defizite rasch auf... Alternativschulkinder weisen eine hohe Allgemeinbildung auf, sind neugierig und teamfähig.●

FREIE SCHULE VERDEN

»Die Kinder holen sich das Wissen selbst«

Im niedersächsischen Verden soll noch in diesem Jahr eine Freie Schule eröffnet werden, die sich am Konzept der PrinzHöfte-Schule in Bassum orientiert. Am 1. März wurde das zukünftige Schulgebäude und das pädagogische Konzept der Öffentlichkeit vorgestellt. Uwe Ciesla unterhielt sich für CONTRASTE mit Gründungsmitglied Kessi Frech.

CONTRASTE: *Kessi, seit wann bist Du bei der Gruppe zur Gründung einer freien Schule im Landkreis Verden und wie bist Du dazu gekommen?*

Kessi: Ich bin seit gut einem Jahr dabei. Ich war bereits Gründungsmutter von dem Waldkindergarten hier im Ort und mir war klar, dass es weitergehen muss, wenn die Kinder größer sind. Von der Gründungsgruppe für die Freie Schule in Verden hatte ich schon öfters vorher gehört, hatte allerdings immer zuwenig Zeit dafür. Irgendwann bin ich dann aber doch hingegangen und habe gemerkt, dass ich das, was ich so kann, gerne dort einbringen möchte.

Wie lange gab es die Gruppe bereits als Du dazu gestoßen bist?

Ich glaube die Gruppe gab es schon eine ganze Zeit vorher. Das war erst ein recht kleiner Kreis und es wurden dann immer mehr. Es gibt aber aus dieser Zeit gar keine Protokolle oder so was. Alle waren am Suchen und am Gucken. Das Ziel war natürlich schon klar, die Gründung einer Freien Schule, aber noch nicht mit einer schriftlichen festgelegten Struktur, das kam erst später.

Was waren bzw. sind aus Deiner Sicht die größten Schwierigkeiten zur Realisierung des Projektes?

Ich glaube die größten Schwierigkeiten kommen erst jetzt. Bisher ist eigentlich alles recht gut gelaufen. Insbesondere das Thema Finanzen wird jetzt immer wichtiger. Glücklicherweise ist jetzt jemand zur Gruppe gestoßen, der davon sehr viel Ahnung hat. Der Finanzplan ist wohl jetzt auch durch. Die GLS-Bank hat das alles akzeptiert und wird uns mit einem Kredit unterstützen. An unserem Tag der offenen Tür hat sich gezeigt, dass wir als Gruppe ganz gut funktionieren. Wir haben uns hervorragend ergänzt, auch wenn einige Aufgabenverteilungen anders verlaufen sind, als vorher geplant.

Wie habt Ihr das Gebäude gefunden und was waren Eure Kriterien dazu?

Bestimmte Kriterien sind ja durch die Ämter vorgegeben, z.B. die Anzahl der Klassen- oder Pausenräume. Uns selbst war wichtig, dass die Schule im Grünen und gleichzeitig zentral und in der Nähe der Bahnlinie liegt. Über persönliche Beziehungen sind wir dann auf das Gebäude in Verden gestoßen. Das Außengelände passt zwar nicht ganz zu unseren Vorstellungen, aber die Räumlichkeiten stimmen erst mal. Für die Sekundarstufe wird es später allerdings zu eng, d.h. wir müssen irgendwann noch mal umziehen, aber für den Anfang ist es erst mal gut.

Was sind die wesentlichsten Merkmale, die Euer Konzept von den Regelschulen unterscheidet?

Das wichtigste ist wohl, dass die Kinder selbst entscheiden was sie wann und wo lernen. Es ist klassenübergreifend, d.h. die Erstklässler arbeiten mit den Zweit- und Drittklässlern zusammen. Die Kinder lernen voneinander, es wird in Projekten gearbeitet und die Kinder werden von zwei Lehrern betreut. Es wird mit dem Morgenkreis angefangen, der von den Kindern selbst geleitet wird und in dem der Tagesablauf geplant wird. Gelernt wird durch das Tun und weniger dadurch, dass ein Lehrer da sitzt und das Wissen vermittelt. Die Kinder holen sich das Wissen selbst. Die einen brauchen dazu mehr Zeit und die anderen weniger. In der Regelschule müssen alle Kinder zum gleichen Zeitpunkt genau das gleiche lernen und wenn Du das nicht schaffst, dann rutscht Du durch das System durch. Das soll bei uns anders sein.

Was müssen Eltern tun, die Ihr Kind bei Euch einschulen lassen möchten?

Wir haben gerade einen Fahrplan dazu erstellt. Wenn sich Interessierte bei uns melden, lädt ein Gremium, diese zu uns in die Schule ein. Danach entscheiden wir und achten dabei z.B. darauf, dass die Jahrgänge und das Geschlechterverhältnis gut gemischt bleiben. Und gleichzeitig müssen natürlich auch die Eltern entscheiden, ob sie ihr Kind bei uns einschulen lassen möchten. Wichtig ist dabei, dass sich die Eltern mit unserem Konzept auseinandersetzen und dieses mittragen.●

Kontakt zur Freien Schule Verden:
Silke Disveld, Forum-Freieschule@disveld.de
Tel. (0 42 02) 50 03 93

Trägervereinsvorsitzende Silke Disveld (links) und Lehrer Kai-Uwe Steindorff (rechts im Bild) stellten am 1. März das pädagogische Konzept der Freien Schule Verden vor.

FILM ÜBER DIE FREIE SCHULE PRINZHÖFTE

»Wir entscheiden was und wie und wann«

Schule ohne Notendruck und ohne festen Lehrplan, in der die Kinder sich selbstorganisiert in Projekten ihr Wissen aneignen – was wie ein Idealbild wirkt, ist in der PrinzHöfte-Schule im südlich von Bremen gelegenen Bassum Realität.

Der Filmemacher Ralf Schauwacker zeigt in seiner im Frühjahr letzten Jahres herausgegebenen Dokumentation wie der Alltag in der freien Schule funktioniert und verknüpft dies mit deren pädagogischen Grundlagen. Diese werden erläutert in kurzen Interview-Sequenzen von Lutz Wendeler, der die Schule im Jahr 1995 mitgegründet hat. Aber hauptsächlich kommen, dem Schulkonzept entsprechend, die Kinder selbst zu Wort. Sie werden von der Kamera in ihrem Schulalltag begleitet und erklären ihrerseits in kurzen Interviews ihre Sicht der Dinge.

Der Tag an der PrinzHöfte-Schule beginnt mit einem morgendlichen Schülerplenum, an dem die Schüler ihre eigenen Lernvorhaben planen und koordinieren. Gelernt wird größtenteils in Projekten, für die sich die Schüler die Antworten auf ihre eigenen Fragen und Probleme suchen. Sie finden Inhalte, Ziele und Lösungen selbstbestimmt und gemeinsam mit anderen. Am Schluss werden die Projekte der Gesamtgruppe präsentiert. Der Film begleitet mehrere solcher Projekte von der Entstehung bis zur Präsentation. Am Ende des 70minutigen Filmes würde man selbst gern noch einmal zur Schule gehen, nämlich in solch eine, wie die PrinzHöfte-Schule in Bassum.●

uc

Zu beziehen ist der Film für 35 EUR direkt beim Produzenten unter www.schauwacker.de oder über den Buchhandel unter ISBN 978-3-931394-09-7.

GREENWASHING: MANIPULATION DURCH GRÜNFÄRBEREI

Umweltschutz oder grüner Schein?

**Ölkonzerne lassen Blumen wachsen, Autofahren ist gut für das Klima und Fliegen verursacht weniger Emissionen als ein Familienauto.
Grüne Imagewerbung ist groß im Kommen. Kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Unternehmen auf schön gestalteten Anzeigen und Werbeplakaten erklärt, wie es sich für den Umweltschutz einsetzt, oder ein grünes Vorzeigeprojekt anpreist.**

Von Christine Pohl ● Diese Welle der grünen Werbung spiegelt aber allzu oft nicht die Realität wieder – sie ist kein Zeichen des dringend nötigen Umdenkens in der Wirtschaft. Vielmehr ist sie ein Resultat des wachsenden Drucks, unter dem die Unternehmen stehen. Vor allem als Antwort auf das gestiegene Klimabewusstsein bei Konsument/innen versuchen Unternehmen, klimaschädliche und anderweitig umstrittene Geschäftspraktiken zu verschleiern und sich aus der Schusslinie zu bringen.

Diese Grünfärberei, englisch Greenwashing oder Greenwash, soll aber auch Entscheidungsträger und Meinungsmacher manipulieren: Plänen für unliebsame Gesetzesvorhaben soll der Wind aus den Segeln genommen werden. Greenwashing soll den Eindruck vermitteln, dass die Wirtschaft sich schon selbst um die Umweltprobleme kümmert und verbindliche Regeln daher unnötig sind. Ein Blick auf das Kerngeschäft des Unternehmens entlarvt aber schnell den Schwindel vieler Werbekampagnen. Wenn umweltfreundliche Verhaltensweisen angepriesen werden, das alte, schmutzige Kerngeschäft aber weiterläuft wie vorher, dann handelt es sich um Greenwashing.

Ölfirmen als Klimaschützer

Im Zuge des gestiegenen Klimabewusstseins in der Öffentlichkeit versuchen viele Unternehmen, sich als Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel darzustellen. Dies betrifft insbesondere solche Unternehmen, deren Kerngeschäft grundsätzlich große Auswirkungen auf das Klima hat.

So lancierte der Ölkonzern Shell Anfang 2007 eine PR-Kampagne in verschiedenen deutschen Printmedien wie Stern, Focus oder Spiegel sowie in diversen englischen und internationalen Medien. Zu sehen ist eine Ölraffinerie, aus deren Schornsteinen Blumen entschweben, mit dem Hinweis, dass »überschüssiges CO_2 genutzt werde, um Blumen wachsen zu lassen«. Des weiteren behauptet Shell, dass »aus überschüssigem Schwefel Beton hergestellt wird«. Tatsächlich aber wird weniger als ein halbes Prozent der CO_2-Emissionen in holländische Gewächshäuser gepumpt – das ist alles. Der größte Teil der Schwefelabfälle wird für Schiffstreibstoffe verwendet, die eine Hauptquelle der Schwefeldioxidbelastung auf den Meeren und in den Häfen sind.

Am auffälligsten war jedoch der Slogan »Don't throw anything away. There is no away« (»Werfen Sie nichts weg – weg ist nicht weg«). Sollte Shell etwa neuerdings allen Abfall wiederverwerten? Ein Blick nach Nigeria, Südafrika, in die USA, auf die Philippinen und an andere Standorte von Shell-Raffinerien straft diese Aussage Lügen: Weltweit leiden Menschen unter den Folgen der Umweltverschmutzungen durch Shell-Anlagen. In Nigeria zum Beispiel fackelt Shell illegal überschüssiges Gas ab und verursacht durch den dabei ausgestoßenen Schwefel sauren Regen. Allein in dem westafrikanischen Land produziert Shell auf diese Weise 60-mal mehr Treibhausgase als das CO_2, das in Holland in die Gewächshäuser gepumpt wird. (1)

Auch ExxonMobil (Esso) investiert massiv in eine grüne PR-Kampagne. In großformatigen Anzeigen in europäischen Medien sowie auf Plakaten am strategisch wichtigen Flughafen in Brüssel verkündet der Ölkonzern, dass er sich eifrigst um die Reduktion seiner Emissionen bemühe. Unerwähnt bleibt dabei natürlich, dass Exxons Treibhausgas-Emissionen in den letzten vier Jahren um fast 6,5 Prozent und die Gas-Abfackelungen um über 45 Prozent angestiegen sind. (2)

Doch nicht nur die Ölindustrie ist stark um ein klimafreundliches Image bemüht. Auch in der Automobilindustrie, der Luftfahrt, der Nuklearindustrie und anderen Branchen wird fleißig mit Anzeigekampagnen grüngewaschen – Beipiele gibt es viele. (3) Eines haben die Grünfärber alle gemeinsam: Ihr Kerngeschäft ist und bleibt umweltschädigend.

Artenschutz als Aushängeschild

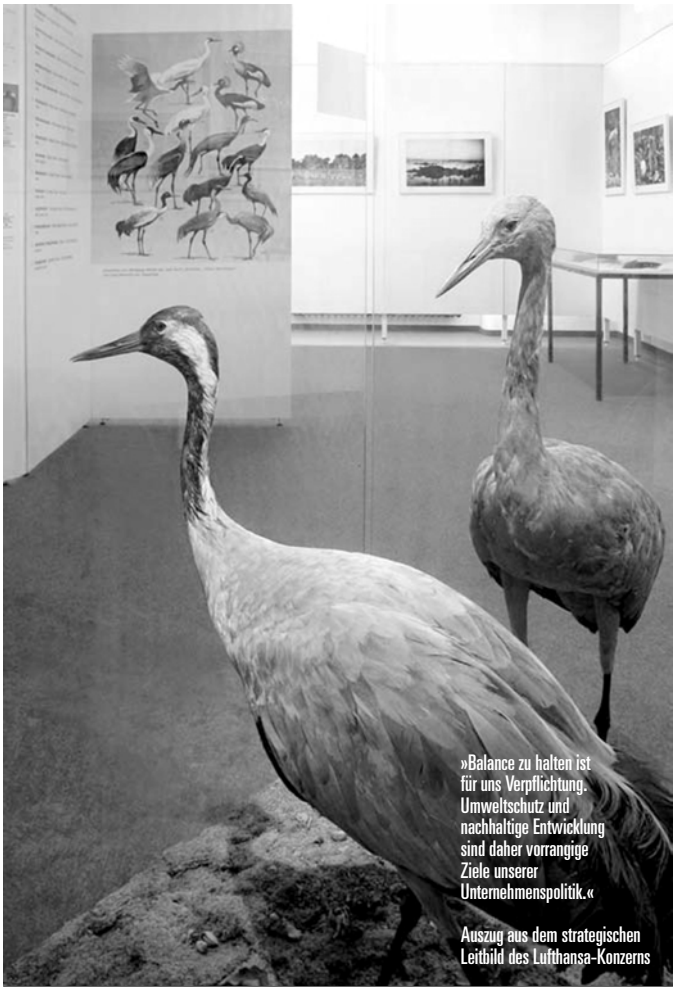
Unter dem Titel »Umweltförderung« preist die Lufthansa AG ihre Aktivitäten zum Schutz gefährdeter Arten an. Das Luftfahrtunternehmen ist beispielsweise Projektmitglied der »Arbeitsgemeinschaft Kranichschutz Deutschland«, einem Projekt des NABU und des WWF. Weitere Kooperationen der Fluglinie im Bereich der Biodiversität sind das Engagement im internationalen Seen-Netzwerk »Living Lakes«, einem Projekt des Global Nature Fund, und der vom Bundesumweltministerium koordinierten Naturallianz für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. (4)

Das Kerngeschäft der Lufthansa aber trägt unbestritten erheblich zum globalen Klimawandel bei. Gleichzeitig erkennt die Biodiversitätskonvention den Klimawandel neben Lebensraumverlust und -degradation als eine der größten Bedrohungen für die Vielfalt des Lebens auf der Erde an. (5)

Engagement für Biodiversitätsinitiativen mag löblich sein. Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass zum Kampf gegen Klimawandel und Biodiversitätsverlust mehr gehört als das Fördern einiger Modellprojekte.

»Business and Biodiversity«

Die Initiative »Business & Biodiversity« des Bundesumweltministeriums – koordiniert durch die GTZ – will auf der CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Bonn im Mai 2008 Vorreiter-Unternehmen im Bereich Biodiversität präsentieren. Die Unternehmen sollen als gutes Beispiel dienen, andere Firmen zur Nachahmung anregen und Standards setzen. Eine kritische Beobachtung dieses Prozesses ist jedoch dringend notwendig: Welche Unternehmen werden dort als Vorreiter dargestellt und wie umweltfreundlich ist deren Kerngeschäft?



Lufthansa – Das Bekenntnis zur Balance. Wanderausstellung »Zauber der Kraniche«. Quelle: Broschüre »Die Umweltförderung der Lufthansa«

Bei konkreten politischen Debatten sieht die Lufthansa plötzlich gar nicht mehr so grün aus: Das Unternehmen macht in Brüssel massiv Lobbyarbeit gegen die Einbeziehung des Luftverkehrs in den europäischen Emissionshandel. (6) Nach Ansicht der Europäischen Kommission ist dies die beste Lösung, um die Emissionen dieses Sektors effektiv einzudämmen. (7) Lufthansa hat jedoch großes Interesse daran, diesen aktuellen politischen Konflikt auszublenden – einzelne Modellprojekte lassen sich besser vermarkten. (8)

Auch der Automobilhersteller Volkswagen präsentiert sich medienwirksam als engagierter Umweltschützer. Im vergangenen September trat das Unternehmen der von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gegründeten Naturallianz bei. VW »verstärkt damit sein Naturschutzengagement und trägt dazu bei, die Öffentlichkeit für den Schutz der Artenvielfalt zu sensibilisieren«. Der Beitritt zur Naturallianz sei für VW ein konsequenter Schritt seines langjährigen Naturschutzengagements, so der Konzern. In Deutschland und in aller Welt unterstütze Volkswagen Projekte für bedrohte Tier-und Pflanzenarten. (9)

Die reale Klima-Politik des Unternehmens sieht jedoch anders aus: VW ist von den großen deutschen Automobilkonzernen am weitesten davon entfernt, die 1998 mit der EU-Kommission vereinbarte Selbstverpflichtung (ACEA Agreement) zur Reduktion der CO_2-Emissionen einzuhalten. Das Unternehmen hat in den letzten Jahren die besonders klimaschädlichen Modelle im Luxussegment und in der oberen Mittelklasse massiv ausgebaut und seine Marketingstrategie überwiegend auf diese Modelle konzentriert. Zudem hat VW aggressive Lobbyarbeit gegen Rahmensetzungen für Klimaschutz-Regelungen betrieben und dabei teilweise Fehlinformationen verbreitet. (10)

Wenn ein Unternehmen Jahr für Jahr seine CO_2-Emissionen steigert statt sie zu senken und sich gegen verbindliche Emissionsminderungsziele wehrt, hat es nichts in einer Liste von Vorreiter-Unternehmen zu suchen. Daran ändern auch eventuelle Modellprojekte oder medienwirksame Kooperationen nichts. Modellprojekte können und dürfen zur Nachahmung anregen. Dienen sie aber nur als Ablenkungsmanöver, so handelt es sich um Grünfärberei und nicht um echtes Umdenken.

Auf das Kerngeschäft kommt es an

Bei aller Skepsis gegenüber Initiativen, die Kooperation von Unternehmen und Umweltorganisationen zum Schutz der Biodiversität institutionalisieren: Es ist eine Tatsache, dass die Wirtschaft eine wichtige Rolle beim Schutz der biologischen Vielfalt spielt. Viele Sektoren haben große Auswirkungen auf die natürliche Umwelt, beispielsweise die Rohstoffindustrie (Öl, Gas, Bergbau) und die Nahrungsmittelproduktion, aber auch Fischerei, Forst- und Papierwirtschaft und der Tourismus. Die Ziele der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) sind deshalb nur mit Hilfe der Wirtschaft zu erreichen.

Initiativen wie die Business-and-Biodiversity-Initiative können den Dialog mit der Wirtschaft fördern. Es ist prinzipiell zu begrüßen, wenn sich Unternehmen in freiwilligen Initiativen über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus engagieren. Dieses Engagement darf jedoch nicht dazu dienen, Mindestandards zu verwässern, zu verzögern oder ganz zu verhindern.

Die genannten Beispiele zeigen, dass viele Unternehmen das Ziel solcher Kooperationen nicht darin sehen, ihr Kerngeschäft zu verändern. Vielmehr sehen sie hier ihre Chance, eine effektive grüne PR-Kampagne durchzuführen und negative Umweltauswirkungen zu verschleiern. Umweltorganisationen sind dabei Partner, die für Glaubwürdigkeit stehen. Sie sollten daher das Kerngeschäft eines potenziellen Kooperationspartners kritisch beleuchten. Im schlimmsten Fall trägt die Kooperation dazu bei, dass verbindliche Regeln zum Schutz der Biodiversität verzögert werden oder gar nicht erst zustande kommen.●

1) Mehr zur irreführender Shell-Werbung: www.foeeurope.org/corporates/greenwash/shell
2) Mehr zu irreführender Exxon-Werbung: www.foeeurope.org/corporates/greenwash/exxon
3) Weitere Beispiele für Greenwash (engl.): www.foeeurope.org/corporates/greenwash/greenwash.htm
BUND-Übersicht: Greenwash, Akzeptanzforschung, Mediation www.bund.net/suedlicher-oberrhein/idx-greenwash.html
4) http://konzern.lufthansa.com/de/html/verantwortung/engagement/
5) Programm der Biodiversitätskonvention »Biodiversität und Klimawandel«, www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472515/HTML_Page1057778173
6) Thorsten Denkler: Eine CO2-Rechnung mit Unbekannten: Lufthansa und die Klimavergiftung, Süddeutsche Zeitung 25.05.07, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/683/115568
7) »Kommission unterbreitet Vorschlag zur Einbindung des Luftverkehrs in das Emissionshandelssystem der EU«, Pressemitteilung 30.09.05, www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1862&language=DE
8) Detaillierte Analyse der Greenwash-Kampagne der Lufthansa: Ulrich Müller, Greenwash in Zeiten des Klimawandels, LobbyControl, Köln 2007, Download (PDF, 1,2 MB): www.lobbycontrol.de/download/greenwash-studie.pdf
9) »Volkswagen tritt Naturallianz der Bundesregierung bei«, Pressemitteilung 13.09.07, www.kurzlink.de/vw-pm-13-09-07
10) »Germanwatch legt Beschwerde gegen Volkswagen ein«, Pressemitteilung 07.05.07, www.germanwatch.org/presse/2007-05-07.htm

Aus: EUR Sonderheft III/2007, Dezember 2007
www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur07-iii.pdf

Weitere Informationen:
Friends of the Earth Europe, Christine Pohl, Corporates Campaign, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel
Tel. 00322-5426104, Fax -5375596
eMail: christine.pohl@foeeurope.org
www.foeeurope.org/corporates

klima-luegendetektor.de startet

E.on schmückt sich in Fernsehspots mit Gezeitenkraftwerken, die es noch gar nicht gibt. Wolfgang Clement wirbt mit falschen Argumenten für Kohlekraftwerke. Deutsche Autohersteller rechnen den CO_2-Ausstoß ihrer Produkte klein und wettern gegen Klimaschutzpläne aus Brüssel. »Das grüne Schmierentheater« titelte vor ein paar Wochen das Magazin der Süddeutschen Zeitung über die vermehrten Anstrengungen von Unternehmen und Politikern, sich ein Öko-Mäntelchen umzuhängen. »Greenwashing« wird das Phänomen in der Werber-Sprache genannt.

Das neue Internetprojekt www.klima-luegendetektor.de nimmt ab sofort solche PR-Strategien unter die Lupe. In einem aktuellen Blog werden künftig Zeitungsanzeigen, Politikerreden oder Lobbyisten-Statements auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft – und ggf. richtig gestellt oder um verschwiegene Informationen ergänzt. In den ersten Beiträgen geht es beispielsweise um das Ökostrom-Angebot »TelDaFax Sunpower«, eine Presseerklärung des Bundesverbandes Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und Porsche-Chef Wendelin Wiedeking.

Getragen wird das Projekt vom Greenpeace Magazin, dem größten Umweltmagazin Deutschlands, und von wir-klimaretter.de, einem unabhängigen Internet-Portal zum Klimaschutz. Bei der Entlarvung von Klima-Lügnern setzen die Initiatoren auch auf die Unterstützung durch ihre Leser. »Schicken Sie uns bitte einen Hinweis«, heißt es auf der Homepage.●

Weitere Informationen und aktuelle Nachrichten: www.klima-luegendetektor.de

KRITISCHE STUDIE »DEMOKRATIE« WILL DIE VOLKSHERRSCHAFT ALS MACHT-IDEOLOGIE ENTLARVEN

Anarchistische Abrechnung

Der hessische Umweltaktivist und Buchautor Jörg Bergstedt ist in der Vergangenheit schon oft angeeckt. Die Jugendorganisation des NABU verließ er im Streit. Mit dem harten Arm des Gesetzes kam er in Konflikt, etwa durch Aktionen gegen Gen-Felder oder weil seiner anarchistischen »Projektwerkstatt« in Saasen kriminelle Umtriebe unterstellt wurden. Nicht zuletzt dürfte er sich auch mit seinen Publikationen bei vielen unbeliebt gemacht haben, in denen er zum Beispiel Nichtregierungs-Organisationen, insbesondere Attac, Legitimation und Erfolg absprach.

Auch mit seiner Studie »Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung« geht Bergstedt nicht auf Schmusekurs mit lieb gewonnenen Dogmen. Erschienen ist das Buch im hauseigenen *SeitenHieb-Verlag*. Auf 206 Seiten geht der Autor hart mit dem Demokratie-Verständnis, wie es in Deutschland von Politik und Medien geprägt wird, ins Gericht. Anspruch des Buches ist es, die Demokratie kritisch zu analysieren und sie als perfide Macht-Ideologie zu entlarven, die ihre Ursprünge im dogmatischen Gut-Böse-Denken vergangener Jahrhunderte habe. Dabei würde der Fetisch »Volksherrschaft« lediglich unpopulär gewordene Leitbilder wie Religion, Nation oder Rasse ersetzen und dennoch weiter zur Unterdrückung des Individuums beitragen.

Was sich möglicherweise zunächst nach paranoider Verschwörungstheorie anhört, kommt jedoch als durchdachte und belegbare Interpretation daher. Dabei gelingt Bergstedt der Spagat, eine fundierte Studie zu schreiben, welche gleichzeitig anschaulich und gut lesbar ist. Er beschreibt zunächst die sich wandelnden Bilder der Demokratie vom antiken Athen über die Römische Republik und romantische Vorstellungen des 19. Jahrhunderts bis heute. Dabei will der Autor dem Leser begreiflich machen, dass sich die vielen verschiedenen Demokratie-Formen fundamental unterscheiden und es keineswegs eine ungebrochene Traditionslinie von Wirken Perikles zum deutschen Bundestag und damit »hin zur Freiheit« gibt. Wichtig ist ihm dabei, zu zeigen, dass Ideen wie »Demokratie« oder »Volk« keine geschichtlichen Wahrheiten sind, sondern immer gedankliche Konstrukte – das postmoderne Zauberwort »Diskurs« ist demnach auch einer seiner zentralen Begriffe.

Konkrete Beispiele etwa zur politischen Arbeit in Parlamenten oder der schwer durchschaubaren Logik des Verhältniswahlrechts machen seine beißende Kritik anschaulich.

Für Bergstedt geht es nicht darum, etwaige »Fehler« am bestehenden demokratischen System auszumerzen. Die Volksherrschaft selbst ist für ihn das Problem, welches es zu überwinden gilt. Denn die Demokratie hierzulande ist für ihn eine Art Oligarchie, in der die Machteliten dem Einzelnen nur vorgaukeln, seine Meinung zu repräsentieren und zu vertreten.

Nach dieser umfassenden und vernichtenden Abrechnung mit den bestehenden Verhältnissen fällt das Kapitel zu den Auswegen und Alternativen verhältnismäßig kurz aus. Die Lösung ist für Bergstedt die Emanzipation von vorgegebenen traditionellen Kollektiv-Werten. Als konkrete Positiv-Beispiele führt Bergstedt lediglich sehr kurz die Internet-Enzyklopädie Wikipedia und Sozialforen als offene ungebundene Versammlungen auf. Diese seien prinzipiell gute Ideen, würden aber zu oft von lobbystarken Machteliten missbraucht.

Zwar erhebt der Autor ausdrücklich nicht den Anspruch, die Thematik der Alternativen zum bestehenden System auszuleuchten. Dennoch bleibt beim Rezensenten der etwas schale Eindruck zurück, dass Bergstedt frei nach dem Motto des Slime-Songs »Brüllen, zertrümmern und weg« geschrieben hat – denn Konzepte wie Kommunen und Projektwerkstätten lassen sich nicht ohne weiteres in allen menschlichen Lebensverhältnissen aufbauen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der leichtfertige Umgang mit Begriffen wie »Diskurs« und »Diskurssteuerung«. Solche beliebten Worthülsen mögen als verlockend einfaches Erklärungsmuster dienen. Doch erläutert Bergstedt nie, was genau er darunter versteht. Konkret: Wenn der Autor meint, er könne quasi als »Außenstehender« einen gesellschaftlichen Diskurs analysieren und kritisieren, dann erliegt er der Illusion, er hätte eine Art »privilegierten Zugang zur Wahrheit«. Doch letztendlich steht Bergstedt selbst in einer Denk- und Erzähltradition, die er besser ausführlicher reflektieren sollte.

Auch würdigt der Autor mit keinem Wort die relative Freiheit hierzulande, die es ihm überhaupt ermöglicht, ein solches Buch zu schreiben und zu publizieren.

Bei dem Buch handelt es sich dennoch um eine äußerst lesenswerte Studie – nicht nur für Bergstedts besondere »Freunde« vom Bundesverfassungsschutz. Darum wird »Demokratie. Eine Abrechnung« vom Rezensenten auch ausdrücklich empfohlen. Für diejenigen, welche sich bereits mit den Fragestellungen des Autors beschäftigt haben, ist sie sicherlich eine fundierte Zusammenfassung anarchistischer Gesellschaftskritik. Für Leser, denen solche Sichtweisen bisher eher fremd waren, kann sie eine spannende und anregende Aufforderung sein, eigene Standpunkte und Perspektiven zu hinterfragen. Denn eins stellt Bergstedt klar: Es sind keineswegs nur »bösartige Machteliten«, welche das Individuum in gesichtslose Gruppenschemen pressen wollen. Die »Selbstdisziplinierung« des Einzelnen als unauffälliges Schaf in der Herde spielt dabei mindestens eine gleichbedeutende Rolle.●

Oliver Nowak

Jörg Bergstedt: Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung. SeitenHieb-Verlag, Reiskirchen 2006, 206 Seiten, 14 EUR, ISBN 978-3-86747-004-9

www.projektwerkstatt.de

DER KREATIONISMUS

Willkommen im Mittelalter

In den USA boomt er: Der Kreationismus. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um eine Strömung, die von einer göttlichen Schöpfung ausgeht.

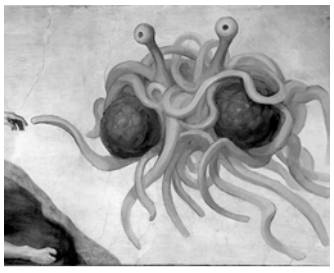
Roman Schweidlenka, LOGO ESO INFO ● Das allein wäre nicht so problematisch. In das Kreuzfeuer der Kritik geriet der Kreationismus, da er

- die biblische Schöpfungsgeschichte wortwörtlich nimmt;
- die Evolutionstheorie fanatisch bekämpft;
- die mit ihm verbundene Strömung Intelligent Design mit pseudowissenschaftlichen Methoden Menschen irreführt und bei Jugendlichen eine als gefährlich eingestufte Vermischung religiöser und wissenschaftlicher Welterklärungen verbreitet;
- mit weit rechts stehenden und rechtsextremen politischen Bewegungen eng verbunden ist. Viele Vertreter des Kreationismus lehnen die Demokratie ab und fordern eine theokratische »Gottesherrschaft«.

Erste PolitikerInnenstimmen, vor allem aus dem sozialdemokratischen Lager, warnten 2007 die EU vor dem mit dem Fundamentalismus verbundenen Kreationismus, der an Stelle der Evolutionslehre Jugendlichen gelehrt werden soll. Kreationistische Unkenrufe waren vermehrt auch in Europa vernommen worden. Der Sozialdemokrat Guy Lengagne appellierte in seinem Bericht an den Europarat, davor nicht die Augen zu verschließen; denn der Kreationismus bedeute »eine Rückkehr ins Mittelalter«. (nachrichten.aol.de, 26. 6. 07)

Im Oktober 2007 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats die Lehre des Kreationismus, vor allem deren Propagierung in den Schulen, scharf verurteilt (mit 48 gegen 25 Stimmen). Die luxemburgische liberale Europaratabgeordnete Anne Brasseur hatte erfolgreich eine Lobby gegen die neue Strömung zusammengetrommelt.

Die ParlamentarierInnen-Versammlung richtete an die 47 Europaratländer die Aufforderung, »mit aller Entschiedenheit gegen die Einbeziehung des Kreationismus



Fliegendes Spaghetti-Monster

in den Unterricht als gleichberechtigte Wissenschaftsdisziplin neben der Evolutionstheorie anzugehen.« (Cit. nach science.orf.at. 3. 1. 08)

Große Sorge herrscht über die rechtsextrem-fundamentalistischen Allianzen dieser Strömung, die eine Bedrohung für die Menschenrechte darstellen. (www.welt.de, 5.10.07)

Während in Europa die Front gegen den Kreationismus relativ breit ist, sieht es in den USA, Geburtsland des Kreationismus, ziemlich triste aus. Bereits Anfang des 19. Jahrhunderts regten sich kreationistische Unkenrufe. Heute ist dort die reaktionäre Strömung hurtig im Vormarsch. 68% der republikanischen WählerInnen sind im Lager der KreationistInnen. Kein Wunder: Die Mehrzahl der AmerikanerInnen glaubt, dass die Schöpfung so stattfand, wie es die Bibel erzählt. Seit Beginn des Jahres 2008 läuft nun eine Koalition von 17 amerikanischen Wissenschaftsorganisationen gegen die kreationistische Strömung Sturm.

Andere wiederum greifen zur humoristischen Gegenwehr. Bereits 2005 drängten Verfechter einer »neuen Religion« auf die Aufnahme in den Schullehrplan der USA. Sie verbreiteten den »Glauben«, dass ein fliegendes Spaghetti-Monster die Welt geschaffen habe. Im Paradies erwarte die Gläubigen Stripper-Darbietungen und Bier-Vulkane. Bald gab es zehntausende AnhängerInnen, die Pastafarians (www.venganza.org).●

STRAFVOLLZUG

Das Übel der Privatisierung

Man muss kein ausgewiesener Gegner von Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen oder des Strafvollzugssystems an sich sein, um sich vorstellen zu können, dass Verlagerungen im Bereich des Justizvollzuges vom Öffentlichen Dienst weg, hin zur Privatwirtschaft zumindest nicht förderlich für die Gefangenen sein werden. In der Realität dürften die Privatisierungsbestrebungen viel mehr drastische Verschlechterungen zur Folge haben, so dass die jetzt schon teilweise krisenhafte Lebenslage Inhaftierter sich weiter zuspitzen dürfte.

Thomas Meyer-Falk, JVA Bruchsal ● Ende Dezember 2007 verkündete Baden-Württembergs Justizminister Goll, man habe der Firma KÖTTER Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG aus Essen den Zuschlag für den teilprivatisierten Vollzug der JVA (Justizvollzugsanstalt) in Offenburg erteilt. Ab voraussichtlich Mitte 2009 soll die dann fertig gestellte Anstalt in weiten Teilen von besagter Firma betrieben werden. Vor einem Jahr bekam selbige Firma ebenfalls den Zuschlag hinsichtlich des Betriebs der JVA Burg (Sachsen-Anhalt).

Konkret sollen künftig die Angestellten der Firma Kötter in Offenburg für den Gefangeneneinkauf, die Wäscherei, die Küche, das Gebäudemanagement, die Telefonanlagen, den Freizeitbereich, Sport, Bücherei ebenso zuständig sein, wie für die ärztliche Versorgung, den Sozial- und den Psychologischen Dienst. (1)

Wer sich die Webseite der Firma Kötter ansieht (www.koetter.de/) – ich selbst musste mich mit einem Ausdruck begnügen, da ich als Inhaftierter keinen Internetzugang erhalte – entdeckt dort einen so genannten »Sicherheitsrat«. Nach eigenem Bekunden gehe es dem Unternehmen mit diesem »Sicherheitsrat« darum, »den Dialog und die Kooperation« mit unterschiedlichen Sicherheitsbereichen aufzunehmen. Berufen wurde in dieses erlauchte Gremium eines – wohlgemerkt – Privatunternehmens u.a. General a. D. Wegener (ehemals Chef der GSG 9), Dr. Peter Frisch (ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz), Horst Heitmann (Polizeidirektor a. D.; ehem. Leiter einer Mordkommission), Klaus Homeyer (Polizeikommissar a. D.).

Diese Herren beraten also ein Unternehmen, welches u.a. Knäste in weiten Teilen betreibt. Als Gefangener mag man sich nicht recht ausmalen, wie Angestellte die von einem ehemaligen GSG 9-Chef, der erst vor wenigen Jahren dadurch auffiel, dass er Elitetruppen der NS-Wehrmacht ob ihrer Tapferkeit rühmte, geschult oder auch nur ideologisch auf ihren Dienst mit »Kriminellen« vorbereitet wurden, wie diese Bediensteten dann den Gefangenen gegenübertreten.

Relativ unbedarft äußerte der Justizminister Goll, es würden keinerlei Aufgaben an Privatfirmen delegiert, welche »Eingriffscharakter« aufweisen, sprich, die Juristen der Anstalt, die Wärter, die Gefangene überwältigen, fesseln dürfen, sie alle blieben Beamte.

Aber handelt es sich bei Psychologen und Ärzten nicht auch um Personal mit »Eingriffscharakter«? Eine nur vordergründig akademische Frage. Schon jetzt macht sich nämlich bei Gefangenen die Sorge breit, künftig würden Privatfirmen (wie eben Kötter) jene psychologischen Gutachten, die über die Freilassung oder Vollzugslockerungen entscheiden (denn die Juristen können mangels eigener Ausbildung letztlich nur den Ergebnissen der Psychologen folgen) selbst verfassen – bzw. deren Psychologen – und so wesentlichen Einfluss auf die (vorzeitige) Freilassung nehmen. Dabei dürften die Betreiberfirmen gar kein Interesse an einer geringen Auslastung »ihrer« Anstalten haben. Treten sie doch zugleich als – teilweiser – Betreiber auf. Und nur wenn die Arbeitsbetriebe, in welchen die Insassen arbeiten müssen, gut ausgelastet sind, stimmt auch am Ende der Gewinn.

Ganz offen wird sich wohl keiner von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen, der dann Gutachten erstatten muss und wird. Aber ob nicht doch Druck des Arbeitgebers KÖTTER zu spüren sein wird, sollte es durch zu viele positive Gutachten zu einer geringeren Belegung eines Gefängnisses kommen?

In den USA oder auch Groß-Britannien sind viele Gefängnisse gänzlich privatisiert und deren Betreiberfirmen an den Börsen der Welt notiert. Mit alle den bekannten negativen Folgen für die Gefangenen, für deren Familien – und letztlich für die Gesamtgesellschaft.●

1) www.cop2cop.de/2007/12/30/privatisierung-im-vollzug-keine-abstriche-bei-der-sicherheit/

Projektideen gesucht

Gesucht:
Entdecker, Erforscher, Ermöglicher!

Zweimal jährlich ruft der Fonds Soziokultur TrägerInnen soziokultureller Projekte dazu auf, sich um Fördermittel zu bewerben. Die Ausschreibung für Projekte mit Beginn in der 2. Jahreshälfte 2008 ist komplett offen. Das heißt: Sie ist an kein spezielles Thema und auch an keine Kunst- oder Kultursparte gebunden. Vereine und Initiativen mit pfiffigen Ideen für soziokulturelle Projekte sollten sich bewerben! Insgesamt stehen für die Projektförderung im zweiten Halbjahr 2008 zirka 420.000 Euro zur Verfügung. Gefördert werden Vorhaben mit Modellcharakter. Also Projekte, die ein aktuelles gesellschaftliches Thema aufgreifen, die neue Praxis- und Aktionsformen in der Soziokultur erproben, die den Austausch und die Integration fördern oder die – mit den Mitteln der Kunst und Kultur – neue Formen der BürgerInnenbeteiligung in der Stadt, der Gemeinde, im Viertel umsetzen. Kurz: Projekte, die anderen AkteurInnen und Einrichtungen als Beispiel dienen können. Damit regt der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen an. Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine sind aufgerufen, sich zu beteiligen und Anträge für das 2. Halbjahr 2008 zu stellen. Einsendeschluss ist der 1. Mai 2008. Es gilt das Datum des Poststempels.

Nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2008 können über die Geschäftsstelle des Fonds oder über folgende Internet-Adresse bezogen werden: www.fonds-soziokultur.de.

BUCHBESPRECHUNG

Repräsentation und Partizipation am Beispiel einer Produktivgenossenschaft

Das »Spannungsverhältnis zwischen Individualität und Sozialität und zwischen Organisation, Effizienz, Repräsentation und Partizipation« herausarbeiten, will Gunter Runkel in seiner genossenschaftssoziologischen Veröffentlichung. Dies geschieht anhand des klassischen Themas »Wandel von Genossenschaften im Zeitverlauf«. Als Grundlage dienen empirische Untersuchungen in dem bekanntesten produktivgenossenschaftlichen Beispiel Westeuropas, dem Gerätewerk Matrei. Das alles sind Voraussetzungen für einen spannenden und lehrreichen Lesestoff.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Positiv an dem Buch ist, es kann als Fundgrube für eigene Arbeiten der LeserInnen in dem Bereich Verknüpfung soziologischer und produktivgenossenschaftlicher Theorie genutzt werden. Gunter Runkel selbst zieht eine Reihe von soziologischen Klassikern von Max Weber über Emile Durkheim bis Talcott Parsons hinzu. Die intensivere Aufarbeitung genossenschaftlicher Theorien und Erfahrungen vor dem Hintergrund soziologischer Theorien, insbesondere denen der Gemeinschaft und der Gruppe, kann als zukunftsträchtiges Anliegen angesehen werden. Ebenso positiv ist die empirische Durchleuchtung eines bekannten Beispiels mit eigenen Erhebungen und ergänzenden Interviews zu werten. Eine solche Einschätzung gilt, auch wenn Fallbeispiele immer das Problem bergen, dass sie nicht verallgemeinerungsfähig sind. Sie helfen aber das Gemeinte besser zu veranschaulichen.

Fehlende Aktualität

Hier endet allerdings schon das Positive: Das Buch weist eher Manuskriptcharakter auf. Viele Ideen und Überlegungen werden zusammengetragen, teilweise aneinandergereiht. Sie sind aber nicht strukturiert miteinander verbunden und sprachlich nicht sehr ausgefeilt aufbereitet. Einige wichtige Veröffentlichungen aus der genossenschaftswissenschaftlichen Literatur fehlen ganz, besonders aus dem Bereich der Produktivgenossenschaften. Genossenschaftsspezifische Verweise greifen fast ausschließlich auf Literatur zurück, die bis 1990 erschienen ist.

Noch problematischer wird es bei den empirischen Erhebungen. Die erste Erhebung wurde im Mai 1985 durchgeführt, die zweite im Frühjahr 1989. Die Ergebnisse dieser Befragungen in Verbindung mit Daten aus den Jahresabschlüssen der damaligen Zeit werden detailliert dargestellt. Die Studie endet mit verschiedenen Interviews. Das aufgezeichnete Gespräch mit dem damaligen Vorstand stammt aus der Mitte der achtziger Jahre. Anschließend werden noch zwei leitende Mitarbeiter interviewt, die in Konflikten mit der Genossenschaftsleitung ausgeschieden sind. Sie enthalten sehr kritische und persönliche Stellungnahmen (Fallbeispiel siehe Kasten).

Die Produktivgenossenschaft Gerätewerk Matrei

Das Gerätewerk Matrei (GWM) wurde 1948 als Produktivgenossenschaft gegründet. Es setzte 2006 mit 170 Mitarbeitern 25 Mio. EUR um und ist in ein neues Betriebsgebäude in Navis in Österreich übergesiedelt. Dort steht nun ein hochmoderner Produktionsstandort mit 10.000 qm Nutzfläche zur Verfügung. Das GWM ist das einzige Großunternehmen Tirols, das der Belegschaft gehört. 25 Mitarbeiter sind an der Genossenschaft beteiligt, wobei jeder volljährige EU-Inländer auf Wunsch Mitglied werden kann. Die Gewinne werden seit Jahren fast vollständig in Anlagen zur Sicherung der Arbeitsplätze investiert. Das GWM produziert in erster Linie Kochfelder, zweites Standbein sind Designteile aus Edelstahl, beispielsweise Türen für Haushaltsgeräte.

Die Aufbereitung des Fallbeispiels endet damit. Auf die aktuelle Situation in der Genossenschaft wird nicht eingegangen. Auch das Schlusswort enthält keine aussagekräftigen Schlussfolgerungen dazu. Unter wissenschaftlichem, theoretisch-konzeptionellem Blickwinkel ist eine solche Vorgehensweise eher katastrophal, da die Leserin bzw. der Leser so mit den persönlich diskriminierenden Aussagen der Interviewpartner zum Vorstand vor knapp zehn Jahren in einer Veröffentlichung mit dem Anspruch einer »Soziologie der Genossenschaften« zu versuchen, im wahrsten Sinne des Wortes »stehen gelassen« wird – schade.●

Gunter Runkel: Genossenschaft, Repräsentation und Partizipation, Münster (LIT-Verlag) 2003, 200 Seiten (17,90 EUR).

BUCHBESPRECHUNG

Herrschaft und Genossenschaft: Grundlegungen zur Gestaltung der Gesellschaft

Herrschaft und Genossenschaft, ein zeitloses Thema, und doch historisch von vielen, sehr unterschiedlichen Traditionen geprägt. Frank Schulz-Nieswandt greift beide Begriffe als Dichotomie auf und versucht, eine Anthropologie – eine Wissenschaft des Menschen – aus seinen sozialen Wurzeln heraus zu entwickelt. Inwieweit dies gelungen ist, lässt sich nur schwer beurteilen. Begriffswelt und Beispiele der Veröffentlichung erschließen sich einem pragmatischen Genossenschaftswissenschaftler nur mühevoll bis gar nicht.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der Ansatz von Frank Schulz-Nieswandt, anthropologischen Fragen anhand der Gegenüberstellung von Herrschaft und Genossenschaft nachzugehen, wirkt wie eine Suche nach grundlegenden Fragen des menschlichen Lebens. Genossenschaft steht für ihn dabei als die ursprünglichere Form, die durch die Komplexitätszunahme nicht von dauerhafter Natur sein konnte. Das Genossenschaftsprinzip beinhaltet für Schulz-Nieswandt die »Hilfe auf Gegenseitigkeit«. Entsprechend sieht er die Mahlgemeinschaft, die Tischgenossenschaft als die ursprüngliche, authentische Form gegenseitigkeitsorientierter Moralökonomie. Dagegen erfährt Herrschaft eine der ersten Formen ihrer Verkörperung in der sakralköniglichen Barmherzigkeit oder bei der Inszenierung öffentlicher Speisungen »von oben«.

Prägungen der Sozialpolitik

In der Sozialpolitik von heute finden sich nach Schulz-Nieswandt beide Strukturen wieder. Fürsorge, Barmherzigkeit, Armenhilfe, Sozialhilfe, Hartz-IV etc. sind Ausdruckformen für Herrschaft auf der einen Seite, Freundschaft, Bruderschaft, Vergemeinschaftung, soziales Versicherungswesen, Kleingenossenschaften der sozialen Selbsthilfe stehen dagegen für genossenschaftsorientierte Formen. Die Schließung eines Bundes des Nehmens und Gebens stellt somit eine »frühe, archtypische Kulturerrungenschaft dar, aus der sich dann ein erstes Versicherungswesen und verfeinerte Vertragsideen entwickeln konnten« (135). Der Autor hält die Dialektik von Herrschaft und Genossenschaft für die elementaren Vektoren der Gesellung und der sozialen Politik, auch wenn sich daraus nicht die konkrete Geschichte der einzelnen Jahrhunderte erklärt (137).

Dies aufzuzeigen und zu veranschaulichen ist ein spannendes Anliegen, könnte aber sicherlich anschaulicher und sprachlich leichter nachvollziehbar erfolgen. So bleibt das Buch nur für eine kleine auserwählte Wissenschaftsgemeinde verständlich und ist für diese hoffentlich auch ein Erkenntnisgewinn.●

Frank Schulz-Nieswandt: Herrschaft und Genossenschaft. Zur Anthropologie elementarer Formen sozialer Politik und der Gesellung auf historischer Grundlage, Berlin (Duncker & Humblot / Schriften zum Genossenschaftswesen und zur Öffentlichen Wirtschaft) 2003, 154 Seiten, 56,80 EUR.

Lesen bildet. Entsprechend wurde in der Gemeinwirtschaftskultur der Weimarer Republik auch bei den Genossenschaften Werbung für die sozialdemokratische Zeitung »Volksstimme« in Magdeburg gemacht, hier mit einer Anzeige.

BUCHBESPRECHUNG

Strukturwandel der eingetragenen Genossenschaft

Die Diskussion, ob die Genossenschaft einer besonderen Moral bedarf, ob sie grundsätzlich mit sozialethischen Anforderungen verknüpft ist, erregt immer wieder die Gemüter. Der Rechtswissenschaftler Beuthien nimmt hierzu aus juristischer Sicht Stellung. Sein Ergebnis ist eindeutig: Er verneint die Werteorientierung dieser Rechtsform.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der von Volker Beuthien mit eigenen Aufsätzen herausgegebene Band »Die eingetragene Genossenschaft im Strukturwandel« behandelt grundlegende Fragestellungen rund um die Eigenarten und besonderen Funktionen dieser Unternehmensform.

Im ersten Teil beschäftigt sich der Autor mit der Thematik, ob und inwieweit die traditionell genossenschaftliche Förderwirtschaft dem ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel standhalten oder sich diesem durch mehr Satzungsfreiheit öffnen sollte, ohne ihre gewachsene Identität zu verlieren. Die Antworten bei den ersten drei Aufsätzen sind immer ähnlich. Besondere ethische oder moralische Anforderungen sind mit der Genossenschaft nicht zu verknüpfen und es sollte so viel Gestaltungsfreiheit wie möglich bei der einzelnen Genossenschaft und ihren Mitgliedern liegen.

Erhöhung der Satzungsfreiheit

Die Ausführungen von Beuthien dazu erweisen sich als relativ klar und differenziert. Selten werden Argumente gegen Moral und für Entideologisierung der Genossenschaft so prägnant vorgetragen wie von Beuthien. Er ist aber weder Historiker, noch Soziologe, noch vertritt er einen Genossenschaftsbegriff außerhalb des Rechtlichen. Er will jeden Ballast vom Gesetzgeber, von der über- bzw. zwischenbetrieblichen Ebene oder von den Schultern der Genossenschaftsverbände abwerfen und die Entscheidung über verfolgte Ziele sowie sozialen und ethischen Ansprüchen den Mitgliedern und ihren Vorständen überlassen.

Grundsätzlich ist dem nicht zu widersprechen und doch tut sich hier die Frage auf, die zumindest für Deutschland schon lange den realen Entwicklungsverhältnissen entspricht: Warum brauchen wir dann noch diese Rechtsform und die dazugehörigen Verbände? Dann sollte auch die Verbandsmitgliedschaft freiwillig sein und Genossenschaft als kooperative Vereinigung mit solidarökonomischen Ansprüchen in allen Rechtsformen umgesetzt werden, wie dies in anderen Ländern oft der Fall ist. Eine eigene Rechtsform Genossenschaft wird nicht mehr benötigt, sondern entsteht aus der Gestaltungsfreiheit der Mitglieder in jegliche Rechtsform durch genossenschaftliche Strukturierung. Nur so weit wiederum wollen weder Beuthien noch die Genossenschaftsverbände gehen. Verliert der eine doch einen wichtigen Arbeitsgegenstand und die Verbände ihre gesicherten Pfründe.

Geschwächte Verbandspositionen

Im Mittelpunkt des zweiten Teils der Veröffentlichung stehen bislang vernachlässigte Rechtsprobleme der genossenschaftlichen Pflichtprüfung nach §53ff. des GenG. Hier macht Beuthien zum einen darauf aufmerksam, dass die Verbände bei der Prüfung eine mangelfreie Prüfungsleistung abgeben müssen. Enthält der Prüfungsbericht Fehler, auch in Form von unberechtigten Beanstandungen gegenüber den Vorständen, muss er diese gegebenenfalls korrigieren oder es können Schadensersatzansprüche an den Verband gerichtet werden.

Ähnlich weitreichend zu ungunsten der Verbände sind auch seine Ausführungen in einem zweiten Aufsatz. Darin macht er deutlich, dass der Versuch der Verbände, Allgemeine Auftragsbedingungen geltend zu machen, unzulässig sind. Aufgrund der Pflichtmitgliedschaft im Verein Prüfungsverband liegt kein schuldrechtlicher Geschäftsbesorgungsvertrag vor, so dass für solche Allgemeinen Auftragsbedingungen keine Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Festzuhalten bleibt, Beuthien bringt in seinen Aufsätzen interessante, leicht nachvollziehbare Überlegungen und ist immer wieder für neue Einsichten und Veränderung des Blickwinkels gut. Seine Ausführungen sind insofern sehr lesenswert, auch wenn der/die LeserIn vielleicht in vielen Punkten andere Lösungen als zukunftsträchtiger für das Genossenschaftswesen ansieht.●

Volker Beuthien: Die eingetragene Genossenschaft im Strukturwandel, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Band 98, Marburg (Vandenhoeck & Ruprecht) 2003, 130 Seiten, (21,90 EUR).

Anzeige

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5.--€uro
Voltairine de Cleyre
Anarchismus
36 Seiten, 3 €uro
Walter Borgius
Die Ideenwelt des Anarchismus
86 Seiten, 7 €uro
www.utespero.de
www.alibro.de
Oder jede gute Buchhandlung

Ulrike Meinhof & Andreas Baader

30 Jahre deutscher Herbst – die aufgebauschten und vielfach missbrauchten Debatten im Jubiläumsjahr 2007 haben nicht nur Bundesanwaltschaften und andere Serien-Rechtsbrecher auf den Plan gerufen, sondern auch den Buchmarkt beflügelt. Rückblicke, Interpretationen und Biografien schwemmten in die Läden. Zu letzteren zählen zwei, die sich von Umfang und Anspruch zunächst ähnlich sehen und das Leben der beiden Personen durchleuchten, die der ersten RAF-Generation ihren Zweitnamen gaben: Baader und Meinhof.

Beide Bücher beginnen mit einem Kapitel zum Höhepunkt der »Karrieren«, blicken dann aber zunächst weit in die Vergangenheit zurück zu Eltern und Großeltern, beschreiben ausgiebig Kindheit und Konflikte mit dem sozialen Umfeld, um schließlich die Etappen des bewaffneten Kampfes in der Öffentlichkeit zu benennen. Damit aber sind die Gemeinsamkeiten genannt – ansonsten könnten die Bücher nämlich kaum unterschiedlicher sein. Während Sterin und Herrmann den RAF-Gründer und Vordenker Baader nicht nur zum Gegenstand ihrer Betrachtung wählen, sondern ihn auch zum Gegenstand machen fern ab jeglicher politischen und sozialen Interaktion, brilliert Jutta Ditfurth mit einer auch poetisch betrachtet glanzvollen Leistung: Ein Feuerwerk an Bezügen gesellschaftlicher Entwicklung und biografischer Daten. So beweist sie, was ihre Veröffentlichungen schon seit Jahrzehnten zeigen: Dort, wo sie sich gut eingearbeitet und recherchiert hat, sind ihre Beiträge von außerordentlicher Qualität. Nicht immer beschränkt sie sich auf solche Themen, aber hier hat sie eines gefunden. Das Baader-Buch ist dagegen eine reine Fleißarbeit zweier Technokraten, die noch dazu ihre politische Meinung recht platt und bezugslos präsentieren: »Baaders Weg in den Terrorismus ist zu verurteilen – keine Frage« (S. 308). Insofern passen beide Bücher in die Regale derer, die an Fakten interessiert sind. Aber nur eines fasziniert beim Lesen.●

Jörg Bergstedt

Jutta Ditfurth: Ulrike Meinhof. Die Biographie. 2007, Ullstein in Berlin, 478 S., 22,90 EUR
Klaus Stern/Jörg Herrmann: Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes. 2007, dtv in München, 359 S., 15 EUR

Kopenhagen: Neugeburt der Besetzerbewegung

Ein neues Buch erzählt vom Kampf um das Ungdomshuset und von den Parallelen zwischen der Umstrukturierung Kopenhagens und anderer europäischer Städte. Am 1. März beteiligten sich abermals einige tausend Menschen an Demonstrationen für ein neues Ungdomshuset in Kopenhagen. Genau ein Jahr war es her, dass in der dänischen Hauptstadt das Jugend- und Kulturzentrum geräumt und fünf Tage später abgerissen wurde. In der Folge kam es zu den größten Auseinandersetzungen zwischen meist jungen SympathisantInnen und der Polizei in der dänischen Geschichte. Es entstand eine Solidaritätsbewegung, die weit über Dänemark hinaus Widerhall fand und, wie die AutorInnen des Buches »Besetze Deine Stadt! BZ din By!« beschreiben, zu einer Neuzusammensetzung der radikalen Linken in Kopenhagen und neuen Verbindungen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen führte.

Neben der ausführlichen Darstellung der Geschichte des Hauses und der Situation in Kopenhagen vor und nach der Räumung wird in dem gut 200 Seiten dicken Buch viel Wert auf persönliche Betrachtungen und Einschätzungen gelegt. In Form von Interviews kommen AktivistInnen aus dem Haus, aus der Stadt aber auch Menschen aus Deutschland, die bei der Räumung dabei waren, zu Wort. In einem extra Kapitel wird auf die besetzte Stadt Christiania eingegangen.

Das am Jagdvej 69 im mittlerweile hippen Stadtteil Nørrebro gelegene Ungdomshuset hatte schon im 19. Jahrhundert eine ereignisreiche Geschichte als politischer Versammlungsort der Linken. 1897 wurde es von der dänischen sozialistischen Bewegung als offenes Haus der ArbeiterInnen aufgebaut. Lenin und auch Rosa Luxemburg besuchten es, Anfang März 1910 erklärte hier Clara Zetkin auf einer Internationalen Frauenkonferenz den 8. März zum Frauenkampftag. 1982 wurde das Haus, mittlerweile städtisch, von einer Anfang der 80er Jahre neu konstituierten BesetzerInnenbewegung, die sich einfach BZer nannte, erkämpft. Die Stadt stellte es ihr schließlich offiziell zur Verfügung.

Neben einer Zusammenfassung der BZ-Bewegung widmet sich das Buch den Rahmenbedingungen, die zu einem Verkauf des Hauses und schließlich zur Räumung führten. Der Stadtteil Nørrebro und seine alternative Kultur wurde in den 90er Jahren von KünstlerInnen, ArchitektInnen, GrafikdesignerInnen und anderen Kreativen auf der Suche nach Inspiration entdeckt. Viele von ihnen sympathisierten zwar mit der Stimmung im Bezirk und auch dem Kulturzentrum Ungdomshuset, sorgten aber faktisch für steigende Mieten und die Vertreibung ansässiger Bevölkerungsgruppen.

Der Autor und Herausgeber Peter Birke beschreibt die 90er Jahre folglich als »defensive Phase« der BZer. Durch massive Sanierungen standen in diesen Jahren einerseits nicht mehr genügend leere Häuser zur Verfügung, zum anderen lernte die Polizei, mit den militanten Aktionen besser umzugehen. Obwohl sie schon bei früheren Besetzungen rigoros einschritt, waren viele Kopenhagener überrascht vom brutalen Vorgehen der Polizei bei der Räumung des Jugendhauses.

Doch das Buch ist kein pessimistisches Werk. Die Herausgeber sehen durchaus produktives Potenzial in der Räumung. So hätten die Aktionen zum Erhalt des Hauses, die harten Polizeieinsätze und die anschließenden Barrikaden für eine Neustrukturierung der Bewegung gesorgt. Mehrere AutorInnen berichten von ergreifenden Momenten der Solidarität in der Bevölkerung und von einer deutlichen Verbreiterung der Bewegung.

Leider fehlt dem Buch weitgehend die Auseinandersetzung mit Konflikten innerhalb der Bewegung bzw. die Konfliktlinien sind oft nur zwischen den Zeilen zu erahnen. Dass es auch möglich ist, über die Widersprüche zwischen »hehren politischen Zielen und (...) den Niederungen des Projektalltags« zu schreiben, beweist Andreas Blechschmidt in seinem Abschlusstext zu der Situation der Roten Flora im Hamburger Schanzenviertel. Gerade die Parallelen zwischen Kopenhagen und den Entwicklungen in anderen europäischen Städten verblüffen und lassen nach einer europäischen Analyse der städtischen Umstrukturierung und schließlich einer europaweiten neuen BesetzerInnenbewegung rufen.●

Tim Zülch

von Peter Birke und Chris Holmsted Larsen (Hrsg.): Besetze Deine Stadt! BZ din By! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen, Berlin 2007, 14,80 EUR

Entnommen aus Neues Deutschland vom 7. März 2008

Globale Geschichte 1400 bis 1900

Globalgeschichte ist derzeit sehr im Trend, die Anzahl der Titel dieser neuen Disziplin der Geschichtswissenschaft steigt weiter an. Die etwas skurrile Unterzeile »Eine globale Weltgeschichte« sollte einen nicht abschrecken, Robert Marks hat mit seinem Buch eine Weltgeschichte für den Zeitraum von 1400 bis ungefähr 1900 vorgelegt, die ausdrücklich den Europa-zentrierten Blickwinkel vergleichbarer Werke überwindet. Diese Europa-Zentriertheit drückt sich in der Regel in impliziten Annahmen aus, die Europa zum Modell von (industrieller) Entwicklung machen und dabei übersehen, dass vor 200 Jahren zwei Drittel der weltweiten Wirtschaftsproduktion in Indien und China getätigt wurde. Trotzdem gelang es »der europäischen Art, den Globus zu organisieren« die Welt zu beherrschen. Folgerichtig formte sich das Selbstbild Europas als fortschrittlicher, effizienter und besser, es gab sozusagen Europa, und dort speziell England, und die anderen, als »den Rest«. Europa macht Geschichte, der Rest besitzt keine, er ist erst Bestandteil der Geschichte, sobald er mit Europa in Kontakt tritt.

Robert B. Marks ist Professor für Geschichte am Whittier College in Kalifornien und ein Spezialist für die Geschichte Chinas und des gesamten asiatischen Raums. Er weist auf die immense Bedeutung Asiens hin, das 1850 zwei Drittel der Weltbevölkerung umfasste und, so Marks, »praktisch in jeder Hinsicht Europa überlegen« war und stellt immer wieder China und Indien in seinen Fokus. Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist die Tatsache, dass um 1400 wie heute die allermeisten Menschen nur auf ungefähr sieben Prozent der Fläche der Erde leben. Bis zum Beginn der Industrialisierung teilen sie eine im Grunde ähnliche materielle Welt, die Marks »die biologische alte Ordnung« nennt und die auf tierischer und menschlicher Muskelkraft beruht; Köln ist um 1400 mit 20.000 EinwohnerInnen die größte »deutsche« Stadt.

Nach einem Überblick über die Geschichte Chinas und Indiens und deren Situierung im schon damals existierenden polyzentrischen Weltsystem wendet sich Marks dann der Neuen Welt zu und referiert die Bedeutung von Seuchen, des Vorkommens und der Nachfrage nach Silber für die Entwicklung des transatlantischen Handels und die Entstehung Europas. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts gewinnen militärisch nutzbare Technik und andere Innovationen eine immer größere Bedeutung. Kohlevorkommen, die Holland und vor allem China nicht besitzen, werden durch die industrielle Revolution, also Dampfmaschinen, Stahl und Eisenbahn von strategischer Bedeutung. Die biologische alte Ordnung wird dann im beginnenden 20 Jahrhundert durch den Kunstdünger tendenziell aufgehoben, der in mit Strom betriebenen Fabriken produziert wird. Die Dynamik und die Unterschiedlichkeit in der globalen Entwicklung erklärt Marks aus der Bevölkerung bzw. ihrem Wachstum und der Existenz von Rohstoffen und den Möglichkeiten zu ihrer Nutzung.

Bis hierher dürfte deutlich geworden sein, dass Marks einen wirtschaftsgeschichtlichen Zugang zum Themenkomplex hat und ein starkes Gewicht auf die Entwicklung der Technik einerseits, des (Fern-) Handels andererseits legt. Durch die Lektüre des Buches bekommt der Leser und die Leserin wirklich eine Vorstellung von globaler Geschichte, und wird vielleicht Marks' These zustimmen, dass Asien nun, nach einer 200 Jahre andauernden Phase wieder die Rolle spielen werde, die es in den 400 Jahren vor der Industrialisierung auch schon eingenommen hatte. Politisch und wissenschaftlich, gehe es jetzt – so Marks – nicht mehr vorrangig darum, zu erklären, warum die Kluft zwischen dem industriell »entwickelten« globalen Norden und dem Süden, der während der gesamten Periode der Industrialisierung mehr oder minder auf der biologischen alten Ordnung verblieb oder dort gehalten wurde, entstand. Es gehe vielmehr darum, diese Kluft aufzuheben – jene Kluft, die zu erklären der Historiker Fernand Braudel einmal als grundsätzliches Problem der Geschichte der modernen Welt bezeichnet hatte. Marks nimmt mit seinem Buch bewusst einen Standpunkt außerhalb der eurozentrischen Matrix der Geschichtsschreibung ein und legt eine Weltgeschichte vor, in der nicht Europa, sondern die außereuropäischen Kontinente die Hauptrolle spielen.●

Bernd Hüttner

Robert B. Marks : Die Ursprünge der modernen Welt. Eine globale Weltgeschichte, Stuttgart 2006 (Theiss Verlag), 208 S., 24,90 EUR

Protest und Konflikt in Nordrhein-Westfalen

»Geschichte im Westen«, die Zeitschrift für die Landes- und Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalens erschien 2007 erstmals mit einem inhaltlichen Schwerpunkt. Die Resonanz auf den Aufruf für das Thema »Protest und Gewalt in der Region« war groß, so dass kein Platz für andere Themen blieb. Die zwölf veröffentlichten Beiträge decken die Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der 1970er Jahre ab.

Die sieben Aufsätze zur Periode nach 1945 behandeln zum Beispiel den Kirchenfunk in den 1950er und 1960er Jahren. Hier weist Nicoali Hanning nach, wie sich selbst dort die eher abbildende Berichterstattung hin zu einer eher konfliktorientierten verschob und prompt Probleme mit der Amtskirche entstanden. Drei Beiträge thematisieren Fragen der Raumplanung und der Stadtentwicklung im Ruhrgebiet und reflektieren damit kritisch den sozialdemokratisch durchwirkten Planungsglauben und die Fortschrittseuphorie dieser Periode: Wissenschaftlich gestützte Planung galt im »Modell Deutschland« als Bedingung einer wirksamen Demokratisierungs- und Reformpolitik. Oliver Schöller zeigt, wie das Fehlen einer zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit es erleichterte, den Großsiedlungsbau in Ratingen umzusetzen, während Markus Raasch schildert, wie in einem ähnlich gelagerten Fall in Dormagen ein Großprojekt durch den Widerstand eines Bündnisses von bodenständigen Konservativen und veränderten Bedürfnissen der potentiellen BewohnerInnen aufgegeben werden musste. Sabine Mecking untersucht schließlich den Protest und das Bürgerengagement gegen die kommunale Gebietsreform in Nordhein-Westfalen.

Drei Aufsätze widmen sich Ereignissen in Köln: Enno Stahl beleuchtet die Vorgänge rund um einen Polizeieinsatz gegen eine Kunstaktion im Herbst 1968, Jörg Huwer den legendären und mittlerweile mehrfach in Aufsätzen untersuchten »wilden« Streik in der Autofabrik von Ford in Köln im August 1973, der vor allem von – wie es damals hieß – »Gastarbeitern« getragen wurde. Sebastian Haumann untersucht schließlich politische Mobilisierungen und die Gegenkultur in der Kölner Südstadt in den 1970er Jahren. In diesem per Selbstdefintion »ur-kölschen« Viertel spielte – wie in vielen antitechnokratischen Grassroots-Konflikten dieser Zeit – die Konstruktion einer lokalistischen Identität eine wichtige Rolle, als es darum ging, die Interessen der BewohnerInnen während der Stadterneuerung zur Geltung zu bringen. Andreas Kühn schließt mit seinem Beitrag zum Verhältnis von Anti-Atomkraft-Bewegung und Polizei am Beispiel der Proteste gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar den Band ab.

Die durchweg jungen AutorInnen – nur zwei sind über 40 Jahre alt – haben gezeigt, wie eine Historisierung der 1960er und 1970er in Westdeutschland aussehen kann, eine historische Bearbeitung, die lokale Studien oder Studien zu einzelnen Themen beinhaltet, ohne die gesellschaftliche Ebene allzu weit aus dem Blick zu verlieren. Der Herausgeber Christoph Nonn vertritt im Editorial die Ansicht, dass die Themen »von manchen Autoren des Bandes oft auf pointierte und gelegentlich auch provokante Weise behandelt werden...« und dokumentiert damit, wie traditionell die Landesgeschichte sich noch versteht, auch wenn eindeutig zu honorieren ist, dass die Herausgeber »eine kritische und anregende landes- und zeitgeschichtliche Diskussion stimulieren und dokumentieren« wollen, indem sie gerade die Zeit um und nach »1968« behandeln, und damit zu einer Innovation der Landesgeschichtsschreibung beitragen.●

Bernd Hüttner

Geschichte im Westen: Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte, Jg. 22 (2007): Protest und Gewalt in der Region; Essen 2007, Klartext Verlag, 22 EUR, 292 Seiten

Gefangen unter Hitler

Wer sich mit der Thematik Strafvollzug befasst, wird nicht darum herum kommen auch in die Vergangenheit zu blicken. Es mag überraschen, dass trotz der vielen Publikationen über die Zeit des Nationalsozialismus, der Strafvollzug weitgehend ausgeblendet blieb. So gab es bislang keine eigenständige umfassende Untersuchung über die Situation in den Zuchthäusern unter Hitler. Diese Lücke schließt nun der 1971 in München geborene Nikolaus Wachsmann mit »Gefangene unter Hitler«; und man übertreibt nicht damit, es als (künftiges) Standardwerk einzustufen.

Die eigentliche Studie umfasst ca. 400 Seiten und wird durch knapp 200 Seiten Anmerkungen und Literaturhinweise ergänzt.

Dem eigenen, in der Einführung gesetzten Anspruch die »größtenteils unbekannte Welt der NS-Gefängnisse zu erhellen« (S. 13) wird das Buch vollauf gerecht. Dabei unterlässt es Wachsmann nicht auch allgemeine Fragen zu reflektieren. Er ordnet das Thema Strafvollzug in den politischen Kontext ein, so dass man viel über die NS-Justiz, ihre Funktion und Arbeitsweise erfährt.

Der Autor beginnt seine Untersuchung mit einem Rückblick in die Zeit des Kaiserreichs und der damaligen Situation in den Gefängnissen. In weiteren Kapiteln wendet er sich dann dem Schicksal einzelner Gruppen so genannter »Gemeinschaftfremder« zu (Kapitel 3). Darunter zählten die Nationalsozialisten bestimmte politische Gefangene ebenso, wie Homosexuelle oder »Wiederholungstäter« (in dieser Zeit ist die Einführung der Sicherungsverwahrung zu verorten, die heute wieder eine ungeahnte Renaissance erfährt).

Über die konkrete Situation in den Gefängnissen während der Kriegszeiten informiert das 6. Kapitel von Wachsmanns Werk: Hunger, Krankheit, Überfüllung. Aber auch Vernichtung durch Arbeit – nicht nur das »Programm« in den Konzentrationslagern, sondern ebenso in den Gefängnissen.

Dem möglichen Einwand, es habe sich doch bei den Gefängnisinsassen primär um Kriminelle gehandelt, setzt Wachsmann deutlich entgegen: »Verbrechen an Verbrechern sind auch Verbrechen« (S. 10).

Wer das Buch liest, entdeckt zudem Parallelen in der Argumentationsweise von »damals« und »heute«. Der später zu Hitlers Justizminister aufsteigende Georg Thierack schrieb 1936, in Bezug auf die Gefängnisse der Weimarer Zeit, dort hätten Kriminelle wie im Schlaraffenland gelebt: Verpflegung im Überfluss, und dazu noch Musik, Spiel und Spaß.

Und 2008 warnen Koch und Konsorten vor einem »Kuschelstrafvollzug«.

Unmissverständlich schließt Wachsmann sein Buch mit dem Hinweis, bis zum Schluss seien Justiz und ihre Gefängnisse Institutionen des Terrors und Stützen des NS-Regimes gewesen (S. 433).

Niemand der sich ein Bild über die Strukturen der Gefängnisse während der NS-Zeit und auch das Leben hinter Gittern verschaffen möchte, wird an diesem Buch vorbeikommen.●

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsal

Nikolaus Wachsmann: »Gefangen unter Hitler – Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat«, 2006, Siedler-Verlag), 624 Seiten, ISBN 978-3-88680-828-1, 28 EUR

Schwarze Geister, neue Nazis

Wieder mal ein Buch zur schwarzen Szene? Ja, erfreulicherweise! Denn die Szene ist in Bewegung und erfordert aktuelle Darstellungen. Das vorliegende Buch konzentriert sich auf drei thematische Schwerpunkte: Die Black Metal und Gothic-Szenen, den Satanismus und den Vampirismus. Während es zu den Musikszenen im ersten Teil nicht unbedingt sensationelle neue Informationen gibt, besticht der Teil über den Satanismus mit einer verständlichen Erläuterung der schwarzmagischen, teilweise gewalttätigen Rituale und erklärt ihr Gefahrenpotential. Völlig neu ist die Abhandlung über den Vampirismus, den neuesten Hit der Szene, der sich eben ausbreitet, wobei es neben Mode bewussten MitläuferInnen auch einen harten Kern gibt, der uns durch seine Blutekstasen und seine Gewaltverherrlichungen das Fürchten lehren kann. Immer wieder stellt Fromm die intensiven personellen und ideologischen Verbindungen der beschriebenen Szenen zum Rechtsextremismus und Neonazismus her.

So fand er u.a. folgende »Kostbarkeit«: Ein Zitat von Peter H. Gilmore, dem internationalen Mediensprecher der Kirche Satans, die auf Jugendliche immer wieder eine Faszination ausübt: »Wir wollen .. den zeitgenössischen Satanismus als das sehen, was er wirklich ist: eine brutale Religion des Elitedenkens und Sozialdarwinismus, die danach trachtet, die Herrschaft der Fähigen über die Idioten wieder herzustellen. ... Das Prinzip des Überlebens der Starken wird auf allen Ebenen der Gesellschaft befürwortet. ... Satanisten trachten auch die Naturgesetze zu unterstützen, indem sie sich darauf konzentrieren, die Rassenhygiene zu unterstützen.« (S. 155) Vergessen wir nicht, dass Sir Marylin Manson Priester dieser illustren Satanskirche ist!●

Roman Schweidlenka

Rainer Fromm: Schwarze Geister, neue Nazis. Jugendliche im Visier totalitärer Bewegungen, Olzog Verlag, München 2008

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen Militarisierung, gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne.

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ kostenloses Probeheft
❍ Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
❍ Halbjahresabo zu € 29,-
❍ Jahresförderabo: ❍ € 75,- ❍ € 104,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum Unterschrift

Verlag Ossietzky GmbH · Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
Fax 0511 / 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net · www.sopos.org/ossietzky

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel:
»Wir gründen eine Kommune!«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe, von der Kommune Olgashof, Seminar- und Ferienhaus Olgashof, D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Lust einen Kollektivbetrieb mitzugründen? Arbeite zur Zeit freiberuflich: Statistik u. Marktforschung – bin aber auch offen für Anderes, Hauptsache gemeinsam. Bei Lust und Interesse schick einfach ne kurze Mail an
turifo-contraste@yahoo.de oder
☎(0 60 21) 920 74 58
P.S.: Hätte ggf. auch Interesse, mich bestehendem Kollektiv anzuschließen.

Gemeinschaft in Gründung sucht aktive Menschen, besonders für Pädagogik und Software. Und für Gespräche, Kunst u. v. mehr. Südhang am Waldrand Nähe Kassel. Besucht uns!
☎(0 55 43) 30 26 71
www.gastwerke.de

WG-Zimmer in München frei, ca. 23qm/400 EUR u. 15qm/300 EUR incl. Altbau/Stadtzentr./Engl.Garten. ab 35J., Bio, NR, links/frei, ☎(0179) 492 81 35
wohngemeinschaft@email.de

VERKÄUFE

Historisches Weingut, Nähe Mainz
Romantischer Hof und Garten, 3 Wohnungen, 1 Appartement, Wohnfläche 430 qm, ausbaufähiges Nebengebäude, Grundstücksfläche 1154 qm, sehr gute Verkehrsanbindung (Autobahn, Zug), baubiologisch teilsaniert 435.000 EUR
☎(0 67 34) 91 35 21
www.hirschhof-rheinhessen.de

JOBS

Unsere neugegründete Freie Schule in Verden, Lerngruppe Klasse 1 -3 sucht engagierte LehrerIn in Teilzeit. Freinet, Systemisches Denken kein Fremdwort? Stellenausschreibung über
kessifrech@web.de, oder direkt Bewerbung an Silke Disveld, Freie Schule Verden, Fünfackernweg 30, 28832 Achim

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@t-online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (**06 21**) **30 38 13, E-Mail**: nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(0 64 01) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: joerg@projektwerkstatt.de / **Selbstorganisation im Alltag: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.
V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@t-online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:
- zusammen leben und arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens;
- gemeinsame Verantwortung füreinander;
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 5.-9.5.2008
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ZUKUNFTSWERKSTATT 2008

Jahrestreffen Zukunftswerkstätten Zukunftswerkstatt 2008 – Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunftsmethoden auf dem Prüfstand
Treffpunkt für Menschen, die mit Zukunftswerkstätten ihre konkrete Profession oder ihr gesellschafts-politisches Engagement verbinden. Zukunftswerkstätten als Beiträge einer Bildung für nachhaltige Entwicklung neu entdecken.
Termin: 2.-4.5.2008
Information & Anmeldung:
Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17
57610 Altenkirchen
☎(0 26 81) 95 16 23
E-Mail: heuser@lja.de, www.lja.de

ANARCHISMUS

Anarchie in Europa
Am 1. und 3. Juniwochenende 2008 führen wir in Hannover zwei Treffen zu anarchistischen Perspektiven in Europa durch. Eingeladen sind alle Interessierten.

Am 1. Juniwochenende werden wir aus anarchistischer Sicht den Vertrag von Lissabon diskutieren (ehem. EU-»Verfassung«) und die langfristige Entwicklung der EU analysieren.
Am 3. Juniwochenende haben wir Aktive aus anarchistischen Zusammenhängen in Osteuropa und Frankreich/Schweiz eingeladen, um gemeinsam über die Situation und Perspektiven des Anarchismus in Europa zu diskutieren. Dabei haben wir bewusst keine »Fach«leute eingeladen, sondern einfach aktive AnarchistInnen. Der Rahmen ist informell und es geht primär darum sich auszutauschen und zu diskutieren.
Ihr könnt auch an nur einem der Wochenenden teilnehmen.
Weitere Infos unter:
http://3tes-jahrtausend.org/europaeische_union/eu_verfassung.html

Anarchistisches Sommercamp 2008
Widerstand, das heißt für uns Lebendigkeit – in diesem Sinne wollen wir beim dritten anarchistischen Sommercamp in Österreich eine Woche lang gemeinsam leben, lieben, lachen, diskutieren, Pläne aushecken, tanzen, Ideen sammeln, baden, kuscheln oder machen, worauf wir gerade Lust haben.
Dabei ist das A-Camp kein »Urlaub« im üblichen Sinn, weil dieser Begriff schon die Trennung von Arbeit und Freizeit beinhaltet. Dagegen wollen wir für die Zeit des Camps versuchen, unser Leben gemeinsam ohne Herrschaft zu gestalten, uns kennenzulernen und unsere Träume von einem befreiten Leben umzusetzen: bei den Dingen des alltäglichen Lebens ebenso, wie bei Diskussionen oder Workshops.
Uns ist bewusst, dass es sich dabei nur um relative Herrschaftsfreiheit handeln kann – denn erstens tragen wir alle Herrschaftsmechanismen in unseren Köpfen und Körpern mit uns herum und zweitens ist das anarchistische Camp eine räumlich und zeitlich begrenzte Insel in einer von Herrschaft bestimmten Gesellschaft.
Aber vielleicht gelingt es uns für die Zeit des Camps einen Freiraum jenseits dieser gesellschaftlichen Normalität mit all ihren alltäglichen Widerwärtigkeiten zu schaffen, wo wir spüren, wofür wir eigentlich kämpfen und wo wir hin wollen.
Grundvoraussetzung dafür ist, dass Diskriminierungen und Unterdrückungsmechanismen jeder Art auf dem Camp nicht geduldet werden und sich dafür auch jedeR verantwortlich fühlt. Das heißt: aufmerksam sein, selbst eingreifen und thematisieren, wenn solche Verhaltensweisen wahrgenommen werden – bei anderen oder bei sich selbst. Herrschaftsfreiheit und Solidarität wirklich erlebt gibt Liebe & Kraft für unser alltägliches Engagement.

Du brauchst dich weder mit irgendwelchen Theorien auskennen noch in politischen Gruppen/Kollektiven aktiv sein, um am A-Camp teilzunehmen. JedeR ist eingeladen, die/der sich mit emanzipatorischen und herrschaftskritischen Ideen identifizieren kann.
Termin: 18.-27.7.2008
Info: www.a-camps.net/AST

BREMEN

2. Kongress Solidarische Ökonomie Mit sanfter Hochtechnologie zu einer menschlichen Gesellschaft
Die Schäden des globalisierten Kapitalismus häufen sich: immer mehr Menschen werden ins gesellschaftliche Abseits gedrängt, der Klimawandel zerstört unsere Lebensgrundlagen, das Massensterben in den Entwicklungsländern hört nicht auf. Solidarische Ökonomie ist der Name einer weltweiten Bewegung, die mit Fabrikbesetzungen, landwirtschaftlichen Kooperativen, Genossenschaften, Wikipedia, freier Software ... nach Alternativen sucht. Steckt in der solidar-ökonomischen Nutzung von sanfter Hochtechnologie eine neue menschliche Qualität? Konkrete Projekte werden vor- und zur Diskussion gestellt.
Termin: 25.-27. April 2008
im globalisierungskritischen Stadtteilzentrum, Bauernstr. 2, 28203 Bremen
Information & Anmeldung:
info@solidarische-oekonomie-bremen.de
www.solidarische-oekonomie-bremen.de

KLIMA-CAMP 2008

Kultur für ein anderes Klima: Wir wollen Euch für das KLIMA-CAMP 2008 !
Für das geplante KLIMA-CAMP werden gesucht:
MusikerInnen, SchauspielerInnen, BüchervorleserInnen, FilmvorführerInnen, BildermalerInnen, TänzerInnen, GroßfigurenbauerInnen, PerformanceKünstlerInnen und mehr...
Wir wollen mit Euch zusammen tanzen und singen, schauen und staunen, nachdenken, zuhören, weinen und lachen UND direkte Aktionen künstlerisch gestalten. Gebt Konzerte, spielt Theater, zeigt Filme und stellt Bilder aus, baut Großfiguren....
Kultur hat die Fähigkeit, sich durchaus positiv auf das zwischenmenschliche Klima auszuwirken.
All Ihr KünstlerInnen da draußen – ob nun professionell, Amateur oder ewig verkanntes Genie – wenn ihr mögt, dann unterstützt das Klima Aktions Camp 2008 mit eurer Kreativität!
Das Camp wird voraussichtlich im Sommer (Juli oder August) bei dem Kraftwerk Staudinger bei HANAU in der Rhein-Main-Region stattfinden.
Meldet Euch bei uns:
programm@klimacamp.org
Infos unter: www.klimacamp.org

TAGUNG

Perspektiven der Zusammenarbeit CL-Frühjahrstagung 2008
Antifaschismus, Antirassismus, Flüchtlingsarbeit einerseits, Vorratsdatenspeicherung, Überwachung, Datenschutz andererseits.
Die genannten Schwerpunkte sind die Leitthemen für das /CL-Netz im Jahre 2008. Wer engagiert sich in welchem Bereich? Wie finden die AktivistInnen zueinander? Wo gibt es Schnittmengen? Welche künftigen Möglichkeiten der Vernetzung sehen wir?
Im Anschluss an den erfolgreichen Kongress »Wem gehört das Internet ?« greift die diesjährige /CL-Tagung einige der Themenschwerpunkte auf um sie weiter zu vertiefen und die Vernetzung voran zu bringen. In einer Zukunftswerkstatt wollen wir die uns bewegenden Fragen sammeln, Ideen zusammentragen und Wege für eine gemeinsame Arbeit finden. Dazu treffen wir uns am **26./27. April 08** in Nürnberg im Bildungszentrum der Stadt Nürnberg.
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg
☎(09 11) 43 58 67, Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: medienakademie@link-m.de

JUNGE LINKE

Kritik des Kapitalismus
Wochenendseminar zur Kapitalismuskritik
(Drohende) Arbeitslosigkeit, ein Arbeitsplatz, an dem man einiges an körperlichem und psychischem Stress auszuhalten hat, und eine Freizeit, in der man zu fertig ist oder zu wenig Geld hat, um sie für sich zu nutzen; dies alles sind Sachen, mit denen die meisten Menschen irgendwann mal Bekanntschaft machen. Warum gibt es neben dem Reichtum in den kapitalistischen Gesellschaften soviel Armut?
Im Gegensatz zu manch anderen »Kapitalismuskritikern« meinen wir, dass all das nicht von Managementfehlern oder Heuschrecken mit schlechten moralischen Grundsätzen herrührt, sondern dass es die notwendigen Resultate einer Produktion für den Markt sind. Bei der fortschreitenden Technik springt für die Leute, die mit ihrem Einkommen kalkulieren müssen, wenig heraus. Viele werden entlassen und diejenigen, die noch dabei sein dürfen, werden noch härter ran genommen – die teuere Maschinerie muss sich ja rentieren.
Zusehend, wie alles bei gleichem Aufwand in größeren Massen hergestellt werden kann, sollen heute die Lohnabhängigen endlich einsehen, dass ihr Lohn ständig zu hoch ist für das Glück, beschäftigt zu sein. Trotz des rasanten Fortschritts in der Produktion heißt es, dass man sich bestimmte Sachen, z.B. in der Gesundheitsversorgung, einfach nicht mehr leisten könne.
Manche meinen, dass der Staat den freien Markt zügeln müsse, damit alles besser wird. Auf dem Seminar wollen wir deshalb über die ökonomischen Fragen hinaus diskutieren, warum der angeblich rettende Einsatz des Staates für die Bedürftigen in dieser Gesellschaft immer so dürftig ausfällt. Nicht der Mangel, sondern der Überfluss ist einigen Kapitalismuskritikern in der Linken ein Dorn im Auge. Konsumterror, Werbung, Image, kurz die »Konsumgesellschaft« ist für sie das zentrale Problem. Was die Unterscheidung von »eigentlichen« und »künstlichen/fremden« Bedürfnissen bringt, wird ein weiterer Diskussionspunkt auf dem Seminar sein.
Termin: 16.-18.5.2008 bei Berlin

Die Gewalt der Ordnung
Wochenendseminar zur Kritik an den Rechtfertigungen der bürgerlichen Gesellschaft für ihr Strafwesen und ihre Knäste
Bei den öffentlichen Debatten um die Bekämpfung von Kriminalität geht es oft um die Frage nach dem Sinn und Unsinn härterer Strafen bzw. der Ausgestaltung des Strafvollzugs. Eine Seite sorgt sich darum, ob der Staat dem Schutzbedürfnis seiner Bürger genügend Rechnung trage und hart genug gegen Verbrecher durchgreife. Eine andere Seite macht hingegen geltend, dass härtere Strafen bzw. das Gefängnis wenig effektiv sind für das Ziel, Verbrecher zu anständigen Bürgern zu machen. Ihr fällt an der Freiheitsstrafe auf, dass ausgerechnet durch das Wegsperren und Isolieren von Menschen deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft erreicht werden soll. Die Politik verschlechtere die Resozialisierungschancen dadurch, dass sie immer miesere Haftbedingungen herstelle (Überbelegung, wenig Geld für Ausbildung und Sozialarbeit).
So gegensätzlich die Positionen auch erscheinen, sie sind sich doch in den Annahmen einig, dass Recht diene dazu, ein friedliches Zusammenleben zu sichern und der Staat mit seinem Strafrecht und seinen Knästen habe damit den Schutz der Bürger im Auge. Beide Seiten setzen voraus, dass die Gründe für die Kriminalität nicht in der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Rechtsordnung zu suchen sind, die alle auf Eigentum/Konkurrenz verpflichtet, sondern bei den Störern dieser Ordnung. Deshalb streiten sie darüber, welcher der Strafzwecke – Schutz der Allgemeinheit oder Resozialisierung – wichtiger sei, ob bei der Strafbemessung individuelle Lebensumstände strafmildernd anzuerkennen seien, ob die Freiheitsstrafe effektiver sei oder der offene Vollzug. Bestrafen halten sie aber alle für notwendig.
Uns interessieren auf dem Seminar dagegen andere Fragen: Welche Ordnung schützt der Staat durch sein Recht und wie sorgt er dafür, dass Strafverfolgung und Strafvollzug ihr entsprechen? Was bedeutet das für die Gefängnisinsassen? Wie verhält sich der Schutz der Rechtsordnung durch den Staat zum Schutzbedürfnis seiner Bürger? Dabei wollen wir diskutieren, warum der Schutz seiner Rechtsordnung durch den Staat etwas anderes ist als der Schutz der Bürger vor Gewalt und Schädigung, und, inwiefern das Strafsystem selbst und die Ordnung, der das Recht dient, die Gründe für das Verbrechen wie auch das Interesse der Bürger an Strafen und ihrer Verschärfung immer wieder hervorbringen. Eine praktische Konsequenz vorneweg: Es geht nicht darum, für ein besseres Strafsystem einzutreten, sondern soziale Verhältnisse zu kritisieren, die ein solches nötig machen.
Termin: 30.5.-1.6.2008 bei Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, 30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
hannover@junge-linke.de
www.junge-linke.de

FIAN

»Agrarreformen im 21. Jahrhundert«
Alte Ansprüche und neue Herausforderungen aus der Perspektive des Rechts auf Nahrung
Welches Potenzial haben Agrarreformen heute zur Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung? Diese Frage wird im Seminar anhand historischer Beispiele und aktueller Agrarreformprozesse diskutiert. Neben der Situation vor Ort spielen internationale Entwicklungen und Zusammenhänge immer wieder eine bedeutende Rolle. Der Boom im Agrartreibstoffsektor bspw. wirkt sich direkt auf die Verfügbarkeit von Brachland, einem klassischen Fokus von Agrarreformen, aus. Die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit fördert einseitig Markt gestützte und technische Ansätze und verdrängt umfassende und umverteilende Agrarreformen. Aber auch ganz direkte und konkrete Behinderungen ergeben sich, wie das Beispiel des Investitionsschutzabkommens zwischen Deutschland und Paraguay zeigt. Im Seminar werden neben der Auseinandersetzung mit aktuellen Agrarreformen auch Strategien und konkrete Aktionen erarbeitet, die dazu beitragen sollen, dass menschenrechts-basierte Agrarreformen mehr Beachtung in der entwicklungspolitischen Debatte und der deutschen Politik finden.
Termin: 25.-27.4.2008, Kassel
Information & Anmeldung:
r.herre@fian.de

MultiplikatorInnen-Training »Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung«
Das zweiteilige Training vermittelt das Grundlagenwissen über die Auswirkungen des Weltagrarhandels auf das Menschenrecht auf Nahrung. ExpertInnen mehrerer NRO stellen den menschenrechtlichen Rahmen vor und führen ein in die europäische Agrarpolitik und die Liberalisierung des Welthandels auf multilateraler und bilateraler Ebene. Konkrete Beispiele veranschaulichen die Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung insbesondere von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Neben Inhalten werden mit Hilfe von erfahrenen Trainern auch Methoden der Veranstaltungsplanung und der Rhetorik vermittelt. Das Training ist kostenlos. TeilnehmerInnen sollen im Gegenzug drei Veranstaltungen in ihrem lokalen Umfeld konzipieren, organisieren und durchführen.
Termine: 16.-18.5.2008, Kassel, 19.-21.9.2008, Köln
Information & Anmeldung:
a.paasch@fian.de
FIAN Deutschland e.V., Düppelstr. 9-11, 50679 Köln
☎(02 21) 800 87 90, www.fian.de

MEDIEN

Öffentlichkeit herstellen
Öffentlichkeit herstellen: Pressearbeit für Politik und Engagement. Wie bringe ich meine Themen und Termine in die Medien? Wie baut man Kontakte zu Journalisten auf? Wie stellt man einen Presseverteiler zusammen? Wie formuliert man eine Pressemitteilung? Beim Seminar arbeiten die Teilnehmer/innen am PC an Aufgabenstellungen aus der Praxis. Die Ergebnisse werden gemeinsam besprochen und durch Tipps und Checklisten ergänzt. Das Seminar wird aus Mitteln der politischen Bildung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert.
Termin: 11.-12.4.2008, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Arnulfstr. 111-113, 80634 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
www.journalistenakademie.de

REGIONALGELD

»Regio ergänzt Euro«
so lautet das Motto von Regionalgeld-Initiativen, die seit der Einführung der europäischen Einheitswährung in mehreren Ländern entstanden sind. In Deutschland gibt es mittlerweile 29 Initiativen, die regionale Komplementärwährungen emittieren, und weitere 70 Initiativen, die deren Ausgabe vorbereiten. Viele von ihnen haben sich im Frühjahr 2006 zum »Regiogeld Verband e.V.« zusammengeschlossen.
Anders als die sog. Freigeldexperimente aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg verstehen sich die heutigen Regionalgeldinitiativen nicht nur als Modellversuche zur praktischen Erprobung eines gerechteren Geldes. Sie wollen auch einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Stärkung regionaler, nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe leisten, um Transportwege abzukürzen und den damit verbundenen Energieverbrauch reduzieren und um ein Europa der Regionen zu verwirklichen. Als regionale Agenda-Projekte setzen sie neue Akzente im Rahmen einer sich globalisierenden Wirtschaft.
Durch die Regionalgeld-Initiativen sind während der letzten Jahre interessante Lernfelder entstanden. Eine erste Zwischenbilanz wurde im Herbst 2006 beim internationalen Kongress »Monetary Regionalisation« an der Bauhaus Universität in Weimar gezogen (www.monetary-regionalisation.com).
Eineinhalb Jahre später soll die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der regionalen Komplementärwährungen im Rahmen der »Mündener Gespräche« fortgesetzt werden. Wissenschaftliche Einwände gegen sie sollen ebenso geprüft werden wie die Frage, welchen Beitrag regionale Komplementärwährungen zur Regionalentwicklung leisten können und ob sich ihre Wirkungsfelder im Sinne einer Mitwirkung von Kommunen erweitern lassen.
Termin: 19.-20.4.2008
Information & Anmeldung:
Andreas Ehrich
☎(0 40) 604 93 21, Fax: (0 32 21) 233 83 00
E-Mail: ehrich@sozialoekonomie.info

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg